

# Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



Nr. **3** 3. Quartal 1996

**F.D.P.-MdB Max Stadler  
im Gespräch  
Medizinische Hilfe  
im Zivilschutz**



Mit einer neuen Konzeption der medizinischen Hilfe im Zivilschutz befaßt sich unser Beitrag ab Seite 23.



Bayerns Innenminister Dr. Beckstein, hier am Rednerpult, war Gast der Delegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbands Bayern. Die bayerischen Feuerwehren trafen sich in Kempten zu ihrem Landesfeuerwehrtag, nachzulesen auf Seite 30.



Prominentester Gast der „Johannisfeier“ von Johannitern und Maltesern war Bundespräsident Roman Herzog. Unser Beitrag ab Seite 21 berichtet über die Veranstaltung.

## Im Gespräch

„Die Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg“  
Interview mit F.D.P.-MdB Max Stadler ..... 2

## Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz ..... 6

## Aus der Praxis

Schnelleinsatzgruppen –  
Spielzeug oder Notwendigkeit?  
Ein aktuelles Thema im Blickpunkt ..... 9

Lampenfieber bremst die gute Tat  
Psychologische Motive für unterlassene Hilfsleistungen ..... 12

## Technik und Wissenschaft

- Dekontamination von Einsatzkräften**  
Vorstellung des Prototyps eines Einsatzfahrzeugs für den Zivilschutz ..... 13



Eine neuartige Dekontaminationsanlage, verlastet auf einem Fahrzeug, wird ab Seite 13 vorgestellt.

- Aus der Industrie**  
Innovationen im Blickpunkt ..... 15

## Aus- und Weiterbildung

- „Operative Einsatzleitung Ausland“**  
Ein THW-Ausbildungslehrgang ..... 17

- Ausbilden und forschen unter einem Dach**  
Heyrothsberge: Eine vielseitige Einrichtung ..... 19

## Politik und Gesellschaft

- „Ehrenamtlichkeit gibt dem Helfen ein besonders menschliches Antlitz“**  
Gemeinsame „Johannisfeier“ von Johannitern und Maltesern ..... 21

- Gedanken zu einer neuen Konzeption der medizinischen Hilfe im Zivilschutz**  
Eine umfassende Betrachtung ..... 23

- „Bayern braucht uns“**  
1. Landesfeuerwehrtag Bayern in Kempten ..... 30

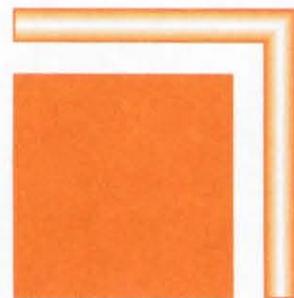
## Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** ..... 32
- Bundesverband für den Selbstschutz** ..... 34
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** ..... 36
- Deutscher Feuerwehrverband** ..... 38
- Deutsches Rotes Kreuz** ..... 40
- Johanniter-Unfall-Hilfe** ..... 42
- Malteser-Hilfsdienst** ..... 44
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** ..... 46
- Technisches Hilfswerk** ..... 48
- Warndienst** ..... 49

## Rubriken

- Rundblick** ..... 50
- Termine** ..... 54
- Für Sie gelesen** ..... 55
- Zuletzt** ..... U 3



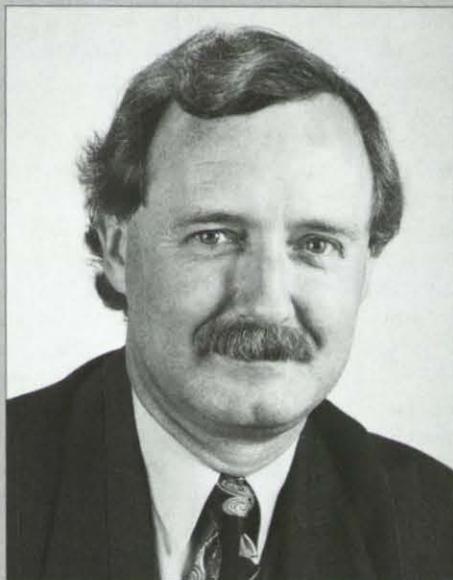


**Dr. Stadler:** Ja, uneingeschränkt. Es ist ja erfreulich, daß die sicherheitspolitische Lage sich geändert hat und daß die Bedrohungssituation nicht mehr dieselbe ist, wie sie in der ganzen Nachkriegsgeschichte bis zu Beginn der neunziger Jahre gewesen ist. Ich glaube, daß die Bundesregierung hier eine zutreffende Beurteilung vornimmt, und wir sollten froh sein, daß eine solch positive Beurteilung möglich ist.

**Bevölkerungsschutz:** Wenn Sie die Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage teilen, dann darf man unterstellen, daß Sie auch die Folgerungen, die die Bundesregierung hieraus zieht, ebenfalls teilen. Daß Sie z. B. mit der Abschaffung der Zivilschutz-Sonderbehörden und -Sondereinrichtungen einverstanden sind, daß Sie die Veränderung von Organisationen und Strukturen in der zivilen Verteidigung, so wie im Gesetzentwurf vorgesehen, billigen und unterstützen.

### Konsequenzen ziehen

**Dr. Stadler:** In der Tat. Man muß ja immer sehen, daß Organisationen kein Selbstzweck sind und daß die Einrichtung von Behörden nicht zum Selbstzweck werden darf. Wenn ein Anlaß, der für solche Einrichtungen einmal bestanden hat, weggefallen ist, und wenn die Situation sich ändert, dann muß ein Gemeinwesen auch die Kraft aufbringen, daraus die notwendigen organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.



Max Stadler (47) gehört dem Deutschen Bundestag seit 1994 an. Die F.D.P.-Bundestagsfraktion wählte ihn als Nachfolger von Dr. Burkhard Hirsch zum innenpolitischen Sprecher. Der engagierte Liberale gehört dem F.D.P.-Bundesvorstand seit 1991 an und ist Landesvorsitzender der bayerischen F.D.P. Seit 1984 ist er Mitglied des Stadtrats seiner Heimatstadt Passau und seit 1990 Vorsitzender der F.D.P.-Stadtratsfraktion.

Der promovierte Jurist war vor seiner Wahl in den Deutschen Bundestag Richter am Oberlandesgericht. Schon frühzeitig forderte der neue innenpolitische Sprecher eine Anpassung der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes an die neue Sicherheitslage. Als nachhaltiger Verfechter des Ehrenamtes tritt er für zeitgemäße Strukturen des Katastrophen- und Zivilschutzes ein.

**Bevölkerungsschutz:** Sind es ausschließlich fachliche Gesichtspunkte, von denen Sie sich bei Ihren Überlegungen zur Neuorganisation des Zivilschutzes leiten lassen, oder gilt auch hier der Satz, daß die Haushaltslage die Sicherheitslage bestimmt?

**Dr. Stadler:** Nun, das gesamte politische Handeln steht selbstverständlich unter dem Diktat der Haushaltslage. Ich möchte aber doch sagen, daß gerade der Sicherheitsbereich derjenige ist, wo wir Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger haben, unabhängig von einer aktuellen finanziellen Situation der öffentlichen Hand. Da kann es nur auf eine fachliche Bewertung ankommen.

**Bevölkerungsschutz:** Einmal unterstellt, diejenigen, die die sicherheitspolitischen Analysen erstellt haben, hätten sich geirrt. Wäre das nicht fatal?

**Dr. Stadler:** Wenn ein Irrtum festgestellt würde, dann müßten wir den Irrtum korrigieren. Ich bin aber der Meinung, daß die Analysen zutreffen und daß deswegen völlig unabhängig von der Finanzlage die notwendigen organisatorischen Konsequenzen guten Gewissens gezogen werden können. Außerdem ist die Zivilschutzgesetzgebung so angelegt, daß die staatlichen und privaten Institutionen auf sich ändernde Gefährdungslagen sehr flexibel reagieren können.

### Aufgaben entfallen

**Bevölkerungsschutz:** Eine der Organisationen, die mit diesem vorliegenden Gesetzentwurf aufgelöst werden soll, ist der Bundesverband für den Selbstschutz, der nun in fast 40 Jahren den Gemeinden und den Bürgern für Fragen des Selbst- und Zivilschutzes zur Verfügung stand.

Halten Sie dieses für einen sinnvollen Beitrag zum schlanken Staat?

**Dr. Stadler:** Zunächst einmal muß man dem Bundesverband und seinen Helferinnen und Helfern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich danken für die geleistete Arbeit in den vergangenen vier Jahrzehnten. Unabhängig von der hervorragenden Beurteilung, die diese Arbeit verdient, ist nun der Schritt unausweichlich, daß der Verband aufgelöst wird. Wir können keine Organisationsstrukturen aufrechterhalten, für die die Aufgabe entfallen ist. Das gesamte Konzept des schlanken Staates würde sonst konterkariert.

**Bevölkerungsschutz:** Wie beurteilen Sie die weitere Verwendung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BVS?

**Dr. Stadler:** Seit mehr als einem Jahr bemüht sich der Bundesminister des Innern um geeignete Anschlußverwendungen. Dies gilt gleichermaßen für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wie für die hauptamtlich Beschäftigten. Den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wurden Einsatzmöglichkeiten bei den Hilfsorganisationen angeboten. Hierdurch soll erreicht werden, daß das umfangreiche Fachwissen der Zivilschutz-Profis auch nach Abschluß der Umstrukturierung erhalten bleibt. In den bisherigen Diskussionen im Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat insbesondere mein Vorgänger, Dr. Burkhard Hirsch, stets gefordert,

*daß für alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Hierum hat sich das Bundesinnenministerium in einem außerordentlich starken Maße bemüht, so daß ich sehr sicher bin, daß für alle bisherigen hauptamtlich Beschäftigten zum 31. Dezember 1996 eine angemessene Anschlußverwendung gefunden wird. Dies war und ist eine unserer Bedingungen zur Zustimmung zu diesem Gesetzesvorhaben. Auch in diesem Fall gilt ein alter F.D.P.-Wahlspruch: Versprochen – gehalten!*

**Bevölkerungsschutz:** Die Bundesregierung sagt, Selbstschutz bleibt nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben. Nach wie vor bleiben die Gemeinden in der Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Selbstschutzes. Im übrigen soll durch organisatorische Änderungen erreicht werden, daß die Selbstschutz-Ausbildung von den Hilfsorganisationen im Rahmen der Erste-Hilfe-Ausbildung übernommen wird. Teilen Sie diese Auffassung?

### Prinzip Subsidiarität

**Dr. Stadler:** Ich meine, daß die Bundesregierung hier auf dem richtigen Weg ist. Die Gemeinden sind durchaus in der Lage, diese Maßnahmen zu treffen, man könnte geradezu sagen, es ist auch ein Beitrag zur Verwirklichung des Prinzips der Subsidiarität, daß Aufgaben auf der Ebene wahrgenommen werden, wo dies möglich ist und nicht eine höhere Ebene

*bemüht werden muß, wenn dies gar nicht erforderlich ist.*

**Bevölkerungsschutz:** Auch andere Organisationen, wie die Akademie für zivile Verteidigung, die Katastrophenschutzschule des Bundes, die frühere Bundesschule des BVS werden zusammen zu neuen Organisationseinheiten geführt. Sehen Sie darin eine Effektivierung der Arbeit oder sind es nur Kostenargumente?

**Dr. Stadler:** Mit dieser Zusammenführung kann man die berühmten sogenannten Synergie-Effekte nutzen. Das heißt, durch eine gemeinsame zentrale Verwaltung bisher getrennter Einrichtungen ist mehr Effektivität erzielbar und natürlich auch eine Kosteneinsparung, ohne daß die Wahrnehmung der Aufgaben darunter leiden würde. Ich halte dies insgesamt für eine gute Maßnahme.

**Bevölkerungsschutz:** Die Bundesregierung hält eine spezielle Unterweisung der Bevölkerung über verteidigungsbezogene Selbstschutzmaßnahmen im Frieden für entbehrlich. Erst in Krise und Spannungszeit sei dies erforderlich. Teilen Sie diese Auffassung?

**Dr. Stadler:** Ja. Ich glaube, daß es insbesondere nicht alleine Aufgabe der Politik sein kann, solche Informationen zu vermitteln. Vielmehr ist es auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Und ich vertraue darauf, daß sie auch auf diese Weise hinreichend wahrgenommen wird. Das entbindet die Bundesregierung nicht von ihrer Pflicht zur Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten. Diese bislang dem BVS obliegende Aufgabe wird mit dem Zivilschutz-Neuordnungsgesetz dem Bundesamt für Zivilschutz (BZS) übertragen. Dies ist keine Maßnahme, die man rein planerisch erledigen kann. Vielmehr muß das Bundesamt Techniken und Personal vorhalten, um dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung, insbesondere den mit Fragen des Zivilschutzes befaßten Stellen, gerecht zu werden. Diese Information ist eine Bringschuld des Bundes.



„Das Bundesamt für Zivilschutz muß Techniken und Personal vorhalten, um dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung, insbesondere den mit Fragen des Zivilschutzes befaßten Stellen, gerecht zu werden.“



„Eine Kriegsgefahr für Deutschland schließe ich derzeit praktisch aus.“

(Fotos: Goll)

**Bevölkerungsschutz:** Als Kommunikationsmittel zwischen den Hilfsorganisationen und allen am Zivilschutz Interessierten diene bislang das „Bevölkerungsschutz-Magazin“.

**Dr. Stadler:** Zur Information und zur Motivation der vielen Millionen Helferinnen und Helfer ist eine Publikation wie das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ unentbehrlich. Gerade für den Bereich der Information darf der Satz nicht gelten: „Sparen, koste es, was es wolle!“

**Bevölkerungsschutz:** Der gesamte Zivilschutz ist vom Gedanken der Ehrenamtlichkeit geprägt. Abgesehen von Planungs- und Verwaltungsaufgaben wird die Aufgabewahrnehmung überwiegend durch ehrenamtlich Tätige erfolgen. Welche Bedeutung hat das Ehrenamt für Sie?

## Bürgerliches Engagement

**Dr. Stadler:** Man kann den im Zivilschutz Tätigen gar nicht dankbar genug sein dafür, daß sie sich ebrenamtlich zur Verfügung stellen. Ich möchte sagen, daß die Bedeutung des Ehrenamtes in der Zukunft noch deutlich zunehmen wird. Wir sind mit dem Vorbaben, daß alles hauptamtlich und von Staats wegen erfüllt werden muß, an eine Grenze gelangt, auch an eine Grenze der Bezahbarkeit. Dies ist aber auch ein gesellschaftliches Phänomen. Es gehört meiner Meinung nach zu einer modernen Gesellschaft dazu, daß wir die ebrenamtliche Wahrnehmung von Aufgaben so gut för-

dern, wie das nur gerade geht, weil sich darin eben auch das bürgerliche Engagement im besten Sinne ausdrückt, das eben zeigt, daß wir nicht eine Gesellschaft von Individualisten werden wollen, in der jeder ohne Verantwortung vor sich hinlebt, sondern jeder einzelne seinen Beitrag mit dem Gedanken der Gemeinschaft zu leisten hat.

**Bevölkerungsschutz:** Staatliche Regelungswut und ehrenamtliche Tätigkeit – ist das nicht ein Widerspruch?

**Dr. Stadler:** Die staatliche Regelungswut geht an ihre Grenze. Sie muß zurückgeführt werden, und es muß wieder mehr Freiraum geschaffen werden für den einzelnen in seiner Lebensgestaltung. Aber der Freiraum bedeutet nicht, daß wir damit meinen, mehr Freiraum für den persönlichen Egoismus schaffen zu können. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Gerade von den ebrenamtlich Tätigen wird das Moment der Verantwortung in vorbildlicher Weise verwirklicht.

**Bevölkerungsschutz:** Tagtäglich erleben wir Bilder und Nachrichten von Katastrophen und Krieg. Sowohl von der Seriosität als auch von der Häufigkeit der Meldungen her müßten Bürgerinnen und Bürger betroffener sein. Dennoch kann man nicht feststellen, daß diese vielfältigen Informationen unmittelbar zum Handeln bei den Informierten führen. Verdrängung? Oder welche Mechanismen wirken hier?

**Dr. Stadler:** Vermutlich haben wir es mit einem psychologischen

Schutzmechanismus zu tun, der es uns ermöglicht, in einer Welt, die nun einmal auch Katastrophen und Krieg mit sich bringt, und wo wir anders, als in früheren Jahrhunderten oder auch vor Jahrzehnten unmittelbar und beinahe zeitgleich darüber informiert werden, in einer solchen Welt überhaupt überleben zu können. Das ist ein psychologischer Schutzmechanismus, und es gilt ja der bekannte Satz, daß etwa die Tötung oder der Unfall eines einzelnen Menschen uns außerordentlich bewegt, daß dagegen ein Krieg, in dem Hunderttausende ihr Leben lassen müssen, daß wir uns an die Nachrichten, die wir darüber sehen, sehr schnell gewöhnen. Ich fürchte, daß an diesem psychologischen Mechanismus sich nichts ändern wird, und gleichwohl bleibt es unsere Aufgabe, sowohl als Politiker wie als Mitglied einer freieitlichen, friedensliebenden Gesellschaft, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit Kriege vermieden werden und Vorsorge vor Katastrophen getroffen wird.

**Bevölkerungsschutz:** Für wie wahrscheinlich halten Sie überhaupt die Möglichkeit eines Krieges, in den Deutschland verwickelt werden könnte?

**Dr. Stadler:** Glücklicherweise leben wir jetzt in einer Situation, wo ich die Wahrscheinlichkeit für nahezu Null halte. Dies hat freilich jetzt nichts zu tun mit der neuen Aufgabenstellung der Bundeswehr, beispielsweise Krisenreaktionskräfte zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens zur Verfügung zu stellen. Aber eine Kriegsgefahr für Deutschland schließe ich derzeit praktisch aus.

**Bevölkerungsschutz:** Wenn das so ist, ist es ja auch folgerichtig, die bisherigen Zivilschutzmaßnahmen, wo immer das geht, auf weitgehend planerische Maßnahme zurückzuführen.

**Dr. Stadler:** Das ist die Konsequenz daraus.

**Bevölkerungsschutz:** Herr Abgeordneter, herzlichen Dank für dieses Interview.

## Hans-Ulrich Schönfeld im Ruhestand

Nach mehr als 25 Jahren Tätigkeit im Bereich der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes im Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen, heute Bundesministerium für Post und Telekommunikation, wurde Ministerialrat Hans-Ulrich Schönfeld, Leiter des Referates Z 26 „Notfallbewältigung, zivile Verteidigung und Geheimschutz“ Ende Juli 1996 mit 62 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Schönfeld engagierte sich in dieser Zeit mit



Zum Abschied Dank für langjährige gute Zusammenarbeit. Rechts: Ministerialrat Hans-Ulrich Schönfeld, Mitte: Oberamtsrätin Elisabeth Kopp, Sachbearbeiterin im Bereich KatS, ZS im BMPT, links: BZS-Präsident Helmut Schuch. (Foto: Sers)



Fritz Neckermann †

Am 13. Juni 1996 starb der Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit der Bundeshauptstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Dipl.-Ing. Fritz Neckermann. Der 58jährige Referatsleiter erlag einem langjährigen Leiden, das er in bewundernswerter Weise zu meistern sich bemühte. Mannhaft und frei von Selbstmitleid nahm Fritz Neckermann sein Schicksal an.

Der 1937 in Mannheim geborene Diplom-Ingenieur studierte nach dem Abitur 1956 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe Bauingenieurwesen. Sein Studium schloß er mit der Diplomprüfung als Diplom-Ingenieur ab. Anschließend verpflichtete er sich bei der Bundeswehr, wo er zuletzt den Dienstgrad eines Majors der Reserve bekleidete.

Als Referent für bauliche und technische Angelegenheiten begann Neckermann am 16. Januar 1966 seinen Dienst beim Bundesluftschutzverband (BSLV). In seiner dreißigjährigen Zugehörigkeit zum BVS war er unter anderem als Referatsleiter Ausbildung und in den letzten drei Jahren Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit/Information und Aufklärung tätig. Von 1991 bis 1993 war er zusätzlich mit der Leitung der BVS-Landesstelle Saarland beauftragt.

Fritz Neckermann bevorzugte die klare und eindeutige Sprache. So wie er formulierte, erwartete er auch Antworten. Als Mitglied des örtlichen und des Hauptpersonalrates vertrat er nachhaltig die Interessen der BVS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er war Vorsitzender des örtlichen Personalrates, als die Entscheidung fiel, daß die Bundeshauptstelle von Köln nach Bonn umziehen mußte. Neckermann argumentierte gegen diese Entscheidung und erreichte durch sein beachtliches Verhandlungsgeschick, daß den von Köln zu versetzenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträgliche Arbeitsmöglichkeiten auch in der Nähe ihres Wohnortes angeboten wurden. Ähnlich war sein Einsatz in den letzten Monaten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von der Auflösung des BVS nachhaltig betroffen wurden. Gerade Neckermann setzte sich in den Gremien dafür ein, daß sozialverträglich auch hieß: wohnortnah und der bisherigen Eignung entsprechend.

In seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit hat Dipl.-Ing. Neckermann eindeutige Signale für den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt. Er galt als ausgewiesener Fachmann der Schutzbau- und Schutzraumtechnik. Bei den Verhandlungspartnern aller Ebenen hatte sein Wort Gewicht. Auf ihn war Verlaß. Hohe Qualifikation, äußerstes Pflichtbewußtsein und große Einsatzbereitschaft zeichneten ihn aus.

großem Einsatz für die Sicherstellung der Post- und Telekommunikationsdienstleistungen in Notfällen und für den Auf- und Ausbau des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost, heute „Betrieblicher Katastrophenschutz“ der privaten Unternehmen Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG. Anlässlich der Privatisierung der ehemaligen Staatsunternehmen im Zuge der Postneuordnung arbeitete er maßgeblich an der Gestaltung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetzes vom 14. September 1994, das im allgemeinen Sicherheitsinteresse die Aufrechterhaltung von lebens- und verteidigungswichtigen Dienstleistungen des Postwesens und der Telekommunikation gewährleistet. Darauf aufbauend arbeitete Schönfeld an der Vorbereitung von Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes.

Kurz vor seinem Ausscheiden besuchte Schönfeld das Bundesamt für Zivilschutz und dankte Präsident Helmut Schuch für die langjährige gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Amt und dem Bundesverband für den Selbstschutz. Auch Schuch hob das gute Miteinander über die vielen Jahre hinweg hervor und wünschte Schönfeld für die Zukunft vor allem Gesundheit und einen erfüllten Ruhestand.

## DRK- Generalsekretär Römer geehrt

DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer erhielt in Bonn aus der Hand des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministers Florian Gerster das Bundesverdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. In einer Feierstunde im DRK-Generalsekretariat würdigte der Minister den jahrzehntelangen haupt- und ehrenamtlichen Einsatz Römers für die humanitären Anliegen des Roten Kreuzes. Besonders hervorzuheben sei das umfangreiche ehrenamtliche Wirken Römers. Als stellv. Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Mainz-Bingen habe sich dieser zwischen 1978 und 1990 – trotz seiner umfangreichen beruflichen Verpflichtungen –



Bundesverdienstkreuz für DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer (links). Rechts: Florian Gerster, Gesundheitsminister in Rheinland-Pfalz.

(Foto: Zimmermann)

mit großem Nachdruck engagiert. In seiner Funktion als DRK-Generalsekretär habe Römer die Rotkreuz-Arbeit in Deutschland maßgeblich gefestigt und insbesondere beim Aufbau der neuen DRK-Landesverbände nach der Wende nachhaltig mitgewirkt.

Römer stand zwischen 1973 und 1985 den Kreisen Daun und Mainz-Bingen als Landrat vor. Im August 1985 wurde er Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. 1987 wechselte Römer mit gleicher Funktion in das Ministerium für Umwelt und Gesundheit. 1990 wurde Römer zum Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes gewählt; die Bundesversammlung hat ihn im November 1995 bis zum Jahre 2002 im Amt bestätigt.

## Luftrettungsstaffel Bayern: Neuer Präsident

Reiner Vorholz ist neuer Präsident der Luftrettungsstaffel Bayern. Der 59-jährige Diplomingenieur aus München wurde von der Jahreshauptversammlung der LRST einstimmig in sein neues Amt gewählt.

Vorholz studierte an der TH München Maschinenbau, war 17 Jahre in

der Industrie tätig und ist seit 1981 Landesbeauftragter für Bayern des Technischen Hilfswerks (THW). Von 1991 bis 1996 baute er das THW in Sachsen auf. Seine fliegerische Laufbahn begann 1970 mit dem Erwerb der Erlaubnis für Privatflugzeugführer. 1989 trat Vorholz in die Luftrettungsstaffel Bayern ein, damals als Einsatzflugzeugführer des Stützpunkts München-Neubiberg. Bereits wenige Jahre später gehörte er als Referent dem Stab der Staffel an.

Die Luftrettungsstaffel Bayern ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Luftsportvereinen und Privatpiloten. Auf 34 Stützpunkten stellt sie 350 Piloten und 120 Flächenflugzeuge sowie vier Hubschrauber für die Waldbrandüberwachung, den Umweltschutz und die Aus- und Weiterbildung von Flugbeobachtern bereit. Alle Mitglieder arbeiten ehrenamtlich. Als „fliegende Feuermelder“ sind sie in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil der Waldbrandbekämpfung im Freistaat Bayern geworden. Für ihren erfolgreichen Einsatz wurde die Staffel vom Freistaat Bayern mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit der Bayerischen Umweltmedaille.

## Besuch im BZS

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Gerald Schäuble, sowie der Bundesgeschäftsführer des DFV, Winfried Glass, besuchten am 30. Mai 1996 das Bundesamt für Zivilschutz. Schäuble und Glass nutzten ihren Besuch beim neuen Präsidenten des Bundesamtes, Helmut Schuch, um die traditionell guten Beziehungen zwischen Bund und Feuerwehr neu zu knüpfen. Im Mittelpunkt des zweistündigen Gesprächs stand neben den aktuellen Problemen bei der Umsetzung der Neuordnung des Zivilschutzes die Frage nach der künftigen Beteiligung der Feuerwehren und Hilfsorganisationen an den Planungen des Katastrophenschutzes im Zivilschutz. Schuch stimmte der Einschätzung des DFV zu, daß dem ehrenamtlichen Engagement innerhalb des gemeinsamen Hilfeleistungssystems des Bundes und der Länder weiterhin eine herausragende Bedeutung zukommt.



Informationsgespräch im BZS (von links): DFV-Geschäftsführer Winfried Glass, DFV-Präsident Gerald Schäuble, BZS-Präsident Helmut Schuch, BZS-Mitarbeiter Brandrat Wolfgang Weber. (Foto: Sers)

Einig war man sich auch über eine frühzeitige fachliche Konsultation der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen bei der Entwicklung von Einsatzfahrzeugen des Bundes für den Katastrophenschutz.

## Auszeichnung für Baudirektor Kurt Bauer

Mit der Silbernen Ehrenmedaille zeichnete die Luftrettungsstaffel Bayern Baudirektor Kurt Bauer, Leiter der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg, aus. LRST-Präsident Reiner Vorholz überreichte Bauer diese hohe Auszeichnung verbunden mit dem Dank für die langjährige, gute Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Luftbeobachtern des Katastrophenschutzes der Forstverwaltung und der Feuerwehren.

Seit 1978 arbeiten Bauer und die LRST eng zusammen. Damals verlagerte das Bayerische Innenministerium die Luftbeobachtungslehrgänge von Eichstätt nach Würzburg. Seit dieser Zeit unterstützen Bauer und seine Mitarbeiter aktiv diese Lehrgänge.

Auch inhaltlich hat Bauer zur Weiterbildung der Luftbeobachter viel beigetragen. Die Ausbildungspläne der Stufe I und III tragen ins-

besondere im feuerwehrspezifischen Teil seine deutliche Handschrift.

## Dank für gute Zusammenarbeit

Seit vielen Jahren besteht eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband für den Selbstschutz und den im Bereich der BVS-Dienststelle Düren beheimateten Einheiten der Bundeswehr. So koordinierte bereits vor 25 Jahren der Kommandeur des Verteidigungskreises Düren die Selbstschutzausbildung der Soldaten und Zivilbediensteten, die von Mitarbeitern der BVS-Dienststelle durchgeführt wurde. Nach dem Jagdbomberschwader in Nörvenich belegte die Heimatschutzbrigade das größte Kontingent der Selbstschutz-Fach- und Grundlehrgänge. Bis vor nicht allzu langer Zeit wurde diese Ausbildung dem Jägerregiment angeboten und in den Einheiten sinnvoll angewandt.

Dies zum Anlaß nehmend, überreichte der BVS-Beauftragte Edgar E. Jansen, bis 1993 Leiter der Dürerer BVS-Dienststelle, dem Kommandeur des Jägerregiments 53, Oberstleutnant Wolfgang Kasuch, die Erinnerungsmedaille des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit einer Dankurkunde.

Am 8. März 1996 verstarb

### Wilhelm Czielski

im Alter von 55 Jahren.

Er begann seinen Dienst 1977 in der BVS-Dienststelle Wesel. Nach erfolgreichem Abschluß der Ausbildung als BVS-Fachlehrer wurde er 1978 vom BVS übernommen. 1980 wurde er zur Dienststelle Coesfeld als Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle versetzt. Von dort kam er zur Dienststelle Essen. Danach folgten die Dienststellen Recklinghausen und Gelsenkirchen, wo er die Aufgaben eines Fachbearbeiters wahrnahm.

Wilhelm Czielski war ein freundlicher und humorvoller Kollege, der bei den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern sehr beliebt war.

Er wird uns stets in guter Erinnerung bleiben.

\*

Am 22. April 1996 verstarb

### Werner Loechel

im Alter von 65 Jahren.

Er begann seine Laufbahn 1967 als Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle in der Kreisstelle Kempen/Krefeld.

1968 wurde er zur Dienststelle Krefeld versetzt, die er 1971 als Dienststellenleiter übernahm. 1972 wurde er zur Dienststelle Mönchengladbach-Rheydt abgeordnet, bis er 1979 die Dienststelle Oberhausen übernahm. Dort blieb er bis zu seinem Ausscheiden 1990.

Werner Loechel war durch seine liebenswürdige, immer ausgeglichene Art bei allen haupt- und ehrenamtlichen Kollegen sehr beliebt. Seine ruhige Art machten ihn zu einem kompetenten Gesprächspartner.

Er bleibt uns unvergessen.

BVS-Landesstelle  
Recklinghausen

# Schnelleinsatzgruppe – Spielzeug oder Notwendigkeit?

Von H. Jörg Umbach, Leiter der DRK-Landesschule Baden-Württemberg

In den letzten Jahren hat bei den Sanitätsorganisationen das Interesse an der Bildung von Schnelleinsatzgruppen in einem Maße zugenommen, daß man etwas boshaft schon fast von einem „Modetrend“ sprechen könnte. SEG-eigene Fachzeitschriften, SEG-eigene Kongresse und SEG-eigene Dienstbekleidungsabzeichen suggestieren, oberflächlich betrachtet, daß es heutzutage einfach „in“ ist, eine Schnelleinsatzgruppe aufzubauen oder einer solchen anzugehören. In diesem Beitrag wird versucht, die Struktur, die Einsatzmöglichkeiten einer SEG, aber auch das hohe zeitliche und ideelle Engagement der Helfer, Ausbilder und Führungskräfte darzulegen.

Eines kann vorab schon festgestellt werden: Weder ein DRK-Ortsverein oder eine DRK-Bereitschaft mit drei oder vier Funkmeldeempfängern ausgestatteten Helfern samt Bereitschaftsfahrzeug, noch ein schwerfälliger Zug mit Einsatzzeiten von 40 bis 50 Minuten kann den Aufgaben einer Schnelleinsatzgruppe gerecht werden.

## Aufgaben

Zu Beginn der 70iger Jahre befand sich der Rettungsdienst, wie wir ihn heute kennen, noch in der Entwicklungsphase. Aufgabe der Schnelleinsatzgruppen zu dieser Zeit war vorwiegend die Unterstützung des Rettungsdienstes in seiner ureigenen Aufgabe. In den letzten Jahren stellt nun der Massenansturm von Verletzten oder Erkrankten eine häufige Erscheinungsform größerer Schadensfälle dar. Diese Schadensfälle liegen zwar einerseits unterhalb des festgestellten Katastrophenfalls, können aber andererseits durch die Regelversorgung des Rettungsdienstes nicht bewältigt werden.

Da der Rettungsdienst vor allem nachts und an Wochenenden mit einer Mindestbesetzung auskommen

muß, besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß Schnelleinsatzgruppen vorwiegend zu diesen Zeiten zum Einsatz kommen. Diese Theorie wird durch Statistiken, soweit vorhanden, bestätigt.

In diesem sogenannten „Schnittstellenbereich“ des Notfallgeschehens liegt die Aufgabe einer Schnelleinsatzgruppe. Dabei ist zu beachten, daß – je nach Rettungsdienstbereich – diese Grauzone unterschiedlich schnell erreicht wird. Als Beispiel ein Vergleich zweier Rettungsdienstbereiche in Baden-Württemberg:

Besetzung Rettungsdienstbereich Stuttgart (nachts):

- zwei Notarzteinsatzfahrzeuge,
- fünf Rettungswagen in Stuttgart-Zentrum,
- zwei Rettungswagen in Stuttgart-Degerloch,
- ein Rettungswagen in Stuttgart-Zuffenhausen.

Besetzung Rettungsdienstbereich Freudenstadt (nachts):

- ein Notarzteinsatzfahrzeug,
- zwei Rettungswagen in Freudenstadt,
- ein Rettungswagen in Horb,
- ein Rettungswagen in Alpirsbach.

Allein aus der Anzahl der Rettungsmittel ist ersichtlich, daß die Grauzone im ländlichen Bereich bereits bei fünf bis sechs Betroffenen beginnt, während dies der Rettungsdienst im städtischen Bereich in aller Regel unproblematisch verkraftet. Rechnet man noch die größeren Entfernungen der Ret-

tungswachen untereinander ein und denkt an ähnlich mindestbesetzte Nachbar-Rettungsdienstbereiche in ländlichen Gebieten, ist die Frage der Notwendigkeit einer geeigneten unterstützenden Einheit außer Frage gestellt.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß im städtischen Bereich auf Schnelleinsatzgruppen verzichtet werden könnte, da hier diese Grauzone, wenn auch höher angesetzt, gleichermaßen vorhanden ist.

Letztendlich ist es angezeigt, den Einsatz einer solchen Einheit je nach örtlichen Gegebenheiten äußerst flexibel zu gestalten.

Folgende Aufgaben kommen einer Schnelleinsatzgruppe im Schnittstellenbereich Massenansturm von Verletzten zu:

- Unterstützung des Rettungsdienstpersonals bei der medizinischen Versorgung von Notfallpatienten.
- Orientierung, Erkundung und Lagemeldung bei größeren Schadenslagen.
- Sonstige sanitätsdienstliche Aufgaben, wie z. B. die Versorgung von Leichtverletzten.
- Betreuung und Hilfeleistung bei Nichtverletzten.

Zu dieser originären Aufgabe der SEG können, je nach örtlichen Gegebenheiten, weitere hinzukommen:

- Sicherungswachen bei Schadensereignissen, bei denen mit Verletzten oder Erkrankten zu rechnen ist (z. B. Brände etc.).
- Suche von vermißten Personen.
- Verkürzung des therapiefreien Intervalles bei regulären Einsätzen des Rettungsdienstes.
- Sonstige Aufgaben nach örtlichen Bedürfnissen.

Der vorletzte Punkt der Aufzählung bedarf einer näheren Erläuterung:

Je nach Standort und Zusammensetzung einer Schnelleinsatzgruppe besteht die Möglichkeit, eine Gruppe in Trupps aufzuteilen, die z. B.

*Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autors anlässlich der 3. Fachtagung des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg für Führungs-, Leitungs- und Fachkräfte am 11. November 1995 in Stuttgart.*

bei langen Anfahrtswegen des Rettungsdienstes oder bei schlechten Straßenverhältnissen als Ersthelfer oder Nachbarschaftshelfer parallel zu den Fahrzeugen des Rettungsdienstes alarmiert werden. Aufgabe des Trupps ist dann, bei Betroffenen lebensrettende Sofortmaßnahmen einzuleiten, eine Rückmeldung an die Rettungsleitstelle zu veranlassen und den Betroffenen an den Rettungsdienst zu übergeben. Funktechnisch stellt diese Aufteilung kein Problem dar, da bei den heute üblichen Funkmeldeempfängern unterschiedliche Schleifen programmierbar sind.

Wie bereits erwähnt, müssen die Einsatzschwerpunkte einer Schnelleinsatzgruppe je nach örtlichen Bedürfnissen flexibel gestaltet sein. Daher kann die Aufstellung auch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

### Ausstattung

#### *Personelle Ausstattung*

Die „Richtlinien des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg für die Bildung von Schnelleinsatzgruppen“ gehen von einer Sollstärke von acht Helfern aus. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß eine solche Gruppe geschlossen mit einem Fahrzeug ausrücken kann. Drei dieser Gruppen, zusammen mit der Führungsgruppe (Sollstärke drei Mann), ergeben den 1994 vorgestellten und verabschiedeten „Schnelleinsatzzug“. Dieser Schnelleinsatzzug umfaßt dann die Sollstärke von 27 Personen. Damit ist gewährleistet, ihn – je nach Bedarf – als Gesamteinheit oder in Gruppenstärke zu alarmieren. In den vom Bundesverband des Deutschen Roten Kreuzes neu konzipierten Einheiten des Katastrophenschutzes ist vorgesehen, die Sanitätsgruppe als Schnelleinsatzgruppe einzusetzen.

Dies bedeutet, daß dann die Sollstärke – inklusive Führungsgruppe und Arzt – bei 15 Helfern liegt. Legt man nun die vorher beschriebenen Aufgaben zugrunde und geht von mindestens 25 Prozent Personalausfall im Einsatzfall aus, ist eine Sollstärke von 12 bis 15 Helfern plus Arzt – sofern vorhanden – vernünftig. Keinesfalls aber darf die Sollstärke von acht Helfern unterschritten werden.

Es ist wünschenswert, in eine Schnelleinsatzgruppe einen Arzt zu integrieren. Leider steht in vielen Bereichen diese Theorie der Praxis entgegen, daß sich kein geeigneter Arzt für diese Aufgabe finden läßt. Aus der originären Aufgabe einer SEG heraus, nämlich, bei einem Einsatzgeschehen mit vielen Betroffenen tätig zu werden, müßte dieser Arzt über notfallmedizinische Erfahrung verfügen. Zwingend erforderlich ist daher der „Fachkundenachweis Rettungsdienst“.

Die Mindestqualifikation für diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe der Mitglieder einer SEG ist:

- die multifunktionale Helferausbildung,
- die Fachausbildung San-Dienst,
- die Einweisung in spezielle Funktionen nach Bedarf (Fahrer, Sprechfunker, Gefahrschutz Helfer).

Da die Mitglieder einer SEG häufig bei der medizinischen Versorgung von Notfallpatienten mitwirken, ist es erforderlich, daß jeder dieser Helfer einen ausreichenden Einblick in die Tätigkeit des Rettungsdienstes erhält.

Dies kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden:

Seit vielen Jahren führen DRK-Kreisverbände im Auftrag der DRK-Landesschule dezentral in Wochenend- und Abendveranstaltungen Lehrgänge für Rettungshelfer/Rettungssanitäter durch. Sie beinhalten neben 160 Stunden theoretischem Schulunterricht mit einsatztaktischen und notfallmedizinischen Schwerpunkten auch ein je 80-stündiges Klinik- und Rettungswachenpraktikum bei Rettungshelfern oder ein je 160-stündiges Klinik- und Rettungswachenpraktikum bei Rettungssanitätern. Darüber hinaus sind zentrale Ausbildungen dieser Art als Wochenendkurse in Überlegung. Da diese Ausbildungsgänge jeweils erst innerhalb von drei Jahren abgeschlossen sein müssen, ist es vielen ehrenamtlichen Helfern zuzumuten, eine solche Ausbildung anzugehen.

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die es auch einem engagierten Helfer nicht möglich machen, die Rettungshelfer-Ausbildung zu durchlaufen. Solchen Helfern muß es dann anderweitig ermöglicht werden, in die Organisation und die Aufgaben des Rettungsdienstes Einblick zu nehmen. Dies

sollte in einer mindestens zehn Tage dauernden Hospitation als zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen Besetzung tätigen Helfer auf einem Rettungswagen geschehen!

Der Einsatz einer Schnelleinsatzgruppe bei einem Massenansturm von Betroffenen liegt unterhalb der erklärten Katastrophe eindeutig im Tätigkeitsbereich des Rettungsdienstes. Da, wie bereits ausgeführt, das hauptamtliche Personal diesen Einsatz zahlenmäßig nicht bewältigen kann, liegt hier eine sehr wichtige Aufgabe des Ehrenamtes in der Mitwirkung im Rettungsdienst. Ausdrücklich zu betonen ist: Der Rettungsdienst ist heutzutage eine hochqualifizierte und äußerst verantwortungsvolle Aufgabe, die sich nicht zuletzt auch im Beruf des Rettungsassistenten manifestiert. Der Wunsch zur Mitarbeit im Rettungsdienst muß unabdingbar auch den Willen zur qualifizierten Ausbildung nach sich ziehen.

Eine Schnelleinsatzgruppe, die sich ausschließlich aus hauptamtlichen Mitarbeitern zusammensetzt, ist nicht wünschenswert. Das hauptamtliche Personal muß dem Rettungsdienst für Großschadensereignisse weitgehend als Hintergrunddienst zur Verfügung stehen. Andererseits können natürlich ehrenamtliche Helfer von der Erfahrung hauptamtlicher Rettungsassistenten profitieren. Daher gilt auch hier, wie in vielen anderen Bereichen: „Die gesunde und sinnvolle Mischung macht's!“

Jedenfalls sollen die Helferinnen und Helfer von Schnelleinsatzgruppen Mitglieder einer Bereitschaft (z. B. einer Sanitätsbereitschaft) sein, allerdings können sie sich auch aus den Einheiten des Katastrophenschutzes rekrutieren.

In der Schnelleinsatzgruppe Dornstetten im DRK-Kreisverband Freudenstadt versehen z. B. 15 Helferinnen und Helfer ihren Dienst. Davon sind drei hauptamtlich und zwölf ehrenamtlich tätig.

Folgender Ausbildungsstand in dieser SEG wurde bisher erreicht:

- drei Rettungsassistenten,
- zwei Rettungssanitäterinnen,
- drei Rettungshelfer,
- sieben Sanitätshelfer/innen.

In über 40 Einsätzen der gesamten Schnelleinsatzgruppe und in mehr als 400 Truppeinsätzen als Ersthelfer hat sich diese Zusammen-

setzung hervorragend bewährt. Bewährt hat sich dabei auch die Mitwirkung von Helferinnen.

Selbstverständlich ist, daß Führungskräfte der Schnelleinsatzgruppen mindestens eine Unterführer-Ausbildung absolviert haben müssen.

Neben der Ausbildung ist die Weiterbildung ein wichtiger Punkt. Theoretische Unterweisungen müssen sein, vor allem aber ist auf die Durchführung praktischer Übungen zu achten. Zu empfehlen sind hier:

- Sanitätsdienstliche und notfallmedizinische Einzelmaßnahmen durch jeden Helfer.
- Geräte- und Fahrzeugkunde durch jeden Helfer.
- Angesagte Übungen und Alarmübungen der gesamten SEG oder des SEZ.

Darüber hinaus ist es empfehlenswert, daß ein Teil der Helfer regelmäßig, je entsprechend seines Ausbildungsstandes – zum Beispiel eben als „3. Mann“ – , im Rettungsdienst mitwirkt. Dies bedeutet natürlich, daß die zuständigen Führungskräfte des Rettungsdienstes eine Mitarbeit der SEG-Helfer ermöglichen müssen.

## Sächliche Ausstattung

Über die Ausstattung einer SEG mit Fahrzeugen und Material wird in den „Richtlinien des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg“ ausführlich Stellung genommen. Neben der vorgesehenen Mindestausstattung können, je nach örtlicher Gegebenheit, Fahrzeuge des Katastrophenschutzes (z. B. Artzswagen) herangezogen werden. Wie bereits erwähnt, schlägt der DRK-Bundesverband die Sanitätsgruppe, bestehend aus Führungsfahrzeug, Arzttruppwagen mit Hänger und zwei 4-Tragen-Wagen, als Schnelleinsatzgruppe vor.

Als Grundsatz gilt: Jede Schnelleinsatzgruppe muß in der Lage sein, mindestens 20 Betroffene zu versorgen!

## Persönliche Ausstattung

Zur persönlichen Ausrüstung gehören je ein Schutzhelm mit Nackenleder und Visier, Einsatzanzug (z. B. Kombi), eine reflektierende Schutzweste, ein Paar Stiefel mit Stahlkappe und durchtrittfester Sohle,

ein Paar Schutzhandschuhe, ein Paar Einmalhandschuhe, ein Funkmeldeempfänger und ggf. eine Sanitätsumhängetasche sowie eine Hand- oder Helmlampe.

## Alarmierung

Das Erreichen der Leistungsgrenze des Rettungsdienstes wird grundsätzlich von der Rettungsleitstelle festgestellt. Diese unterrichtet rechtzeitig die KatS-Behörde und hält sich an vorgegebene Alarmpläne. Daher wird in aller Regel die Entscheidung über die Alarmierung einer Schnelleinsatzgruppe für einen Einsatz im Schnittstellenbereich durch den diensthabenden Disponenten der Rettungsleitstelle getroffen. Darüber hinaus kann selbstverständlich bei individualmedizinischen Notfällen der zuerst eingetroffene Rettungsassistent oder der Notarzt – bei größeren Einsatzgeschehen der „Organisatorische Einsatzleiter Rettungsdienst (EvD)“ – eine Schnelleinsatzgruppe nachfordern. Durch vorher zu regelnde Anweisungen können dann entsprechend benannte Personen (z. B. die Kreisbereitschaftsführung) über den Einsatz informiert werden. Aus zeitlichen und einsatztaktischen Gründen ist es geradezu schädlich, wenn der Leitstellendisponent zuerst die Zustimmung für die Alarmierung einer SEG von einer oder gar mehreren Führungskräften einholen muß!

Ebenso muß der Leitstelle verbindlich mitgeteilt werden, wann bei bestimmten Einsatzgeschehen automatisch eine Schnelleinsatzgruppe zu alarmieren ist.

Denkbar ist hier zum Beispiel eine örtliche Absprachen für Einsätze der Feuerwehr. Liegt der Leitstelle diese Anweisung vor, hat der diensthabende Disponent keinen Ermessensspielraum. Er muß dann bei solchen Einsatzgeschehen unverzüglich die Alarmierung vornehmen.

Zur Verstärkung des rettungsdienstlichen Einsatzes ist es erforderlich, daß eine Schnelleinsatzgruppe spätestens 30 Minuten nach Alarmierung an der Notfallstelle eintrifft. Dies bedeutet, daß die Ausrückzeit maximal zehn Minuten betragen kann.

Längere Ausrückzeiten sind für den originären Auftrag einer Schnelleinsatzgruppe, nämlich die

Unterstützung des Rettungsdienstes bei einer Vielzahl von Betroffenen, nicht vertretbar.

## Einsatzführung

Grundsätzlich kommen die Mitglieder einer SEG immer unter eigener Führung zum Einsatz. Allerdings ist, wie bereits erwähnt, die Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten grundsätzlich Aufgabe des Rettungsdienstes. Sie bleibt es bis zum festgestellten Katastrophenfall.

So ergeben sich für folgende Situationen entsprechende übergeordnete Führungsstellen:

### Individualmedizinischer Notfall

– I.d.R. der zuerst eingetroffene Rettungsassistent oder Notarzt.

### Massenanfall von Verletzten

– Organisatorischer Leiter RD (EvD) (Taktische Führung).

– Leitender Notarzt (LNA) (Koordination, medizinische Hilfe).

Bei Einsatz mehrerer Hilfsdienste ist die Einrichtung einer koordinierenden Einsatzleitung notwendig.

### Katastropheneinsatz

– Technische Einsatzleitung (TEL) mit behördlicher Führung.

Eine „Führungsgruppe SEZ“ wird erst dann erforderlich, wenn mehrere Gruppen als Schnelleinsatzzug eingesetzt werden.

## Schlußbetrachtung

Wenn die in diesem Beitrag aufgeführten Mindestanforderungen in allen Gliederungen, die sich heute den Namen „Schnelleinsatzgruppe“ geben, erfüllt sind, wird es sich künftig erübrigen, die Frage „Spielzeug oder Notwendigkeit?“ im Zusammenhang mit Schnelleinsatzgruppen zu stellen. Schnelleinsatzzüge oder -gruppen sind in der heutigen Zeit zur Unterstützung des Rettungsdienstes notwendiger denn je.

Die Mitwirkung in einer Schnelleinsatzgruppe ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Einbindung des Ehrenamtes in den Rettungsdienst. Dies sollten auch die Mitarbeiter sehen, die heute noch die Helfer von Schnelleinsatzgruppen geringschätzig als „Hobbyretter“ abtun und die Mitarbeit dieser Helfer zu unterbinden suchen. Der Einsatz einer SEG ist eine sinnvolle Ergänzung der Arbeit des Rettungsdienstes – kein Konkurrenzunternehmen!

# Lampenfieber bremst die gute Tat

## Psychologische Motive für unterlassene Hilfeleistungen

Nicht nur einschlägige Gesetze legen fest, daß man Opfern eines Unglücks oder Verbrechens Hilfe leisten muß. Passanten, die bei einem Notfall tatenlos vorbeigehen oder sich als Gaffer betätigen, werden von der empörten Öffentlichkeit meist als herzlos und unmenschlich angesehen. Dabei zeigen die Ergebnisse der Forschung, daß es oft „nur“ kleine Hindernisse und mitmenschliche Hemmungen sind, die dem Samaritertum im Wege stehen.

Vor einigen Jahren führte der Deutsche Kinderschutzbund ein Experiment durch, bei dem „verdächtige“ Geräusche und die vorgetauschten Schreie eines gepeinigten Kindes aus dem Fenster einer Wohnung drangen. Von den 989 Fußgängern, die den mutmaßlichen „Tatort“ während einer Stunde passierten, hatten sich lediglich sieben zu einem Eingreifen entschlossen; die übrigen 982 stellten sich taub und gingen scheinbar achtlos weiter.

Auch die Menschenmengen, die in der jüngeren Zeit tatenlos – oder gar beifällig Ausschreitungen gegen Ausländer beiwohnten, haben eine (strafbare) Form von unterlassener Hilfeleistung praktiziert. Derartige Verhaltensweisen werden durch einen inneren Mechanismus begünstigt, den die Psychologen den „Bystander-Effekt“ nennen, erläutert ein Forscherteam um den Kriminologen Professor Hans-Dieter Schwind von der Ruhr-Universität Bochum in der Zeitschrift „Kriminalistik“. Dieser Effekt besteht darin, daß die Anwesenheit anderer Personen die Hilfsbereitschaft des einzelnen untergräbt.

Jeder Mensch, der vor der Entscheidung steht, einem anderen Menschen zu helfen, wägt genau – und sei es auch nur unterschwellig – die Kosten und Nutzen gegeneinander ab. Zu den Kosten gehören zum Beispiel die Mühe oder die Gefährdung der eigenen Person, während der Nutzen etwa in einem positiven Selbstbild oder in der Linderung der durch das Mitgefühl erzeugten Spannungen liegen kann.

Ganz am Anfang dieser Kalkulation wird zunächst die Ernsthaftigkeit der Notlage eingeschätzt. Jeder Hinweis, der den Mißstand als weniger schwerwiegend erscheinen läßt, bremst die Einsatzbereitschaft dramatisch. Ein Betrunkener, der bewegungslos am Straßenrand liegt, weckt beispielsweise eher wenig Mitgefühl, weil angenommen werden kann, daß er auch ohne äußeres Zutun wieder auf die Beine kommt. Auch einem Opfer, das man nicht sieht, wird seltener geholfen, berichten die Forscher: Bei einem Experiment, in dem nur die Schreie eines mutmaßlichen Verunglückten zu vernehmen waren, unternehmen die meisten Versuchspersonen nichts.

Die Vertrautheit mit der jeweiligen Umgebung wirkt sich dagegen günstig auf das Helfen aus. Einer gestolperten Person wurde auf einem (unbekannten) Flughafen nur halb so häufig geholfen wie in der vertrauten U-Bahn. Dazu kommt noch ein zeitlicher Aspekt: Bei Nacht gibt es weniger Nächstenliebe als am lichten Tag. An unbekanntem Orten und nachts fühlen Menschen sich offenbar unsicherer. Ob eine Notsituation auch wirklich als eine solche erkannt wird, hängt nicht zuletzt von den Reaktionen der anderen Anwesenden ab. Wenn der einzelne Zweifel am Ernst der Lage hat, zieht er das Verhalten der anderen für seine Diagnose heran. Dabei kommt aber häufig das Phänomen der sogenannten „pluralistischen Ignoranz“ zum Tragen: Jeder einzelne denkt mißtrauisch, daß er selbst vielleicht überreagiert und die Situation künstlich dramatisiert. Aus diesem Grund fügt er sich der vermeintlichen Mehrheitsmeinung, die durch das (gespielte) Understatement der Mehrheit geprägt wird – mit der Folge: Keiner hilft.

Daß Zeugen Menschen vom Helfen abhalten können, hängt aber auch mit der zersetzenden Wirkung von Lampenfieber und falscher Scham zusammen, erläutern die Forscher. Vor Publikum tätig zu wer-

den (sich zu produzieren), ist manchen Menschen unangenehm: Man fürchtet, sich zu blamieren (sogenannte Bewertungsangst), dadurch erscheinen die Kosten des Nichteingreifens geringer.

Jemanden in der Not Beistand zu leisten, ist schließlich für viele Menschen eine völlig ungewohnte Herausforderung, für die es kein eingeübtes Verhalten gibt. Man muß also immer befürchten, bei dem Eingriff in die fremde Intimsphäre ins Fettnäpfchen zu treten und eine peinliche Situation heraufzubeschwören.

Eine Gruppensituation kann dazu führen, daß das Verantwortungsgefühl des einzelnen nachläßt. Besonders dann, wenn die Umstände mehrdeutig sind, kann der einzelne sein Gewissen mit dem Verweis auf „die anderen“ entlasten. Das ist verhängnisvoll, wenn der einzelne die fremden Reaktionen nicht (genau) verfolgen kann. Die Hilfsbereitschaft schwindet nämlich, wenn eine Verständigung zwischen den Anwesenden irgendwie verhindert wird. Rein theoretisch könnte der Funke der Barmherzigkeit leichter überspringen, wenn die Zeugen eines Notfalls sich durch Blicke oder Gesten verständigen würden.

Schließlich spielt auch die Beziehung zwischen Opfer und Helfer eine Rolle. Wenn man den Benachteiligten persönlich kennt, ist das Gefühl der Verpflichtung meist stärker. Die äußere Erscheinung des Hilfsbedürftigen fließt offenbar in die Kosten-Nutzen-Rechnung ein: Wenn durch das Äußere hohe Interventionskosten zu befürchten sind, zum Beispiel bei Betrunknen oder Blutenden, sinkt die Einsatzfreude. Auch eine mögliche Gefährdung des Helfenden kann ein Kostenfaktor sein, etwa bei Raub, Körperverletzung oder Brandunfällen. Menschen helfen eher, wenn sie glauben, daß das Opfer keine Verantwortung für seine Misere trägt, wenn sie gerade keinen Zeitdruck verspüren, wenn sie „gut drauf“ sind, und wenn ihnen selbst vor kurzem geholfen wurde. (df)

# Dekontamination von Einsatzkräften

## Vorstellung des Prototyps eines Einsatzfahrzeugs für den Zivilschutz

Von G. Lämmel und Dr. W. Marzi, Bundesamt für Zivilschutz

Die Abwehr radiologischer, biologischer und chemischer Gefahren im Verteidigungsfall, der Aufgabenbereich ABC, ist wie bisher Bestandteil der Aktivitäten des Bundes. Das neue Zivilschutzkonzept geht davon aus, daß weniger flächendeckende, sondern vielmehr lokale/regionale Schadenslagen unter weitgehendem Erhalt der Infrastruktur zu bewältigen sind. Im ABC-Bereich ist gegenüber der Situation im Frieden mit qualitativ anderen Risiken wie beispielsweise dem Einsatz chemischer Kampfstoffe oder der Einwirkung von Waffen auf Kernkraftwerke, gentechni-

sche oder chemische Anlagen zu rechnen. Darüber hinaus ist das gehäufte Auftreten von Großschadenslagen wahrscheinlich. Mit den für den Aufgabenbereich ABC vorgesehenen Einsatzfahrzeugen für die Erkundung und Meldung von ABC-Gefahren sowie für die Dekontamination von Personen und Ausstattung will der Bund die Kapazitäten des friedensmäßigen Katastrophenschutzes qualitativ und quantitativ ergänzen. Die Dekontamination der Einsatzkräfte ist ein wichtiger Baustein zur Bewältigung von Großschadenslagen mit beschränkten personellen Ressourcen.

### Anforderungen an die Einsatzkomponente „Dekontamination von Einsatzkräften“

Das System muß die hygienische Reinigung und Dekontamination von Einsatzkräften und sonstigen an der Einsatzstelle vorgefundenen Personen mit feldmäßigen Mitteln vor Ort gewährleisten; es ist nicht für die Dekontamination der Bevölkerung gedacht. Die Einsatzkräfte sollen so betreut werden, daß ihre Einsatzbereitschaft kurzfristig wieder hergestellt werden kann.

Da die Dekontamination von Einsatzkräften ein Baustein eines komplexen Gefahrenabwehrsystems ist, sollte sie in die friedensmäßigen Strukturen möglichst problemlos integrierbar sein unter Berücksichtigung technischer Normen, sonstiger Standards und einschlägiger Empfehlungen.

Hieraus werden im Detail die folgenden einsatztaktischen Forderungen abgeleitet:

- Mobilität durch Verlastung der Komponente auf einem Trägerfahrzeug.
- Einsetzbarkeit autark und abgesetzt vom Trägerfahrzeug.
- Funktionsfähigkeit bei Frost und bei Dunkelheit (Beleuchtungsanlage).
- Anschlußmöglichkeit an das öffentliche Versorgungsnetz (Wasser/Strom).

- Möglichkeit der Ergänzung geeigneter stationärer Anlagen.
- Möglichkeit der Vordekontamination der Einsatzkräfte im Chemikalienschutzanzug.
- Aus- und Ankleiden sowie Duschen in schnell und einfach aufzubauenden und verlastbaren Räumlichkeiten.
- Durchlaufkapazität von ca. 60 Personen in der Stunde.
- Duschwassertemperatur von 38 Grad Celsius auch bei Einspeisung kalten Wassers.
- Betriebsstoff für fünf Stunden.
- Möglichkeit des Einsatzes des Trägerfahrzeugs für die Duschwasserversorgung.
- Ausstattungsteile tragbar von vier Personen (max. 160 kg).
- Geringer Ausbildungs-, Bedienungs- und Wartungsaufwand.
- Ausstattungsteile möglichst normgerecht bzw. handelsüblich.
- Vorrichtung für das Auffangen und die Zwischenlagerung von schadstoffbelastetem Duschwasser.

### Technische Realisierung der Anforderungen

Auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Personenduschkomponente der früheren ABC-Züge und der Erfahrungen in- und ausländischer Feuerwehren wurde ein erster Prototyp eines Einsatzfahrzeugs für die Dekontamination von Einsatz-

kräften entwickelt, mit dem die vorstehenden Anforderungen realisiert werden sollen. Es ist dies eine von vielen möglichen Varianten, die ihre Praktikabilität und Integrierbarkeit im Rahmen von Erprobungen noch unter Beweis stellen muß. Ob es bei dem hier beschriebenen System letztendlich bleiben wird, ist noch völlig offen, da zu gegebener Zeit überprüft werden muß, inwieweit die Empfehlungen der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb), die zur Zeit gerade erarbeitet werden, erfüllt werden. Auch wird sich eine Bund-/Länderarbeitsgruppe des Themas annehmen, woraus sich ebenfalls Änderungen ergeben können.

Für den Prototyp des Einsatzfahrzeugs wurde ein Lastkraftwagen mit 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht, mit einer Doppelkabine für sieben Personen einschließlich Fahrer, einer Pritschenlänge von 3,10 m, Plane und Spriegel und einer Ladebordwand mit 1000 kg Hubkraft gewählt.

Für die Vordekontamination der Einsatzkräfte im Chemikalienschutzanzug nach dem Einsatz steht eine Einmandduschzelle zur Verfügung. Die Vordekontamination wird von einer Hilfskraft unterstützt und hat zum Ziel, die auf dem Anzug befindliche Kontamination möglichst weitgehend zu entfernen, um das Risiko einer Kontaminationsverschleppung und einer Kontamination der Ein-

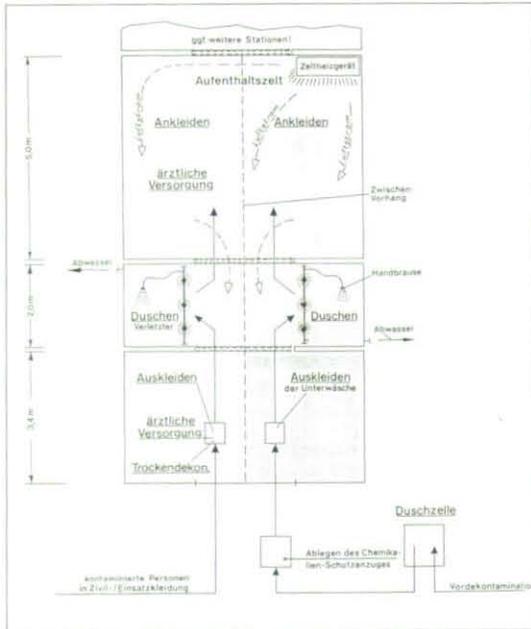


Abbildung 1:  
Zeltanordnung.

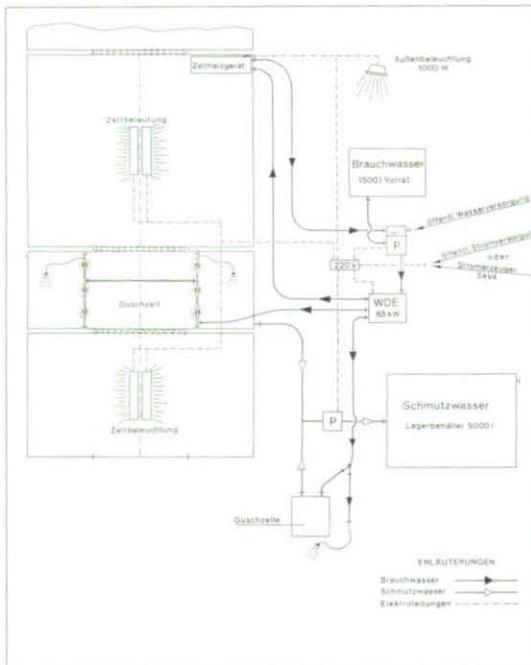


Abbildung 2:  
Versorgungsschema  
für die Anlage  
mit Strom  
und Wasser.

(auch liegend) durchführen zu können (Abb. 1).

Die Duschwasserzubereitung für die Duschkabine und die Einmalduschzelle erfolgt über einen mobilen Durchlauferhitzer mit einer Wärmeleistung, die ausreicht, um 2300 l Wasser von 10 auf 28 Grad Celsius zu erwärmen. Die Wassertemperatur ist stufenlos bis maximal 90 Grad Celsius regelbar. Die Wasserversorgung für die Duschen und das Warmwasser-Zeltheizgerät aus einem faltbaren 1500-l-Wasserbehälter mittels einer Kreiselpumpe (3000 l/h, 3 bar) erfolgen. Alternativ kann die Anlage über die öffentliche Wasserversorgung bedient werden. Das Zeltheizgerät wird im Bedarfsfall im Ankleidezelt für die Erwärmung der Luft im Innern der Zelte verwendet. Es bietet darüber hinaus den Vorteil, einen gerichteten Luftstrom von der reinen (Ankleidezelt) Seite zu erzeugen, so daß eventuell im unreinen Bereich freigesetzte Schadstoffdämpfe nicht in den reinen Bereich gelangen können. Die Stromversorgung übernimmt ein 5-kVA-Strömstromaggregat, alternativ kann das Stromversorgungsnetz benutzt werden.

Das Abwasser aus Duschkabine und Duschzelle wird einem faltbaren 5000-l-Auffangbehälter mittels einer zweiten Pumpe zugeführt, von wo aus es zu einem späteren Zeitpunkt ordnungsgemäß entsorgt werden kann.

Die Anlage wird komplettiert durch Sitzbänke, Stühle, Kleiderständer, Duschmatten etc. Eine Außenbeleuchtung für den Betrieb während der Dunkelheit ist vorgesehen.

satzkraft beim Ablegen der Chemikalienschutzkleidung so klein wie möglich zu halten.

Aus- und Ankleidezelt (ca. 16 und 25 qm) und die Duschkabine mit der Wasserauffangwanne sind luftgestützt und konstruktiv so gefertigt, daß sie sowohl mit einem Kompressor oder einem Gebläse als auch mit einer Luftpumpe aufgeblasen werden können. Ein derartiges System ist im Vergleich zu den herkömmlichen Zeltkonstruktionen, bedeutend schneller und mit geringerem Personaleinsatz aufzubauen. Zelte und Duschkabine können einzeln und im Verbund aufgestellt wer-

den: Dies gewährleistet die notwendige Flexibilität, um das System in Verbindung mit stationären Anlagen betreiben zu können. Nach dem Ablegen der Bekleidung im Auskleidezelt erfolgt die eigentliche hygienische Reinigung/Dekontamination in der Duschkabine, die mit sechs fest installierten Brauseköpfen und zwei Handduschen ausgestattet ist. Es ist möglich, die Zeltanordnung in Längsrichtung mittig zu unterteilen, um unabhängig voneinander die hygienische Reinigung nicht kontaminierter Personen und die Dekontamination und hygienische Reinigung kontaminierter Verletzter

## Ausblick

Nach einer internen Erprobung wird das beschriebene Einsatzfahrzeug für die Dekontamination von Einsatzkräften einer umfangreichen Felderprobung unterzogen werden. Die hieraus resultierenden Erfahrungen werden in Verbindung mit der Entwicklung der Personendekontamination bei den Feuerwehren und den Ergebnissen der Bund-/Länderarbeitsgruppe zu einem modifizierten Prototyp-Einsatzfahrzeug führen, mit dem der Nachweis der Beschaffungsreife erbracht werden kann. (Quelle: SEG/Nr.1/96)

## Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

### Warnung per Lichtbalken

Ein neuartiger Lichtbalken, in V-Form konzipiert, hat eine Rundumleuchtwirkung, die mit einem herkömmlichen Rundumlicht nicht vergleichbar ist. Sieben Halogenleuchten schaffen die Möglichkeit, daß aus jeder Position stets vier Leuchten gesehen werden können. Wichtig ist dies beim Einfahren in Kreuzungen, was als größte Gefahr anzusehen ist. Das Gerät ist europaweit zugelassen und unter anderem beim THW im Einsatz. (Techno-Design)



### Wärmequellen schnell lokalisieren

Mit dem FirePac stellt sich ein neues Gerät zum Aufspüren von



Wärmequellen vor. Den Wärmedetektor im Taschenformat gibt es mit und ohne Laserpointer. Das Gerät ist in der Lage, Wärmequellen selbst bei stark verrauchter Umgebung innerhalb einer Reichweite von bis zu 30 Metern aufzufinden und mit dem optional vorhandenen Laserpointer zu markieren. Eine Anpassung an die Umgebungstemperatur erhöht dabei noch die Empfindlichkeit der Sensorik.

So ist es möglich, kleinste Temperaturunterschiede zur Umgebung festzustellen und mittels der Bargraphanzeige genau zu lokalisieren. Das Gerät eignet sich als Alternative zu Wärmebildkameras für alle Anwendungen im Rahmen von Feuerwehreinsätzen.

FirePac wiegt 280 Gramm, die Lebensdauer des Gerätes liegt (analog zur Sensorlebensdauer) bei etwa zehn Jahren. Die Betriebsdauer beträgt ohne Laserpointer 12 Stunden und bei der Variante mit Laserpointer bei Dauerbetrieb von acht Leuchtbalkensegmenten acht Stunden. (Dräger)

### Handy wird zum Autotelefon

Ein neuartiges Einbausystem macht aus einem Handy ein Autotelefon mit allem Komfort. Bei dem Autoeinbausatz „Car Handy System“ wird das Handy direkt in eine Hörschale eingesetzt. Damit ist gleichzeitig die Stromversorgung und der Anschluß zur externen Antenne hergestellt. Wie beim Festeinbau steht damit im Fahrzeug eine vollständige Hör- und Sprechgarnitur sowie zusätzlich eine Freisprecheinrichtung zur Verfügung. So kann man unterwegs komfortabel und sicher telefonieren.

Das neue System vereint die Vorteile von Handy und Festeinbau in einem Gerät und hält alle Informationen wie den Nachweis der zehn letzten Gesprächsverbindungen oder eingegangene Kurznachrichten überall und jederzeit abrufbereit. Gleichzeitig wird die Akkuladung des Handys während der Fahrt



durch eine programmgesteuerte Ladeelektronik aufgefrischt.

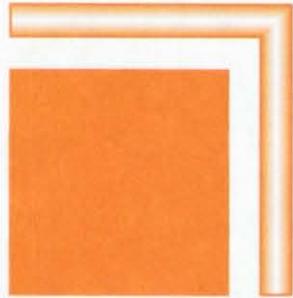
(Bosch)

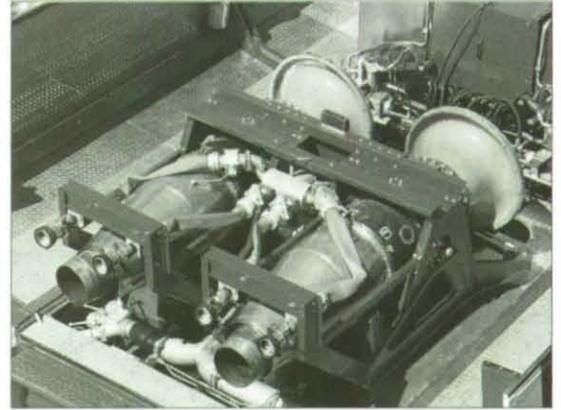
### Brandbekämpfung mit Turboschub

Neue Wege der Brandbekämpfung und zur Abwendung von Schadensfällen in Chemiefabriken beschreiten die Werkfeuerwehr der BASF in Ludwigshafen in Zusammenarbeit mit dem Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge und der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Auf einem serienmäßigen Dreiachs-Fahrgestell in hochgeländegängiger Allradausführung entstand ein Speziallöschfahrzeug, das als Turbo-Löschler in die Feuerwehrgeschichte eingehen wird.

Auf dem Fahrgestell sind zwei Alphajet-Triebwerke montiert, die in Verbindung mit getrennten Wasserversorgungen in der Lage sind, aus größeren Entfernungen Brände zu bekämpfen, gefährdete Objekte zu kühlen und Gaswolken zu vernebeln bzw. durch chemische Beimischungen unschädlich zu machen. In den nächsten beiden Jahren soll der Turbo-Löschler unter der Federführung der BASF-Werkfeuerwehr erprobt werden. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefördert und hat den Zweck, den hohen technischen Standard der Bundesrepublik in der Brand- und Katastrophenbekämpfung weiter zu steigern.

Der Turbo-Löschler hat die Abmessungen eines Straßenfahrzeugs





## Konzentrat im Nachfüllbeutel

Ein neues Konzentrat für Mehrbereichsschaum wird in einer bisher einzigartigen Verpackung angeboten und besitzt die DIN-Zulassung. Das Konzentrat ist nicht wie bisher in Kanistern, sondern in handlichen 5-Liter-Beuteln verpackt. Das altbekannte Problem „Wohin mit leeren Schaummittel-Kanistern?“ ist damit gelöst, denn die Kanister können nun wiederverwendet werden.

Die Schaummittelzubereitung ist denkbar einfach: Kanister ausspülen, um die Schaummittel-Reste zu entfernen – 10 Liter Wasser einfüllen – zwei 5-Liter-Beutel Konzentrat zugeben – verschließen – kurz schütteln – fertig.

Das neue Konzentrat enthält bei 50prozentiger Verdünnung weniger Lösungsmittel (Glykole, Glykolyther) als konventionelle Mehrbereichsschaummittel, ist aber mindestens genauso leistungsfähig.

Das Schaummittel ist biologisch abbaubar. Nach fünf Tagen ist über die Hälfte der Substanzen des Schaumes von Klärschlamm-Bakterien abgebaut. So sind auch Löschübungen kein Problem, solange die Empfehlungen zum Üben mit Pulver und Schaum eingehalten werden.

(Total Walther)

und kann in wenigen Minuten in Einsatzstellung gebracht werden. Dazu entfaltet sich der Aufbau des Fahrzeugs und legt die beiden nebeneinander angeordneten Triebwerke frei. Das Fahrerhaus wurde um eine verglaste und abnehmbare Kanzel als Kommandozentrale erhöht. Die Strahlrohre sind über den Turbinen montiert, die Wasserabgabe erfolgt über Mehrzweckdüsen, einstellbar zwischen 1.800 und 2.800 l/min, Voll- und Sprühstrahl.

Der Kraftstoffvorrat für die beiden Turbinen beträgt 2.500 Liter

Kerosin, er reicht für eine Betriebszeit von einer Stunde. Damit bei vollem Triebwerkschub der sichere Stand des Fahrzeugs gewährleistet ist, wurde die Feststellbremse auf alle sechs Räder ausgedehnt. Beim ersten Probelauf des Turbo-Löschers beförderten die Turbinen aus vier Rohren Wasser über eine Entfernung von mehr als 100 Metern. Die Feuerwehr-Experten bezeichneten die Uraufführung als vollen Erfolg. (MAN)



# „Operative Einsatzleitung Ausland“

## Ein THW-Ausbildungslehrgang

Von Klaus Liebetanz

Vom 28. bis 31. Mai 1996 fand der erste Ausbildungslehrgang „Operative Einsatzleitung Ausland“ an der THW-Ausbildungsstätte Neuhausen auf der Fildern statt. Damit wurde eine Schlußfolgerung aus der großen Goma-Auswertung vom 9. bis 11. Juni 1995 in die Tat umgesetzt. Der Verfasser dieses Beitrags erhielt Anfang 1996 von der THW-Leitung den Auftrag, ein Curriculum für diesen Lehrgang zu erstellen.

### Zielsetzung des Lehrgangs

Erfahrenes Führungspersonal des THW soll den speziellen Erfordernissen der Leitung eines Auslandseinsatzes vor Ort gerecht werden können. Hierzu gehören im einzelnen:

- Operative Durchführung des Auftrages im Ausland.
- Verantwortung für Personal und Ausstattung (Menschenführung im Ausland, Führen in Krisensituationen u. a.).
- Verbindunghalten zu anderen Organisationen (Hilfsorganisationen, DHA, UNHCR, deutsches Verbindungsbüro, örtliche Behörden und Dienststellen, wie Wasserwerke u. a.).
- Zusammenarbeit mit ausländischen und vom THW bezahlten Lokalkräften.
- Entscheidung in Zusammenarbeit mit der THW-Leitung über Hilfeersuchen anderer Organisationen.
- Absetzen von Meldungen an die THW-Leitung nach Deutschland.

Dabei soll sich der Lehrgang hauptsächlich mit typischen Problemen, Dilemmas, Herausforderungen, Enttäuschungen, Streitfragen und Entscheidungen beschäftigen, denen sich das Führungspersonal im Auslandseinsatz gegenübergestellt sieht. Fragen des Teamworks sollen im Mittelpunkt stehen.

Ziel des Lehrgangs ist es, das Bewußtsein für Fragen und Probleme

Eine am Flughafen zu Ausbildungszwecken der Feuerwehr installierte Tupolew 154 wurde in das Planspiel integriert. BGS und Flughafenzoll gaben u. a. ihre Anweisungen in der Maschine.



zu stärken und nicht so sehr die Vermittlung von Einzelwissen.

### Nutzen von Erfahrungen anderer Organisationen

Mit der Erstellung des Curriculums (Festlegen von Grob- und Feinlernzielen und Erarbeiten von methodischen Vorschlägen) sollte das Rad nicht neu erfunden werden. Es wurde im wesentlichen auf drei Quellen zurückgegriffen:

#### A. Pilotseminar an der AA-Ausbildungsstätte

Der Gesprächskreis Humanitäre Hilfe (jetzt: Koordinierungsausschuß H.H.) hat im Jahr 1994 in mehreren Arbeitsgruppen unter Beteiligung der großen deutschen Hilfsorganisationen einen Themenkatalog für ein Pilotseminar Ausbildung und Betreuung von Führungskräften in der Humanitären Hilfe im Ausland erstellt. Dieses Pilotseminar wurde vom 27. bis 31. März 1995 an der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes in Bonn-Ippendorf unter Moderation der GTZ durchgeführt.

Neben großem Lob für teilweise hervorragende Vorträge kamen die Lehrgangsteilnehmer zu folgendem Schluß: Das Seminar war insgesamt zu überladen, zu theorielastig, zu frontal und bot zu wenig Gelegenheit zum Austausch unter den Teilnehmer/-innen und zur Diskussion.

Übungen und Gruppenarbeiten oder andere Formen, die Partizipation zu erhöhen, kamen zu wenig vor.

#### B. Basic Training Course for Delegates der Internationalen Rotkreuzföderation

Dieser standardisierte Trainingskurs enthält eine Reihe von ausgezeichneten methodischen Hinweisen und Tips für die Durchführung eines Auslandsseminars. Vornehmlich Angelsachsen und Skandinavier verstehen es, Diplompädagogen in die Vorbereitung der Ausbildung miteinzubeziehen.

#### C. UNDAC-Course, Genf

Die Seminare des United Nation Disaster Assessment and Coordination Teams von DHA-Genf haben stets ein realistisches Planspiel als Schwerpunkt, das in der Regel durch einen Staboffizier vorbereitet wird.

### Ausbildungsblöcke des THW-Lehrgangs

- Grundlagen der Humanitären Hilfe.
- THW als Bestandteil der Humanitären Hilfe.
- Projektmanagement am Beispiel von bisherigen Auslandseinsätzen.
- Humanitäre Hilfe außerhalb der Entwicklungshilfe (durch einen Vertreter des AA).

Beim Planspiel wurde auch der neue elektronische Sandkasten der THW-Ausbildungsstätte eingesetzt.

(Fotos: Liebetanz)



- Not- und Flüchtlingshilfe im BMZ (durch einen Vertreter des BMZ).
- Planspiel: Katastropheneinsatz im Ausland (ca. 18 Stunden).
- Organisationen der Vereinten Nationen.
- Arbeitsweise des UNHCR (durch einen Vertreter des UNHCR, Genf).
- Arbeitsweise und Grundsätze des IKRK und der Rotkreuz- u. Rothalbmond-föderation.
- Sicherheitsgrundsätze, erläutert an Fallbeispielen, Sicherheitstraining.
- Menschenführung im Auslandseinsatz.
- Psychologische Betreuung und Verhaltensgrundsätze in Krisensituationen.
- Medizinische Gesundheitsvorsorge.

## Lehrgangsschwerpunkt: Planspiel ESTRACHAN

Das 18stündige Planspiel geht von folgender Lage aus:

Nach einem Erdbeben der Stärke 6,8 in der Provinzhauptstadt ESTRACHAN in TUKASTAN ist die Innenstadt weitgehend zerstört. Es wird mit Tausenden von Toten und Verschiedenen gerechnet. Die Regierung von TUKASTAN hat um internationale Hilfe gebeten. Die Bundesregierung Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt und den Bundesminister des Innern, haben der Regierung von TUKASTAN deutsche humanitäre Soforthilfe zugesagt und einen Einsatzauftrag an das THW erteilt. Seit 36 Stunden befindet sich die SEEBA (Schnelleinsatzeinheit Bergung Ausland) des THW im Einsatzgebiet und hat die Rettungs- und Ortungsarbeit aufgenommen. Darüber hinaus wird das THW die SEEWA (Schnelleinsatzeinheit Wasser) entsenden, um die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung

sicherzustellen und erste Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen. Es wird mit einer Einsatzdauer von drei Monaten gerechnet.

Das Planspiel versucht, das Geschehen eines Auslandseinsatzes so realistisch wie möglich darzustellen.

13 Einlagen beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Erarbeiten der zu veranlassenden Schritte in der THW-Leitung.
- Prüfen der Auswahlkriterien für das Einsatzpersonal an Hand der Personalunterlagen.
- Zollabwicklung und Einchecken am Flughafen Neuhausen bei Stuttgart.
- Ein Helfer verliert die Nerven.
- Auschecken am Feldflughafen ESTRACHAN, Erledigung von Zollformalitäten.
- Erkundung und Verbindungsaufnahme vor Ort.
- Entwickeln eines Einsatzplanes mit Personalaufteilung.
- Durchführen eines Briefings an die Helfer.
- Erste Meldung an die THW-Leitung über die SatKom-Anlage.
- Lösung von logistischen Aufgaben.
- Zusammenarbeit mit der lokalen Einsatzleitung, den Behörden, anderen internationalen Hilfsorganisationen und mit den VN-Organisationen.
- Verhalten gegenüber den Medien.
- Verhalten an einer Straßensperre.

## Arbeiten im Teamwork

Die meisten Aufgaben sollen im Team gelöst werden. Dabei wird erwartet, daß der eingeteilte Einsatzleiter die kleine Gesprächsrunde leitet und die möglicherweise anfallende Arbeit verteilt. Er trägt auch das jeweilige Ergebnis vor. Damit jeder die Gelegenheit hat, mehrfach die Rolle des Einsatzleiters zu spielen, wird nach jeder neuen Einlage auto-

matisch im Uhrzeigersinn in jeder Gruppe der Einsatzleiter gewechselt.

Das Planspiel soll dazu beitragen, das Bewußtsein für Fragen und Probleme des Auslandseinsatzes zu stärken, vorhandene Lücken zu schließen und die Aufmerksamkeit für die weiteren Unterrichte zu wecken.

## Internationale Einbindung

Die internationale Einbindung spielt bei diesem Lehrgang eine wichtige Rolle. Wer sich weltweit auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe einbringen will, muß sich mit dem System der Vereinten Nationen und den großen internationalen Hilfsorganisationen auseinandersetzen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde Salvatore Ippolito vom UNHCR, Genf, als Referent zum Lehrgang eingeladen. Er ist einer der Verantwortlichen für die Technical Support Packages, die vom UNHCR eingesetzt werden.

## Schlußbemerkung

Der erste THW-Ausbildungslehrgang „Operative Einsatzleitung Ausland“ hat im wesentlichen seine in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Er litt ein wenig darunter, daß wegen des Pfingstmontags anstatt der zunächst geplanten fünf Tage nur vier zur Verfügung standen.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, daß die Spezialisten aus der THW-Leitung weiterhin eng mit der Schule Neuhausen zusammenarbeiten, damit Entwicklungen im nationalen wie im internationalen Bereich im Lehrgang berücksichtigt werden können.

Ferner ist es von größter Bedeutung für den Lehrgang, daß die Teilnehmer nicht nur im Planspiel zu eigenständigen Entscheidungen veranlaßt werden. Der Lehrgang soll nicht nur Fachkompetenz vermitteln, sondern vor allem Handlungskompetenz fördern.

Die THW-Leitung plant, nach einem zweiten Lehrgang auch Teilnehmer aus anderen deutschen Hilfsorganisationen zuzulassen. Dieser Lehrgang eignet sich auch als Schnellkurs für Mitarbeiter der Bundesministerien und eventuell auch für Abgeordnete, die als Newcomer im Bereich der Humanitären Hilfe zu arbeiten beginnen.

# Ausbilden und forschen unter einem Dach

### Heyrothsberge: Eine vielseitige Einrichtung – Tag der offenen Tür

Wer beim Stichwort Heyrothsberge lediglich an eine Feuerweherschule denkt, kennt die Einrichtung in dem Ort östlich von Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt Magdeburg nicht zur Genüge. Denn das weitläufige Areal Biederitzer Straße 5 beherbergt in seinen Gebäudekomplexen nicht nur die Brandschutz- und Katastrophenschutzschule (BKS); auch das Institut der Feuerwehr des Landes Sachsen-Anhalt (IdF) sowie die Landesrettungsschule des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) finden sich unter dieser Adresse.

#### Ein halbes Jahrhundert Ausbildung

Eine geschichtsträchtige Adresse: Seit 1938, als sich die Tore der damaligen Provinzialfeuerweherschule des Landes Sachsen erstmals öffneten, werden hier Feuerwehrleute aus- und fortgebildet sowie mit modernster Technik vertraut gemacht. Mit der Umprofilierung der Fachschule der Feuerwehr zur Brandschutz- und Katastrophenschutzschule begann 1991 ein neues Kapitel dieser Einrichtung. Die nun mittlerweile über 80 verschiedenen Ausbildungs-, Fortbildungs- und Sonderlehrgänge werden insbesondere den Feuerwehrleuten aus Sachsen-Anhalt sowie den Helfern des Katastrophenschutzes aus den neuen Bundesländern und Berlin angeboten. Im Rahmen der Umstrukturierung des Zivilschutzes läuft die Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz allerdings Ende 1998 aus.

Die Schule verfügt über eine multifunktionale Übungsanlage in Form einer Übungshalle mit integrierter Atemschutzstrecke. Mit moderner Technik ausgestattete Lehrsäle, Übungsplätze sowie eine umfangreiche Fahrzeug- und Geräteausstattung gewährleisten die parallele Durchführung von bis zu 20 ver-

Über mangelndes Besucherinteresse kann man sich beim Tag der offenen Tür nicht beklagen. Im Hintergrund die neue Übungshalle mit der rechts angebauten Atemschutzstrecke.



schiedenen Lehrgängen. Ein 500 Personen fassender Mehrzwecksaal und ein Hörsaal für 100 Personen komplettieren die Lehrbasis.

In bezug auf die Unterbringung ist die Schule auch größerem Ansturm gewachsen: In Einzel- und Doppelzimmern stehen rund 300 Betten zur Verfügung. Mit Abschluß des Jahres 1995 konnten seit 1991 insgesamt 16.968 Lehrgangsteilnehmer in 1.429 Lehrgängen gezählt werden.

Daß die Schule einen guten Ruf über die Grenzen Deutschlands hinaus hat, davon zeugen u. a. die seit 1993 in Heyrothsberge gemeinsam

mit der Katastrophenschutzschule des Bundes Bad Neuenahr-Ahrweiler durchgeführten zehn internationalen Seminare mit 154 leitenden Mitarbeitern des Zivilschutzes aus mehreren europäischen Ländern. Diese Seminare wurden in der „Internationalen Konferenz über grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen“, die 1992 hier stattfand, vereinbart.

#### Forschung für die Praxis

Das Institut der Feuerwehr Sachsen-Anhalt, 1967 gegründet, ist heute auf der Grundlage des Brandschutzgesetzes des Landes Sachsen-



Geballte Technik: Auf dem großen Übungshof stehen die Fahrzeuge der Schule zur Besichtigung bereit, rechts der Stand für die Vorführungen des Instituts der Feuerwehr.

## Aus- und Weiterbildung



Die Vorführungen des Instituts der Feuerwehr stoßen auf reges Interesse.

(Fotos: Claes)

Anhalt bundes- und europaweit tätig. Unsere moderne Gesellschaft mit ihren Sicherheitsbedürfnissen einerseits und den Risiken und Problemen andererseits stellt eine Herausforderung für die Wissenschaft dar. Probleme der Logistik, der Technologiefolgeabschätzung, des aktiven Umweltschutzes sowie der Gefahrenabwehr bei Bränden, Explosionen und Katastrophen erfordern eine komplexe interdisziplinäre Betrachtung, die das Großexperiment wie die Computersimulation gleichermaßen einschließt.

Es gilt, Modelle zu entwickeln bzw. zu verfeinern, die eine optimale Beurteilung der Gefahren ermöglichen. Dem trägt – um nur ein Beispiel zu nennen – das Labor für die persönliche Schutzausrüstung Rechnung. Hier werden neben Materialuntersuchungen auch Bewertungen des Gesamtsystems der Feuerwehr-Schutzkleidung vorgenommen. Die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse dient unmittelbar dem persönlichen Schutz und damit der Unfallverhütung.

Viele weitere Untersuchungen werden im Institut durchgeführt, die einen aktiven Beitrag zur Lösung von Sicherheitsproblemen, insbesondere bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Bränden, darstellen. Hierfür stehen dem Institut moderne Meßgeräte und Versuchsstände zur Verfügung.

In einem Naßlabor können alle Arten von Wasser-Luft-Gemischen berührungslos per Laser vermessen werden. Infrarot-Meßtechnik gestattet eine moderne Temperaturfeldmessung. Das i-Tüpfelchen bildet ein Mobiles Brandtechnisches Labor (MOBLAB) mit umfassenden Meßmöglichkeiten für je einen Che-

miker und Physiker zur Untersuchung von Brandereignissen. Hierzu gehören unter anderem Rauchgas-, Löschwasser- und Bodenanalytik mit verschiedenen physikochemischen Verfahren.

Moderne Forschung erfordert stets auch begleitende Simulationsrechnungen, wofür dem Institut unterschiedliche Rechenanlagen zur Verfügung stehen. Seit kurzer Zeit wird dafür auch die Vernetzung mit dem Großrechner der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität genutzt.

### Lernen, richtig zu helfen

Die Landesrettungsschule des Arbeiter-Samariter-Bundes ist auf die Ausbildung von Rettungssanitätern und Rettungsassistenten ausgerichtet. Die Lehrgangsteilnehmer lernen Notfallsituationen zu erkennen, um mit ihrem Wissen und ihrer Technik dem Notfallpatienten richtig zu helfen. Damit es schnell, fehlerfrei und ohne Hektik geht, wird mittels modernster Technik gelernt und geübt.

Der Lehrgangsplan der Landesrettungsschule beinhaltet Weiterbildungslehrgänge für Rettungsassistenten, die 680 Stunden umfassen und sowohl in der Schule als auch in einer Klinik durchgeführt werden. Ein Examen schließt diese Lehrgänge ab. Daneben finden Grund- und Abschlußlehrgänge sowie eine 40 Stunden dauernde Weiterbildung für Rettungssanitäter an der Schule statt.

### Umfassende Information

Ein gemeinsam veranstalteter Tag der offenen Tür bot kürzlich die Möglichkeit, sich über die Ausbil-

dungs- und Forschungseinrichtungen in Heyrothsberge umfassend zu informieren. Obwohl der Wettergott der Veranstaltung nicht gerade wohlgesonnen schien, fand sich doch eine große Anzahl Besucher ein. Und es waren beileibe nicht ausschließlich Feuerwehrleute, die sich auf dem Gelände umsahen. Interesse bewiesen auch eine ganze Reihe von Gruppen und Schulklassen sowie zahlreiche Familien.

Die Veranstalter BKS, IdF und ASB nutzten alle Möglichkeiten, ihre Arbeit attraktiv und informativ zu präsentieren. Ob bei der Besichtigung von Lehrsälen, Labors, Übungs- oder Unterkunftsräumen – stets waren Angehörige der jeweiligen Einrichtung bereit, kompetent Rede und Antwort zu stehen. So wie hier blieb auch bei den praktischen Vorführungen auf dem großen Übungshof keine Frage offen.

Die ASB-Rettungsvorführungen, die Versuche und Experimente des IdF sowie die Vorführungen der BKS fanden regelmäßig zahlreiche Zuschauer, wobei die spektakulär anmutenden Demonstrationen der Höhenrettungsgruppe immer wieder besonders beeindruckend konnten. Präzision und scheinbare Leichtigkeit der Aktionen in luftiger Höhe können allerdings nicht verwundern: Steht doch der Name Heyrothsberge schon seit vielen Jahren unangefochten für Pionierarbeit und Innovationsgeist in diesem speziellen Bereich der Rettung.

Der im weiten Rund des Übungshofes präsentierte BKS-Fahrzeugpark, ergänzt durch moderne und historische Fahrzeuge von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Arbeiter-Samariter-Bund, konnte schließlich auch die Neugier der Technik-Freaks befriedigen.

Der Tag der offenen Tür in Heyrothsberge: Ein für beide Seiten positiver Tag, konnten sich die Veranstalter doch über mehr als 2.000 Besucher freuen, die ihrerseits voll auf ihre Kosten gekommen sein dürften. Mit Blick auf die gelungene Präsentation steht für die Verantwortlichen bereits jetzt fest, daß es auch im nächsten Jahr heißen wird: „Willkommen in Heyrothsberge!“

– cl –

# „Ehrenamtlichkeit gibt dem Helfen ein besonders menschliches Antlitz“

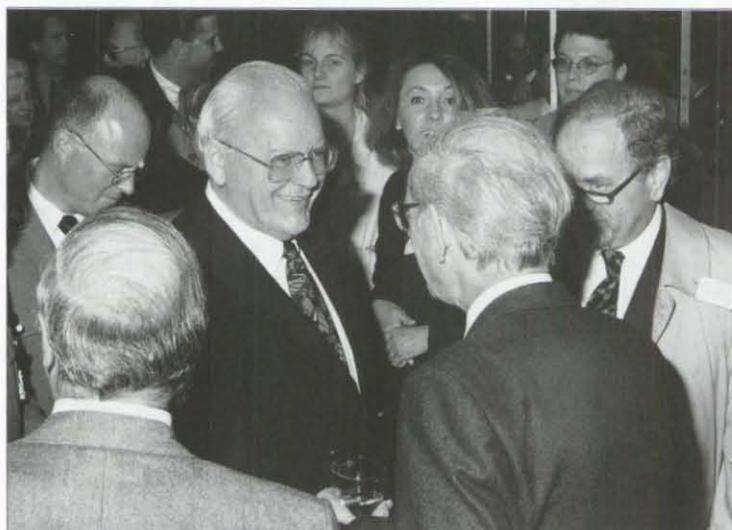
Gemeinsame „Johannisfeier“ von Johannitern und Maltesern – Bundespräsident Roman Herzog Festredner der Veranstaltung

Die 14. Johannisfeier der beiden christlichen deutschen Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst am 20. Juni 1996 in der Bonner Rheinaue ragte aus der schon traditionellen Veranstaltungen zum Fest des gemeinsamen Ordenspatrons, Johannes des Täufers, heraus. Neben zahlreichen Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft konnte JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin dieses Jahr auch den höchsten Repräsentanten unseres Staates, Bundespräsident Roman Herzog, sowie seine Gattin begrüßen.

„So wenig Staat wie möglich – so viel Staat wie nötig! Wie viele von uns mögen sich in den vergangenen Monaten an diesen politischen Kernsatz des Liberalismus erinnert haben“, sagte Graf Schwerin zu Beginn seiner Ansprache. Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die einschneidenden Veränderungen in der Sozialgesetzgebung ließen die Menschen jeden Tag aufs neue die dirigistische Einflusnahme des Staates spüren. In die Leistungskraft des einzelnen, der Familie, der Gruppe, des Vereins oder Verbandes setzte der Staat in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten offenbar wenig Vertrauen, und versuche stattdessen, mit Hilfe der Zentralgewalt den politischen Kurs zu halten.

„Dies mag politisch konsequent sein. Eine der vornehmsten Pflichten des Staates ist es aber, für eine gerecht Sozialordnung Sorge zu tragen. Ich gebe daher zu bedenken, daß das Staatsprinzip der Subsidiarität als möglichst weitgehende Wahrnehmung der öffentlichen und gesellschaftlichen Aufgaben durch den Bürger selbst momentan an Wertigkeit zu verlieren droht.“

Mit Aufmerksamkeit verfolgte man die Krise des deutschen Wohlfahrts-



Bundespräsident Roman Herzog steht im Mittelpunkt der diesjährigen gemeinsamen Veranstaltung von Johannitern und Maltesern.

system, sagte Graf Schwerin. Die Politik des Wohlfahrtsstaates führe zu einer zunehmenden Neigung aller Bevölkerungsschichten, für sich Leistungen des Staates im Sinne einer kollektiven Daseinsvorsorge zu fordern. Die Ansprüche der Bürger an den Staat könnten aber nie voll befriedigt werden. Die Last der Steuer- und Sozialabgaben, durch die der Wohlfahrtsstaat finanziert wird, habe einen Höchststand erreicht.

## Unverzichtbarer Partner

Auf der Ebene der Wohlfahrtspflege würden bereits jetzt vielfältige Leistungen von bestimmten Verbandsorganisationen erbracht. „Die hier enthaltene Aufgabe und Verpflichtung, im Dienst des Nächsten zu einem unverzichtbaren Partner des Staates zu werden, haben Malteser und Johanniter in den vergangenen Jahrzehnten wirkungsvoll erfüllt“, so der JUH-Präsident.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verwies Graf Schwerin darauf, daß

die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen an der Flut und der mangelnden Qualität neuer Gesetze leide. Sie würden in immer größerem Umfang geändert und müßten häufig nachgebessert werden. „In dieser Situation in den Wohlfahrtsverbänden die Verursacher für die hohen Kosten des Sozialsystems zu suchen, erscheint uns eher als ein Ausdruck der Hilflosigkeit.“

Der JUH-Präsident schloß mit den Worten: „Wenn wir als Verbände unserer Zielsetzung als Mitgestalter des sozialen Lebens und Zusammenlebens in Deutschland gleichermaßen gerecht werden wollen, sind wir angewiesen auf das ehrenamtliche Engagement und die Unterstützung aus allen Bevölkerungsgruppen. Wir brauchen das Zusammenwirken dieser Kräfte, wie es in der Gründungsphase eine Selbstverständlichkeit war. Denn es waren die Ehrenamtlichen, die die Wohlfahrtsverbände aufgebaut und ihr Profil geprägt haben.“



Zahlreiche Gäste haben sich eingefunden und verfolgen aufmerksam die Ansprache des Bundespräsidenten.



Fröhliche Gesichter bei der „Johannisfeier“. Von rechts: BZS-Präsident Helmut Schuch, Ministerialdirigent Peter Limbach, BMI, und Benedikt Liefänder, Abteilungsleiter im MHD-Generalsekretariat. (Fotos: Sers)

### Große Herausforderungen

„Ihre Organisationen verbindet die besondere Passion des Helfens. Sie – und die Wohlfahrtsverbände insgesamt – sind Grundpfeiler unseres Sozialsystems, der tragende Unterbau des Sozialstaates. Das macht Ihre Bedeutung aus. Mehr noch: das macht Sie unverzichtbar!“, sagte der Bundespräsident anschließend in seiner Festansprache. „Sie stehen vor großen Herausforderungen. Ihre Organisationen sowohl wie die Menschen, um die sich Johanniter, Malteser und die anderen Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen bemühen, sind vom gegenwärtigen Zwang zum Sparen am härtesten betroffen.“

Er könne die Organisationen von diesem Zwang zur Konzentration der Kräfte und Mittel nicht befreien, sagte Herzog. Doch solle man in Sparzwängen auch eine Chance sehen, denn der Gedanke sei richtig, daß Krisen oft besonders produktive und erneuerungsträchtige Zeiten sind. Individuelle und kollektive Kräfte müßten zusammenwirken, sonst sei entweder der Staat oder der einzelne überfordert.

„Es gilt also vermehrt von einer konstruktiven Kooperation Gebrauch zu machen: Nur gemeinsam sind Staat, Politik und Organisationen in der Lage, Lösungen zu erarbeiten, die auch in Zukunft unseren Sozialstaat tragen.“ Dabei ginge es

nicht nur um Geld. Der Staat stütze sich – ganz nebenher – auch auf die ehrenamtliche Mitwirkung Zehntausender Helferinnen und Helfer in den Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem THW und den Rettungsdiensten. Auch im Bereich der Sozialen Dienste sei die Mitarbeit Ehrenamtlicher ein ganz zentrales Element.

### Besonderer Dank

„Ehrenamtlichkeit bedeutet übrigens nicht nur finanzielle Entlastung des Gemeinwesens, das bekanntlich keine anonyme Institution ist, sondern das wir alle gemeinsam sind. Ehrenamtlichkeit gibt dem Helfen auch ein besonders menschliches Antlitz, weil ihr Antrieb die Bereitschaft zur Verantwortung für andere ist.“ All den freiwilligen Helferinnen und Helfern gelte sein besonderer Dank, sagte das Staatsoberhaupt. Sie seien das tragende personelle Element, ohne das die Organisationen ihre Aufgaben nicht erfüllen könnten.

Unsere Gesellschaft sei in Zukunft mehr denn je auf die ehrenamtliche Mitarbeit von Männer und Frauen aller Generationen angewiesen. Eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz der Länder prüfe zur Zeit die Möglichkeit, in welcher Weise und mit welchen zusätzlichen Mitteln die Attraktivität dieses Dienstes gesteigert werden kann. Neben praktischen Anreizen komme es darauf an, völlig neue Ansätze zu finden, um den Gemeinsinn zu stärken und deutlich zu machen, daß persönliches Engagement sich langfristig für alle auszahlt. „Eine Gesellschaft, in der jeder sein Ego zum alleinigen Wegweiser seines Tuns macht, kann nicht unser Ziel sein!“

Der Bundespräsident sagte zum Schluß: „Ich wünsche Ihnen, daß alle Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes, aber auch der anderen Katastrophenschutz-Organisationen – und jetzt meine ich nicht nur die ehrenamtlichen, sondern auch die hauptamtlichen Mitarbeiter – für ihren großen persönlichen Einsatz täglich von neuem durch die Wirkung ihrer Arbeit, durch den Erfolg belohnt werden. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank!“ - güse -

# Gedanken zu einer neuen Konzeption der medizinischen Hilfe im Zivilschutz

Von Dr. med. Reinhold Schultze

Seit der Wiedervereinigung hat sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands grundlegend gewandelt. An der innerdeutschen Grenze stehen sich nicht mehr die hochgerüsteten Militärallianzen der NATO und des Warschauer Paktes in gefährlicher Gegnerschaft gegenüber. Das Imperium der Sowjetunion ist zusammengebrochen, dennoch existiert auf ihrem Territorium immer noch ein beachtliches militärisches Potential mit nicht mehr ganz zuverlässig berechenbarer Fähigkeit auch zur atomaren Kriegsführung. Ethnische Konflikte sind wie in Tschetschenien noch lokal begrenzt. Die weitere politische Entwicklung in Rußland und seinen Nachbarstaaten gibt zu Hoffnungen und Sorgen Anlaß.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Gefahr eines eskalierenden militärischen Zusammenstoßes weitgehend gebannt ist. Wir sind kein Frontstaat mehr, das Eindringen massierter Truppenverbände auf unser Territorium ist derzeit äußerst unwahrscheinlich. Die Reduktion unserer eigenen militärischen Kraft und die mögliche Neuorientierung des Bündnisses war die logische Konsequenz der politischen Entwicklung. Der Abzug der Truppen unserer Alliierten aus ihren potentiellen Verteidigungsräumen symbolisiert gleichzeitig, daß es keinen eindeutigen Frontverlauf mehr gibt, in dem bis dahin auch alle Überlegungen gewissermaßen fixiert waren. Dies trifft selbstverständlich im Rahmen der richtigen Idee einer Gesamtverteidigung auch für den zivilen Bevölkerungsschutz zu. Vorsorgemaßnahmen in diesem Gebiet

fallen nach Art. 73 GG in die Zuständigkeit des Bundes. Sie waren vom mutmaßlichen „Kriegsbild“ geprägt und stützten sich vielfach auf erlebte Erfahrungen im letzten Weltkrieg, insbesondere auf die Flächenbombardements der Städte.

Wenn man sich mit Fragen des in den Augen vieler Menschen nicht mehr aktuellen Problems des Zivilschutzes beschäftigt, läuft man

Gefahr, eines weltfremden, rückwärts gerichteten Denkens bezichtigt zu werden. Dies gilt insbesondere, wenn der Eintritt einer erneuten kriegerischen Bedrohung für nahezu unreal gehalten wird. Selbstverständlich bleibt es nach wie vor die vornehmste Aufgabe jeder Politik, den Frieden zu wahren und darauf alle Anstrengungen zu konzentrieren. Dennoch wird man nie eine Fehlentwicklung ausschließen können, die zur Gewaltanwendung bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt, die auch das eigene Land betreffen. Als in der Katastrophenmedizin engagierter Arzt fühle ich mich verpflichtet, etwaige Auswirkungen auf die Bevölkerung klar zu bezeichnen und zumindest organisatorische Voraussetzungen für eine Schadensbegrenzung im Eventualfall durch kompetente medizinische Hilfeleistung zu fordern. Ziel dieses Aufsatzes ist, zu einer objektiven Diskussion um die Einstellung zum Zivilschutz unter geänderten Bedingungen beizutragen, ohne die eingeschränkten Möglichkeiten des Steuerzahlers dabei aus dem Auge zu verlieren.

## Unbekanntes Szenario

Das Szenario eines Krieges ist schwer vorausszusagen. Sicher ist, es wird keine Warnung „Feindliche Bomberverbände im Anflug auf . . .“ mehr geben, wahrscheinlicher werden Raketen im raschen Flug ihr Ziel erreichen. Den Menschen wird vielfach keine Zeit bleiben, Deckung zu nehmen. Die Sprengköpfe der Raketen können nicht nur konventionelle Explosivstoffe tragen, biolo-



Zum Verfasser:

*Dr. med. Reinhold Schultze,  
Chirurg  
Seelbergstraße 13, 57072 Siegen*

*Jahrgang 1929,  
bis 1994 Chefarzt  
der Chirurgischen Abteilung  
des Kreiskrankenhauses Siegen,  
ebemals Oberstarzt d. R.,  
1995 / 1996 Präsident  
der Deutschen Gesellschaft  
für Katastrophenmedizin*

gische, chemische oder atomare Kampfmittel könnten eine noch verheerendere Wirkung entfalten.

Wie die vielen Kriege nach 1945 zeigen, ist die Zivilbevölkerung heute viel stärker betroffen als zu Beginn dieses Jahrhunderts. Kamen im 1. Weltkrieg noch 20 tote Soldaten auf einen getöteten Zivilisten, betrug die Relation im 2. Weltkrieg schon 1:1, in Vietnam 1:13. In zunehmendem Maße leben die Menschen auf engem Raum zusammen. Die moderne Bauweise (Hochhäuser und große Glasfronten) und die auf möglichst große Druck- und Splitterwirkung bedachte Konstruktion moderner Explosivgeschosse tragen zu verstärkten Verletzungsmöglichkeiten bei. Der auf Gefahrensituationen nicht entsprechend vorbereitete Zivilist hat weder Körperschutz (Helm und Kugelweste) noch Schutz durch Panzerung von Fahrzeugen. Er findet keine Schutzräume mehr, sie fehlen zumeist in unseren modernen Geschosshäuten. Unterirdische Großanlagen mit entsprechenden Schutzvorrichtungen etwa in Tiefgaragen oder U-Bahnstationen wären auch von zweifelhaftem Wert, weil sie u. U. sogar gefährliche Ziele bei subversiven Aktionen sein könnten (Tokio, Paris).

Eine noch zielgenauere Zerstörung für die Gesamtbevölkerung wichtiger Infrastrukturen könnte durch Anschläge von entsprechend geschulten Spezialeinheiten, bzw. terroristischen Banden oder ideologisch verblendeten Einzeltätern erfolgen. (Man sollte sich dabei vor Augen führen, wie abhängig die Zivilisation in Industrienationen von der Technik geworden ist, z. B. beim Heizen und Kochen von einer funktionierenden Stromversorgung.) Zur Entwicklung solcher Szenarien bedarf es nicht einmal der förmlichen Kriegserklärung. Jederzeit können Menschen in unserem Land hierdurch ihr Leben verlieren oder Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. Wie bei einer Katastrophe würden dabei die einzelnen Regionen in unserer Republik unterschiedlich stark betroffen sein.

Obwohl ein Krieg im Grunde nicht mit einer Katastrophe gleichgesetzt werden darf, war es nicht völlig inkonsequent, den Ländern

die Aufgaben der Schadensabwehr im Rahmen eines erweiterten Katastrophenschutzes zu übertragen. Die Länder sind verfassungsgemäß im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge dafür zuständig. Jetzt obliegen ihnen auch die Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes in Auftragsverwaltung des Bundes. Da die Probleme praktisch nur auf der untersten Verwaltungsebene der Kreise und kreisfreien Städte angegangen werden können, wird die Einheitlichkeit der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik nicht mehr zu gewährleisten sein. Unterschiedliche politische Bewertung der Prioritäten, insbesondere auch angesichts der leeren Kassen der öffentlichen Hand, könnte im Ergebnis zu einem höchst unterschiedlichen Standard der faktischen Vorbereitungen führen. In vielen Fällen wird man auf das einfache Prinzip vertrauen, daß in der eigenen Region schon nichts Böses passieren wird.

## Ressourcen nutzen

In dieser Situation gilt es, ein Konzept zu entwickeln, das vorhandene Ressourcen nutzt, durch intelligente Formen der Zusammenarbeit die Effizienz optimiert, allen Beteiligten gleichermaßen zugute kommt, durch Koordination unnötige Kosten verhindert und durch klare Aussagen jedem einsichtig, zumindest für die notwendigen Umsetzungen in der Gesetzgebung mehrheitsfähig ist. Vorrang aller Bemühungen hat die Sorge um die potentiellen Opfer und eine adäquat medizinische Behandlung der Geschädigten.

Im Zentrum der Überlegungen steht die Frage, wie man mit einem lokalen Massenansturm von Verletzten fertig wird. Im zivilen Bereich wird es um die große Zahl derer gehen, die eher durch sekundäre Wirkungen der eingesetzten Waffen geschädigt werden, während Soldaten meist durch direkte Waffenwirkung zu Schaden kommen. Aus diesem Grunde ist mit unterschiedlichen Verletzungsmustern zu rechnen, die im zivilen Bereich eher dem Bild entsprechen, das wir aus der täglichen Unfallversorgung gewohnt sind. Bei Explosionen erzeugte Druckwellen führen durch umherfliegende Glassplitter (!) und Trüm-

erteile zu stark blutenden Weichteilwunden und Quetschverletzungen mit oder ohne Knochenbeteiligung, die der raschen Hilfe bedürfen. Eine aufwendige apparative Diagnostik ist hier meist nicht erforderlich. Das Problem ist die chirurgische Versorgung der vielen Leichtverletzten, auch außerhalb des Krankenhauses, z. T. in improvisierten Operationssälen.

Bei der Einwirkung von ABC-Kampfmitteln ist zudem mit einem Massenansturm von verstrahlten oder vergifteten Patienten zu rechnen, bei der leichten Anwendbarkeit biologischer Waffen mit einer übergroßen Zahl von Infektionskranken, die u. U. isoliert werden müssen. Immer ist bei meist häufiger Hitzeeinwirkung (auch sekundär durch die Folge von Explosionen) die fachgerechte Versorgung von Brandverletzten ein medizinisches Problem, da selbst in Friedenszeiten entsprechend ausgerüstete Verbrennungszentren eine höchst individualistische Spezialbehandlung für nur wenige Patienten gewährleisten können. Zu klären ist, ob wir besondere zusätzliche Behandlungszentren, etwa für Brandverletzte brauchen? Unter kompetenter fachlicher Anleitung nach dem Vorbild der „beratenden Fachärzte“ der alten Wehrmacht (wie Sauerbruch) im 2. Weltkrieg kann die Therapie erfolgen. Eventuell können Dependancen von existierenden Behandlungszentren in anderen Regionen aufwachsen, die unter der ärztlichen Leitung eines kompetenten Oberarztes als Spezialisten stehen.

Man kann davon ausgehen, daß die einzelnen Regionen unserer Republik unterschiedlich den Gefährdungen eines bewaffneten Konfliktes ausgesetzt wären. Wegen ihrer Geiselfunktion wird man die Bevölkerung in Ballungsgebieten als besonders gefährdet ansehen müssen. Bei Kampfhandlungen in bestimmten Bereichen darf man nicht erwarten, daß die ärztliche und pflegerische Betreuung von Patienten in der gewohnten Umgebung ungestört fortgesetzt werden kann. Das Kampfgeschehen findet nicht an jedem Ort und zu jeder Stunde statt. Die Versorgung von Verwundeten nimmt danach viel längere Zeiträume in Anspruch, sie

kann bei guter Logistik auch in intakt gebliebenen Infrastrukturen benachbarter Regionen erfolgen.

## Sinnlose Verschwendung

Man wird sich zwar in jeder Region auf die Bewältigung eines Massenfalls von Geschädigten vorzubereiten haben, doch kann man sich bei den vorzuhaltenden Kräften eine unterschiedliche Präsenz erlauben. Es wäre eine sinnlose Verschwendung, wenn man z. B. die ständige Anwesenheit in allen potentiellen Behandlungseinrichtungen forderte und qualifiziertes Personal in dauernder Alarmbereitschaft gehalten würde. Selbstverständlich wären alle in den Zivilschutz einbezogenen stationären Behandlungseinrichtungen zur medizinischen Hilfeleistung verpflichtet, aber je nach Entfernung zum Ort des Geschehens mit tatsächlicher Arbeitsleistung unterschiedlich betroffen. Man muß daher überlegen, ob hier untätiges Personal nicht zur Hilfeleistung an den Ort der Not beordert werden kann. Dem zivilen Bereich stehen keine mobilen Einrichtungen wie der Feldsanitätsdienst der Bundeswehr zur Verfügung, um Behandlungsschwerpunkte bilden und Reserven vorhalten zu können. Eventuell müßte man in den Reihen der Hilfsorganisationen mobile, mit Sanitäts-Containern ausgerüstete Einsatzgruppen schaffen.

Es wäre ein völlig neues System der Dienstverpflichtung im Notfall auszuarbeiten. Die in der Region ansässigen Ärzte und das medizinische Hilfspersonal können nicht überall für einen Mehrschichtbetrieb in den stationären Behandlungseinrichtungen bereit stehen. Sie gehen mit Mehrheit ihrer gewohnten Tätigkeit nach und erhalten eine abgestufte „Einsatzbeorderung“ im Zivilschutz, u. U. zeitlich befristet, je nach Betroffenheit in der Region oder deren Nachbarschaft. Man könnte sich durchaus eine Abstufung der Dienstverpflichtung etwa nach dem Lebensalter vorstellen, wobei Führungspositionen im Sanitätswesen selbstverständlich die Zuordnung zu einer bestimmten Kategorie aufheben. Bei einem Einsatz werden die individuellen Dienstverpflichtungen im militäri-

## Dienstverpflichtung von Ärzten und SanPersonal

Kategorie I	bis 35. Lebensjahr	mit Übungspflicht
Kategorie II	bis 50. Lebensjahr	
Kategorie III	bis 65. Lebensjahr	Frauen bis 60. Lebensjahr

Führungsposition im SanWesen hebt eine Kategorie auf.

## Einsatz von Ärzten und SanPersonal

Kategorie	I	II	III
im Bündnisfall	+	0	0
im V-Fall / allgemein	+	(+)	0
im V-Fall / Betroffenheit der eigenen Region	+	+	+

## Verwendung von Ärzten und SanPersonal

Kategorie	I	II	III
FeldSanDienst Bw	+	0	0
ResLazWesen	+	(+)	0
Zivilschutz	+	+	+

schen Bereich im Bündnisfall nur für die 1. Kategorie wirksam, im Verteidigungsfall bei Krieg im eigenen Land gelten sie auch für den Zivilschutzbereich, also für alle Kategorien. Sanitätskräfte der Kategorie 3 kämen erst bei Betroffenheit der eigenen Region zum Einsatz, in einer Zwischenstellung könnten Kräfte der 2. Kategorie auch zu Einsätzen am Ort der Not in entferntere Regionen befohlen werden (siehe Tabelle oben).

In einer Phase, in der Finanzierungsprobleme einen Abbau des Bestandes an Krankenhausbetten notwendig machen, ist es kontraproduktiv, Forderungen nach größerer Vorhaltung für den wenig wahrscheinlichen Notfall zu stellen. Man muß aber darüber nachdenken, wie dennoch die Bettenkapazität in einer solchen Situation am besten erweitert werden kann.

## Kürzere Liegezeiten

Im Falle eines Krieges ist – keine längere Dauer unterstellt – davon auszugehen, daß in den operativen Disziplinen kaum noch aufschiebbar Routineeingriffe erfolgen. (Der Bedarf der konservativen Diszipli-

nen ist viel schwieriger einzuschätzen). Im Bereich der Nachsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ist mit den größten Leerständen zu rechnen (meist verfügen diese nicht über chirurgische Infrastrukturen). Nach grober Einschätzung würde etwa die Hälfte des klinischen Gesamtbettenbestandes für Notfallaufnahmen verfügbar sein. Einkalkuliert werden darf auch, daß die Bevölkerung sich schon in naher Zukunft an kürzere Liegezeiten in den Akutkrankenhäusern gewöhnt haben dürfte. Andererseits muß mit durchschnittlich längerer Verweildauer gerechnet werden, weil es zu einem größeren Anfall von Mittelschwer- und Schwerverletzten kommt, existierende Behandlungseinrichtungen durch Feindeinwirkung ausfallen und bei Fluchtbewegungen, fehlendem Obdach durch Bombenschaden oder Zusammenbruch des Sozialgefüges keine Entlassungen in häusliche Pflege erfolgen können.

Vor sechs Jahren rechnete man in der Schweiz unter den damaligen geostrategischen Verhältnissen mit einer Notwendigkeit zur stationären Aufnahme Frischverwundeter in einer Größenordnung von einem Prozent pro Kampftag, bezogen auf

die Gesamtbevölkerung = 6.000 Patienten pro Tag. Dabei war hier unterstellt, daß 85 Prozent der Bevölkerung bei genügender Vorwarnzeit in Schutzbunkern untergebracht werden konnte. Alle Grundannahmen trafen auf die alte Bundesrepublik nicht zu! Die deutsche militärische Reservelazarett-Organisation wäre schon nach der ersten Kampfwoche nicht mehr in der Lage gewesen, weitere Patienten (nur verwundete Soldaten!) aufzunehmen. Dabei war nicht klar, wie die chirurgische Erstversorgung dieser großen Verwundetenzahlen hätte gewährleistet werden können. Hier müssen neue Richtwerte als politische Vorgaben ermittelt werden, die die Besonderheiten einer Region (z. B. reichlicher Besatz mit Reha-Kliniken) und die Einbettung in ihre Nachbarschaft berücksichtigen.

Es bietet sich förmlich an, in den bestehenden Krankenhäusern die Zentren der Behandlung zu sehen. Hier erfolgt die Diagnostik und Therapie, einschließlich postoperativer Überwachung rund um die Uhr in vorhandenen Infrastrukturen (Labor, Röntgen und andere medizinische Großgeräte, Op., Intensiv-Station, physikalische Therapie usw.). Geeignete öffentliche Gebäude in ihrer Nachbarschaft sind durch die Aufstellung von Notbetten als Ausweichstationen mit solchen Patienten zu belegen, die nicht nach Hause entlassen werden können, aber noch einer ständigen Behandlung bedürfen. Sie sollten gehfähig sein, die eigene Körperpflege selbständig oder mit nur geringen Hilfen vornehmen und ihre Mahlzeiten selbst einnehmen können (Minimalpflege).

### Abgestufte Pflege

Man wird bei Anwendung des Prinzips einer abgestuften Pflege davon ausgehen haben, daß 40 bis 50 Prozent der Patienten noch zur weiteren stationären Minimalpflege in den Ausweichstationen untergebracht werden müssen. Der Rest bedeutet fast 100 Prozent Patienten mit erschwerter Pflege in den Stammkrankenhäusern! Während auf den Ausweichstationen ein insgesamt geringerer Pflegepersonalbedarf unterstellt werden kann,

muß auf den Pflegestationen des Stammkrankenhauses mit einem erhöhten Anteil gerechnet werden, in der Hauptsache für dort untergebrachte Mittelschwer- und Schwerverletzte in den chirurgischen Disziplinen, hier ist also eine Personalverstärkung nötig.

Sicher wird man in der Notsituation keine tariflich vereinbarten Arbeitszeiten einhalten können. Ein Dienst rund um die Uhr kann nicht verlangt werden. Der Umgang mit dem Anblick körperlichen Elends wird alle auch seelisch belasten und neben Erholungspausen auch Ablösungen erforderlich machen. Man wird einen Mehrschichtbetrieb vorsehen müssen, der mit dem etamäßig vorhandenen Personal nicht zu leisten ist.

### Aushilfskräfte nötig

Nur in einer Minderheit werden Mitarbeiter gefunden werden können, die nach erfolgter Ausbildung und mehr oder minder langer Betätigung aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und sich wieder „reaktivieren“ lassen. In der überwiegenden Mehrzahl werden daher Aushilfskräfte angeworben werden müssen. Bei der Pflege von Patienten ist ein Kompromiß zu finden zwischen der derzeitigen Maxime, daß (fast) alle Verrichtungen nur von examiniertem Fachpersonal vorgenommen werden können und der Philosophie, daß diese Aufgabe auch von solchen Pflegerhelfer/innen wahrgenommen werden kann, die hierfür in „Trockenkursen“ im Schnellgang ausgebildet wurden. Man wird also einen qualifizierten Helferstatus im Sanitätsdienst anstreben müssen. Dabei sollte die Ausbildung am Patienten erfolgen und der Betreffende auch in Übung gehalten werden.

In dieses Gesamtkonzept wären die bisherigen militärischen Reservelazarettgruppen einzubeziehen. In NRW (Wehrbereich III) hat Oberstarzt Dr. Knoche die Vorstellung entwickelt und bereits weitgehend in die Tat umgesetzt, daß militärische Unterstützungsgruppen aus der Reservelazarett-Organisation leistungsfähige zivile Krankenhäuser personell und materiell unterstüt-

zen. Unterschiedslos werden in diesen Häusern zivile Patienten und Soldaten nach den Kriterien der Dringlichkeit behandelt. Dieses Modell einer zivil-militärischen Zusammenarbeit soll nach erfolgreicher Erprobung auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden.

Die Anwendung der o. g. Grundsätze sollte auch für die militärische Reservelazarett-Organisation gelten. Das vor der Wende 1989/90 gültige Konzept hat sich glücklicherweise nie bewähren müssen. Es sah vor, daß bei einer Mobilmachung elf Prozent aller Ärzte – nach Fachdisziplinen gegliedert – für den Verteidigungsfall zur Verfügung stehen. Diese Vereinbarung hatte nur für die alten Bundesländer Gültigkeit und bezog sich auf einen fast doppelt so hohen Verteidigungsumfang der Bundeswehr von damals ca. 1,3 Mio. Mann. Bei konsequenter Anwendung wäre besonders in den Krankenhäusern, weil hier die jüngeren mobilmachungsbeordneten Kollegen stärker vertreten waren, eine erhebliche Personalausdünnung erfolgt. Das alte, nicht mehr gültige Hilfskrankenhauskonzept sah zudem eine Abgabe auch von Funktions- und Pflegepersonal aus den Stammkrankenhäusern an Hilfskrankenhaus und die militärische Reservelazarett-Organisation vor. Die neue Konzeption einer zivil-militärischen Zusammenarbeit würde diesem Übelstand abhelfen, weil Ärzte und Assistenzpersonal an Schwerpunktkliniken und Spezialdisziplinen (z. B. Neurochirurgie) ihre gewohnte Arbeitsstätte nicht verlassen sollen.

### Mangel an Chirurgen

Das größte Problem dürfte in dem Mangel an Chirurgen und Anesthesisten bestehen, die in diesem Umfang in Friedenszeiten nicht erforderlich sind. Für den zivilen Bereich ist dabei einzurechnen, daß auch die Erstversorgung von Verletzten mit Masse am Krankenhaus erfolgen wird und nicht – wie bei der Bundeswehr – von einem Feldsanitätsdienst schon vorgenommen wurde. Der niedergelassene Bereich, dessen Möglichkeiten im Verteidigungsfall sicher auch Restriktionen unterliegen, hätte die

chirurgische Versorgung von Leichtverletzten (ca. 40 Prozent der Gesamtzahl) außerhalb der Krankenhäuser zu organisieren.

Hier ergibt sich eine Reihe von Fragen:

a) Wo stehen chirurgische Fachpraxen oder chirurgisch ausgerichtete Praxiskliniken zur Verfügung?

b) Wieviele Arztpraxen verfügen über eine entsprechende Ausstattung (Op., Instrumente, Hilfspersonal)?

c) Müssen zusätzliche Verbandplätze (u. U. geschützt in Tiefgaragen) vorgesehen werden?

d) Wer betreibt diese Verbandplätze? Haben z. B. die Hilfsorganisationen hierfür genügend Fachpersonal?

e) Sind technische Hilfsmittel, Labor, Röntgen-, Sonographiegeräte verfügbar?

f) Welche logistischen Möglichkeiten bestehen für den Transport von Patienten oder den Nachschub an San. Material?

g) Ist eine gewisse Autarkie und für welchen Zeitraum in der Region zu gewährleisten, z. B. für die Versorgung mit Blut und Infusionslösungen?

h) Wie und in welcher ausreichenden Menge werden Notfallmedikamente bevorratet und unter Beachtung eines Roulements verwaltet?

i) Wie ist der Nachschub an Verbrauchsgütern, z. B. Verbandmaterial gewährleistet?

k) Ist die Philosophie der fast ausschließlichen Nutzung von Einmalartikeln durchzuhalten? Muß z. B. für Op.-Wäsche genügend Kapazität zur Wiederverwendung mit Sterilisationsmöglichkeiten vorgesehen werden?

(Die Punkte g bis k betreffen auch den stationären Bereich)

Der militärische Sanitätsdienst im Frieden erfährt in anderen Ländern unterschiedliche Aufmerksamkeit. Er ist in Ländern mit einem Milizsy-

stem am höchsten entwickelt (Schweiz, Schweden), weil hier immer auf Ärzte und Sanitätspersonal zurückgegriffen werden kann, die im Zivilleben ständig ihren Beruf ausüben. Diese Länder haben interessanterweise für den Kriegsfall das Modell eines koordinierten Sanitätsdienstes entwickelt, um unterschiedslos militärische und zivile Opfer behandeln zu können.

Wie andere Nationen, die auf die Einberufung von Reservisten im Verteidigungsfall angewiesen sind, um zu voller Truppenstärke aufzuwachsen, unterhalten wir bisher Sanitätseinheiten, die zumeist in „Trockenübungen“ eine Ausbildung unter simulierten Gefechtsbedingungen erhalten und überwiegend keine praktischen Erfahrungen am Patienten sammeln. (In vielen Fällen hat bei uns der wehrpflichtige Soldat gar nicht in Sanitätseinheiten gedient, sondern findet für den Mobilmachungsfall mit einer kurz angelehnten Zweitverwendung als Sanitäter nur eine neue Aufgabe, weil er als Grenadier oder Pionier nicht mehr eingeplant werden kann.) Naturgemäß ist diese Ausbildung mehr oder weniger auf militärische Erwägungen abgestellt. Mangels weiteren Trainings verlieren die ausgebildeten Personen ihre medizinischen Fähigkeiten, die meist nur den Kenntnissen einer wirksamen Ersten Hilfe entsprechen, erfahrungsgemäß sehr rasch, weil sie mit Masse nicht in Übung gehalten werden können.

## Eigenes Konzept

Wir sollten die Chance einer Neuorientierung unserer Streitkräfte an einem differenzierten neuen Aufgabenspektrum nutzen, ein eigenes Konzept zu entwickeln. Diese Planungen können das ausländische Vorbild eines koordinierten Sanitätsdienstes nicht einfach kopieren, sie müssen an die hieszulande herrschenden Verhältnisse angepaßt werden. Die nachfolgenden Anregungen richten sich an den zivilen und den militärischen Partner, die ihre jeweils spezifischen Interessen im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe aufeinander abstimmen müßten.

Die Ausbildung und die Inü-

Vorbild des neuen militärischen Konzepts am Patienten erfolgen. Alle Beteiligten sollten sich darauf einigen, die vorhandenen Pflegeschulen dafür zu nutzen. Mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften aus Bundeswehr und den Hilfsorganisationen ist die Ausbildungskapazität dieser Schulen für Pflegehelfer/innen aufzustocken. Hier ist bei erfolgreicher Zusammenarbeit aller Partner schon kurzfristig mit den größten Synergieeffekten zu rechnen.

Im Idealfall sollten die vermittelten Kenntnisse den besonderen Anforderungen im beruflichen Bereich genügen, etwa ein militärischer Sanitätsdienstgrad den nahtlosen Übergang in den zivilen Bereich ermöglichen. Dies erfordert eine Anpassung der Ausbildungszeiten. Die Ausbildungsinhalte müssen die gleichen sein. So muß ein Helfer im Sanitätsdienst alle anfallenden Aufgaben als Pflegehelfer in Krankenhäusern, Rehabilitations- oder Pflegeeinrichtungen wahrnehmen können, ein Helfer im Rettungsdienst auch entsprechenden zivilen Organisationen zur Verfügung stehen. Der ausgebildete Rettungssanitäter muß auch bei der Feuerwehr oder in den großen Hilfsorganisationen in gleicher Qualifikation tätig sein dürfen, was die Rekrutierung hier erheblich erleichtern dürfte. Es ergeben sich also völlig neue Formen zivilmilitärischer Zusammenarbeit. Ziel dieser Zusammenarbeit müßte die Harmonisierung der Ausbildung unter gleichen Kriterien für alle professionellen Kräfte sein. Jeder muß von den Fähigkeiten des anderen profitieren, der zivile Bereich für die spätere Rekrutierung ausgebildeter Kräfte, der militärische durch Rückgriffsmöglichkeiten im Bedarfsfall.

Der wehrpflichtige Soldat kann wegen der kurzen Dauer der Ausbildung nur einen Helferstatus erlangen. Für diesen Helferstatus wären auch im zivilen Bereich evtl. Dauerstellungen zu schaffen. Schwieriger ist die Nutzung der erworbenen Qualifikation nach Ablauf der militärischen Dienstverpflichtung von Zeitsoldaten.

Sofern eine Übernahme als Berufssoldat nicht in Frage kommt, ist über eine hauptberufliche Verwendung im Rettungsdienst als Ret-

tungsassistent oder Notarzt nachzudenken. In die zu erstellende Kosten-Nutzen-Analyse wären die Vorteile einer flächendeckenden professionellen notfallmedizinischen Versorgung einzurechnen, da ein solches System der gesamten Bevölkerung zugute käme.

Die Hilfsorganisationen stützen sich ihrem Selbstverständnis entsprechend auf den ehrenamtlich tätigen Helfer in einer geschichtlich gewachsenen Tradition im Dienste der Nächstenliebe. An diesem Grundsatz soll und darf nicht gerüttelt werden. Der Nachwuchs rekrutiert sich hier vielfach aus Familien, die sich schon in vorhergehenden Generationen der Aufgabe einer humanitären Hilfeleistung verschrieben haben. Glücklicherweise gibt es in einer zunehmend als hedonistisch empfundenen Gesellschaft noch viele Menschen, die sich in idealistischer Gesinnung caritativen Aufgaben zur Verfügung stellen, wie die zahlreichen Teilnehmer an der verunglückten CARE-Aktion in Ruanda bewiesen. Es genügt aber nicht, helfen zu wollen – man muß helfen können und auch gelernt haben, wie man in besonderen Situationen am wirkungsvollsten seine Hilfe darbringen kann.

## Neue Strukturen

Wichtig ist die Erprobung neuer Strukturen in wiederholten Übungen, um Schwachstellen aufzudecken. Während für übende Reservisten Wehrgeld gezahlt wird, ist eine analoge Regelung im zivilen Bereich nicht vorhanden. Eine Anwendung des sogenannten Birkenfelder Modells in Reinform macht wenig Sinn. Ärzte oder medizinisches Assistenzpersonal, die täglich in ihrem Beruf mit Patienten umgehen, müssen keine sogenannten „weiße Übungen“ machen. Anders verhält es sich, wenn ihnen eine andere fachliche Verwendung zgedacht ist (z. B. in der Chirurgie oder Anaesthesie). Die hier erforderliche Weiterbildung sollten sie auf der Krankenhausabteilung erhalten, in der sie für den Verteidigungsfall eingeplant sind.

Auf diese Weise lernen sie ihren Wirkungsort genauestens kennen

und halten den Kontakt zu den potentiellen Arbeitskollegen. (Die Arbeit an einer gemeinsamen Aufgabe dürfte auch zur gegenseitigen gesellschaftlichen Akzeptanz von Bundeswehrreservisten und Zivildienstleistenden beitragen) Die Vertragskrankenhäuser kämen durch diese „Übenden“ in den Genuß einer stillen Personalreserve und könnten Engpässe, z. B. in Urlaubszeiten bei ständig schmaler werdendem Personalkegel im eigenen Stellenplan leichter überwinden. Hier dürfen natürlich keine tariflichen Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern unterlaufen werden.

In Übung wird man Ärzte und qualifiziertes Sanitätspersonal in Friedenszeiten mit Masse nur an vorhandenen zivilen Einrichtungen der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung halten können; im prästationären Bereich sind hier die Rettungsdienste von größter Bedeutung. Gemeinsames Inüben setzt gemeinsame Aus- und Weiterbildung voraus, wobei hier gewährleistet wäre, daß der jeweilige zivile Standard der Maßstab ist und bleibt. Besonderheiten wie Tropenmedizin, spezielle Hygiene, Kriegschirurgie usw. wären in speziellen Kursen zu vermitteln. Gemeinsame Schulung sollte auch in psychologischer Vorbereitung und Aufarbeitung erfolgen, um besondere Anforderungen unter Berücksichtigung des spezifischen soziokulturellen Hintergrundes im Einsatzgebiet gerecht zu werden.

## Zu wenig Fachkräfte

In konsequenter Anwendung des Prinzips der Kooperation aller Partner im Gesundheitswesen ist davon auszugehen, daß die Fachkompetenz bei Diagnostik, Therapie und Pflege in den fachspezifischen Krankenhausabteilungen angesiedelt ist. Die Zahl der Fachkräfte reicht aber in der auch zeitlich vielleicht begrenzbaren Notsituation für die Versorgung unter den Bedingungen des Massenankfalls nicht aus. Es wird also im wesentlichen die Aufgabe der Bundeswehr und die der Hilfsorganisationen sein, medizinisches Assistenzpersonal in Form angelegener Kräfte heranzuführen. Die Bundeswehr wird schon Schwierigkeiten

haben, im Verteidigungsfall ihren Feldsanitätsdienst mit kompetenten Chirurgen und Anesthesisten sowie dem zugehörigen Fachpersonal auszustatten. Nur ein Rest bliebe für die militärische Reservelazarett-Organisation verfügbar. Wenn Fachkräfte mit Masse an ihrer gewohnten Arbeitsstelle verbleiben sollen, hat man keine fachlich ausreichend geschulten und in Übung gehaltenen Spezialisten mehr zur Verfügung. Man kann m. E. hier nur mit dem o. g. Instrument der Dienstverpflichtung arbeiten.

Dem klinisch erfahrenen Abteilungsleiter ist die fachliche Behandlungskompetenz auch für die verwundeten Soldaten zuzuerkennen. Er wird eher seine ihm in ihrer Qualifikation bekannten Mitarbeiter vom alten Oberarzt bis zur jüngsten Operationsschwester in verantwortlichen Funktionen einsetzen als die ihm zugeteilten Reservisten, mit Ausnahme solcher, die ihm von früheren Übungen her bekannt sind. Man kann nur die hier in einem Mehrschichtbetrieb unvermeidbar auftretenden Lücken schließen helfen. Deswegen ist die Aus- und Weiterbildung von freiwilligen Helfern in Zusammenarbeit mit den an ähnlichen Rekrutierungsproblemen leidenden Hilfsorganisationen so wichtig. Im Grundsatz muß dem meist fachlich kompetenten zivilen Partner die Aufsicht über die ihm zugeteilten Hilfskräfte übertragen werden. Die vielen logistischen Aufgaben, in denen sich traditionsgemäß der militärische Partner als der Erfahrene erweist, rechtfertigen neben den vielfachen organisatorischen Aufgaben und der Ausübung der Disziplinalgewalt eine eigene militärische Führungsschiene.

Wesentliches Kriterium für den Erfolg einer Hilfeleistung ist und bleibt der Faktor Zeit. Noch so ausgeklügelte Maßnahmen werden ohne Ergebnis bleiben, wenn die physiologischen Regelungsmechanismen im Organismus eine irreparable Schädigung erfahren haben. Diese Erkenntnis aus der Kriegschirurgie (golden hour des US-Sandienstes im Vietnamkrieg) führte zu einer ständigen Verbesserung der prästationären Hilfsmaßnahmen (z. B. frühzeitige lebensrettende Maßnahmen, Luftrettung und rascher

Transport im stabilisierten Zustand zum Ort qualifizierter medizinischer Hilfeleistung). Den spektakulärsten Erfolg errangen die Israelis im Yom-Kippur-Krieg mit einer Rate von Sekundärverlusten von nur zwei Prozent. Bestandteil dieses Erfolges war die drillmäßige Ausbildung der Soldaten in Selbst- und Kameradenhilfe.

Hauptproblem bleibt in Friedenszeiten die Professionalität der Einsatzkräfte, auch in der weltweiten Katastrophenhilfe. Wir brauchen heute den Facharzt oder fachlich qualifizierten Sanitäter als Rettungsassistenten oder Intensivpfleger, können uns hierbei nur in Ausnahmefällen mit angeleiteten Laien begnügen. Dies gilt insbesondere für eingesetzte Kräfte fern der Heimat. Wenn hier nicht eine medizinische Versorgung gewährleistet werden kann, die nach der Weisung des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Ergebnis dem Standard in der Heimat gleichkommt, wird ein Einsatz politisch und militärisch, gegenüber allen Opfern auch menschlich, insbesondere ärztlich, nicht zu verantworten sein.

Auch die großen Hilfsorganisationen werden darüber nachdenken müssen, wie diese, auch für sie notwendige Professionalität auf Dauer zu erreichen ist. Zumindest sanitätsdienstliche Führung verbunden mit genauer Erkundung dessen, was bei der Hilfeleistung im Katastrophenfall benötigt wird, mit entsprechender Vorbereitung der Helfer auf das, was sie erwartet und Nachbereitung dessen, was sie nach einem Einsatz unter schweren, auch psychischen Belastungen nicht ohne entsprechende psychologische Hilfen aufarbeiten können, verlangen Kenntnisse und Fähigkeiten, die von Amateuren nicht vorausgesetzt werden können

## Multifunktionale Nutzung

Bei der materiellen Ausstattung muß es eine multifunktionale Nutzung geben. Es erhebt sich hierbei nicht nur die Frage, wie der schon überlastete Steuerzahler Mehrfachvorhalten von Material und Personal bezahlen soll, sondern auch, wie man auf Dauer professionell

geschulte und genügend motivierte Mitarbeiter gewinnen will.

Es sind neue Wege zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu suchen, welche die besonderen Fähigkeiten der einzelnen Partner berücksichtigen. Technische Nothilfe wird man spezialisierten und auch mit entsprechendem Gerät ausgestatteten Einheiten des THW überlassen, Betreuungsdienste den hierfür besonders gerüsteten Hilfsorganisationen.

Die besonderen logistischen Fähigkeiten der Bundeswehr stehen in Friedenszeiten voll zur Verfügung. Im Sanitätsdienst sind die Ressourcen zu bündeln durch gemeinsamen Zugriff auf freiwillige Spezialisten. – Sehr oft werden solche Freiwillige nur für kurze Einsatzzeiten (meist unter Opferung des eigenen Urlaubs) verfügbar sein, wenn sie überhaupt eine Freigabe durch den Arbeitgeber erreichen können. In Weiterbildungsverhältnissen könnten spezielle Schwierigkeiten auch der Anrechenbarkeit von Einsatzzeiten auftreten. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, der neben dem Schutz des Arbeitsplatzes auch eine entsprechende Sicherung bei Krankheit, Verwundung oder gar Tod zu garantieren hätte.

Das von der Bundeswehr ohnehin vorzuhaltende Material sollte im raschen Transport und Aufbau von Strukturen als Aufgabe der Bundeswehr übertragen werden, ebenso die Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindungen mit der Heimatbasis und beim Nachschub. In gefährlichen Situationen wird das Personal der Bundeswehr alleine, in planbaren Langzeitaufgaben das der Hilfsorganisationen gefordert sein. Bei der Akuthilfe kann der Sanitätsdienst der Bundeswehr, weil auf Befehl sofort verfügbar, in einer ersten Welle Hilfe leisten und Zug um Zug durch entsprechendes Personal der Hilfsorganisationen abgelöst oder ergänzt werden, z. B. für die Versorgung ziviler Opfer, denen – wie in Kambodscha – UN-Regulationen sonst entgegenstehen.

Ein wesentlicher Unterschied des militärischen Bereichs zur Zivilschutz-Problematik im Verteidigungsfall ist zu beachten:

1. Bei zahlenmäßig begrenzten Einsätzen der Bundeswehr in Missionen wird auch ein größerer Anfall von Verwundeten beherrschbar sein, weil die Heimat im tiefsten Frieden lebt. Verwundete Soldaten werden in vorhandenen Bundeswehr-Krankenhäusern oder auf Spezialstationen von Universitätskliniken oder großen Unfallabteilungen Aufnahme und ausreichende Versorgung finden.

2. Im Bündnisfall mit einem Engagement eigener Truppen außerhalb der Landesgrenzen könnte schon eine Mobilisierung von einzelnen bis mehreren „Reservelazaretten“ verstreut über die ganze Republik notwendig werden. Eine entsprechende Personalausstattung kann zunächst durch Rückgriff auf Kapazitäten eines ganzen (gekadernten) Regiments im Rahmen einer rechtlich noch abzusehnenden Teilmobilisierung gewährleistet werden. Nur in diesem Falle wird ein Teil des militärischen Notbettenvorrates in einzelnen Partnerkrankenhäusern realisiert.

Unsere Planung muß den „worst case“ einbeziehen, den Krieg im eigenen Land, dessen Szenario nicht im entferntesten den bisher bei uns gemachten Erfahrungen entsprechen dürfte. Notwendig ist die Aufrechterhaltung des Verfassungsgedankens der Gleichheit der (Über-) Lebensbedingungen in der gesamten Republik. Nur diesem Grundsatz kann jede Überlegung verpflichtet sein. Wir müssen alles daran setzen, ein handhabbares Instrument zu schaffen, das alle Interessen, besonders aber das des potentiellen Patienten berücksichtigen muß.

**Helfen**  
  
**für eine gute Sache!**

Als Gönner im Freundeskreis der Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger e.V. verbessern Sie die Notfallhilfe.  
Machen Sie mit! Die jährliche Beitragshöhe bestimmen Sie selbst. Postscheckkonto Stuttgart 12 22-708.  
Stichwort »Freundeskreis«.

# „Bayern braucht uns!“

## 1. Landesfeuerwehrtag Bayern in Kempten

„Bayern braucht uns!“ – Ein gesundes Selbstbewußtsein, das die bayerischen Feuerwehren mit dem Motto ihres 1. Landesfeuerwehrtages bewiesen. Und das zu Recht. Wie in den zahlreichen Grußadressen der Gäste bei diesem ersten Feuerwehrtag nach der Wiedergründung des Landesfeuerwehrverbands (LFV) Bayern deutlich wurde, genießen die bayerischen Brandschützer landesweit höchstes Ansehen. So nahm es denn nicht wunder, daß sowohl Ministerpräsident Stoiber als auch Innenminister Beckstein der Feuerwehr bei der Veranstaltung in Kempten ihre Reverenz erwiesen.

Drei Wochenendtage, vom 21. bis 23. Juni, stand die Allgäuetropole ganz im Zeichen der Feuerwehr. Der LFV Bayern und die ausrichtende Feuerwehr Kempten hatten keine Mühen gescheut, die Tage zu einem Erlebnis werden zu lassen. Und obwohl der Wettergott nicht so ganz mitspielte, war man sich im Kreise der Feuerwehr und der Besucher gleichermaßen einig, Gast eines liebevoll geplanten und präzise organisierten Festes zu sein.

Die mehr als zehn Tagungen von Feuerwehr-Gremien auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene wurden von einem Rahmenprogramm begleitet, das kaum Wünsche offen ließ. Zentraler Punkt war dabei das Gelände der ehemaligen Prinz-Franz-Kaserne, das mit seinen weitläufigen Freiflächen und Hallen ideale Voraussetzungen für Ausstellungen und Vorführungen bot. Neben dem Stadtfeuerwehrverband Kempten, dem LFV Bayern und der Jugendfeuerwehr Bayern präsentierten sich hier Polizei, Johanniter-Unfall-Hilfe, Bayerisches Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk. Einblick in die Feuerwehr-Technik bot eine umfassende Ausstellung von Fahrzeugen und Geräten. Publikums-magnet waren hier, wie gewohnt, die Oldtimer-Feuerwehrfahrzeuge.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die 3. Delegiertenversammlung des LFV, zu der dessen Vorsitzender, Stadtbrandrat Karl Binai, neben den

295 Delegierten besonders Innenminister Dr. Günther Beckstein und den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), Gerald Schäuble, im historischen Kornhaus der Stadt begrüßen konnte.

In seinem Jahresbericht ging Binai auf die Entwicklung des LFV ein. 1993 als Nachfolger des von 1868 bis 1938 bestehenden LFV gegründet, repräsentiert der Verband heute 5200 Feuerwehren mit 220 000 Mitgliedern. Mit Blick auf die Feuerschutzsteuer, von der bislang 30 Prozent für die Wasserwirtschaft abgezweigt werden, forderte Binai, diese vollständig für die Feuerwehr zu verwenden. Weiterhin müsse, so der Vorsitzende, der Antragsstau bei der Förderung von Feuerwehrgerätehäusern abgebaut sowie der Zuschuß zu dem neuen, vom LFV konzipierten Schutzzug „Bayern 2000“ gesichert werden.

Innenminister Beckstein zeigte Verständnis für die Forderungen der Feuerwehr: „Ich ziehe mit Ihnen an einem Strang, und auch am selben Ende.“ Allerdings werde die Situation mit dem Wegfall der Feuerschutzabgabe und damit von 56 Millionen DM nicht besser. Die Feuerwehr bezeichnete der Minister als „Rückgrat des Elements der Menschlichkeit“ und schloß seine Ausführungen: „Jawohl, Bayern braucht Euch! Es braucht Euch als Schutz bei Gefahr und als Zeichen tätiger Nächstenliebe.“

DFV-Präsident Schäuble wies darauf hin, daß der LFV Bayern der mitgliederstärkste Verband im DFV sei. Deutschland habe mit 1,3 Millionen Feuerwehrangehörigen mehr Feuer-

wehrlaute als alle anderen Staaten der Europäischen Union zusammen. Zum Engagement der Helfer betonte er: „Das Ehrenamt muß neue Rahmenbedingungen erhalten, die es möglich machen, dieses einzigartige System Freiwillige Feuerwehr zu erhalten.“ Unmißverständlich stellte der Präsident fest: „Wir wollen keine Privilegien. Wir wollen nur nicht dafür bezahlen, daß wir Tag und Nacht, rund um die Uhr, bereit sind, Hilfe zu bringen, während andere im Liegestuhl Forderungen stellen, sich ihrem Ich widmen und notwendige Projekte blockieren.“

Ein Sternmarsch mit anschließender Kundgebung bildete am Sonntag das beeindruckende Finale des Feuerwehrtages. Rund 8000 Feuerwehrleute hatten sich, aus sechs Marschrichtungen kommend, auf dem zentralen Hildegardsplatz eingefunden. Vor dem Hintergrund der am Fuß der St.-Lorenz-Basilika postierten Fahnenabordnungen aus ganz Bayern richtete Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber das Wort an die Brandschützer: „Für mich sind Sie die größte Bürgerinitiative im Lande.“ Unsere Gesellschaft, so Stoiber, brauche weniger Egoisten, gefragt seien vielmehr Solidarität und Engagement. Dafür stehe die Feuerwehr als nachahmenswertes Beispiel. Abschließend bestätigte er eine Aussage aus der anlässlich des Feuerwehrtages erschienenen Chronik der Feuerwehren Bayerns: „Aus der Geschichte gewachsen, in der Gegenwart bewährt, auch in Zukunft notwendig – die Feuerwehren im Landesfeuerwehrverband Bayern.“

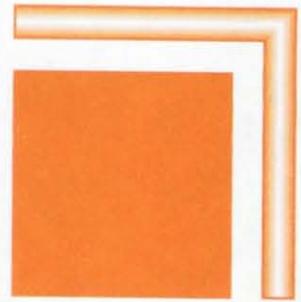
Kempten ist vorbei. Es bleibt die Erinnerung an eine große Veranstaltung, an interessante Gespräche und kameradschaftliches Miteinander. Und es bleibt der Wunsch, daß dem 2. Landesfeuerwehrtag Bayern am 19. April 1997 in Pegnitz (Oberfranken) ein ähnlicher Erfolg beschieden sein möge.

– cl –

**Ministerpräsident Stoiber:**  
„Die Feuerwehren haben bei mir einen Stein im Brett.“



# AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ



MALTESER-HILFSDIENST

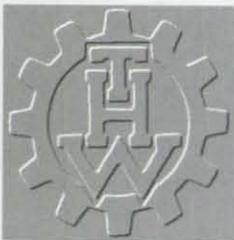


DEUTSCHE LEBENSRETTUNGSGESELLSCHAFT

VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



TECHNISCHES HILFSWERK



DEUTSCHES ROTES KREUZ



WARNDIENST

## Fun geht voran

### 16. Bundesjugendwettbewerb der ASB-Jugend in Frankfurt

„Toll diese Stadt“, so Jessica und Nicole aus Bremen. Und einstimmig auch ihre Meinung: „Wir haben Frankfurt während unseres Aufenthaltes so richtig kennengelernt.“ Dabei waren die beiden von der Weser nicht nur zum Vergnügen an den Main gereist. Am Bundesjugendwettbewerb der Arbeiter-Samariter-Jugend wollten sie teilnehmen, ihr Können mit dem der über 200 anderen Teilnehmern aus 13 Bundesländern und einer Gruppe aus Österreich messen.

Dafür mußten sich die Kinder und Jugendlichen drei Tage den strengen Augen der Schiedsrichter stellen. Ein Verkehrsunfall an der Börse, ein Feuerspucker mit starken Verbrennungen auf der „Zeil“, eine Schnittverletzung durch eine Motorsäge auf dem Markt, die junge Frau im Park mit einem Kreislaufzusammenbruch oder die verletzte Schwimmerin, die aus dem Main „gefischt“ werden mußte. Um möglichst reale Bedingungen zu bieten,



Um möglichst reale Bedingungen zu bieten, hatten die Frankfurter Samariter für die Erste-Hilfe-Stadttralle an verschiedenen Stellen in der Innenstadt Unfallszenarien aufgebaut.

Begabt waren die Verletztendarsteller, die ihre Verletzung so originalgetreu „schauspielerten“, daß so mancher der vorbeigehenden Passanten erst beim zweiten Hinschauen den nachgestellten Ernstfall erkannte.



hatten die Frankfurter Samariter, unterstützt vom DRK, der DLRG, dem Bundesverband für den Selbstschutz und dem Alpenverein, für den Höhepunkt des Wettbewerbes, der Stadtrallye, an verschiedenen Stellen in der Innenstadt Unfallszenarien aufgebaut.

Hier war dann das Fachwissen der Teilnehmer gefragt. Sie mußten Verbände anlegen, Verletzte lagern und betreuen. „Die stabile Seitenlage kann ich am besten.“ Gesagt, getan. Schon hatte der zehnjährige Niklas aus Essen sein „Unfallopfer“ in die richtige Lage gebracht und erhielt dafür die entsprechende Punktzahl. Begabt waren auch die Verletztendarsteller, die ihre Verletzung so originalgetreu „schauspielerten“, daß so mancher der vorbeigehenden Passanten erst beim zweiten Hinsehen den nachgestellten Ernstfall erkannte.

Aber nicht nur Prüfungsstreß stand auf dem Programm, sondern frei nach dem Motto „Fun geht voran“ war für Spaß und Abwechslung gesorgt. Spannung kam dann noch einmal kurz vor der Siegerehrung auf. Jeder fragte sich: Welchen Platz hat unsere Gruppe, wer ist der Sieger? Den Heimvorteil nutzte die hessische Schülergruppe und gewann

den Bundesjugendwettbewerb vor den Schülern aus Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Berlin. Bei den Jugendlichen gewannen das bayerische Team und die Jugendlichen aus Hessen vor den Gruppen aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Wer sich in diesem

Jahr nicht plazieren konnte, hatte in jedem Fall die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und neue Freunde zu gewinnen.

Heinz Kapschak

Eine „verletzte“ Schwimmerin wird aus dem Main „gefischt“.





# Fragen zur Zukunft im Mittelpunkt

## Helfervertreter tagten letztmalig – Jürgen Grabke verabschiedet

Zum letzten Mal trafen die Helfervertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz auf Bundes- und Landesebene zusammen. Im Sport- und Bildungszentrum Malente konnten dazu als Gäste Abteilungspräsident Dr. Brunkow in Vertretung von BVS-Direktor Schuch und Ministerialdirigent Ulrich Gudat vom Innenministerium Schleswig-Holstein begrüßt werden.

Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke hieß die Vertreter aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein willkommen. Die Tagungsteilnehmer hatten nach dem jahrelangen Tauziehen um die Existenz des BVS und der Entscheidung zur Auflösung eine Menge Fragen im Gepäck.

Grabke betonte, daß seitens der Ehrenamtlichen hart um die Erhaltung des BVS gekämpft worden sei. Er selbst habe alle Möglichkeiten genutzt, die Entscheidung noch zu beeinflussen. Doch leider habe man die Qualifikation und das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig außer acht gelassen. Ohne die Organisation des BVS seien, so Grabke,

die Gemeinden, die nun die Aufgabe des Selbstschutzes durchzuführen haben, teils unfähig, teils unwillig, dieser Ausbildung der Bevölkerung gerecht zu werden.

Ministerialdirigent Ulrich Gudat, selbst früher ehrenamtlich im BVS engagiert, sprach der Helferschaft Dank und Anerkennung für die über Jahrzehnte erbrachten Leistungen aus. Diese Auffassung teile auch Innenminister Ekkehard Wienholtz, dessen Grüße er überbrachte. Der anerkennende Aspekt wurde durch die Grußadresse von Erika Steinbach MdB unterstrichen.

Abteilungspräsident Dr. Brunkow nahm zu der bevorstehenden Auflösung des BVS Stellung. Dabei zeigte er Verständnis für die schwierige Situation, in der sich die Helferschaft befindet. Den Helfern, die an einer weiteren ehrenamtlichen Tätigkeit interessiert sind, empfahl er ein Engagement bei den Hilfsorganisationen.

### Jürgen Grabke verabschiedet

Neben den vielen Sachfragen war es eine personelle Entscheidung, von der die Tagung geprägt wurde:

Am Ende der Tagung trat Jürgen Grabke von seinem Amt als Bundeshelfervertreter zurück und legte es in die Hände des ersten Stellvertreters Ernst Lauer.

Grabke nahm nach mehr als vier Jahrzehnten ehrenamtlicher Tätigkeit im Bundesverband für den Selbstschutz Abschied von seiner Aufgabe. Er habe, so Dr. Brunkow in seiner Laudatio, einen großen Teil seines Lebens dem Ehrenamt gewidmet. Solche Menschen seien für das Gemeinwesen unentbehrlich und böten ein Beispiel dafür, daß unsere Gesellschaft keineswegs nur durch Egoismus und Profitstreben gekennzeichnet sei.

Mit Beharrlichkeit, Energie und Überzeugungskraft habe er sich für den Selbstschutz eingesetzt. Ob als Helfervertreter der Dienststelle Itzehoe, 1977 als Landeshelfervertreter in Schleswig-Holstein oder ab 1978 als Bundeshelfervertreter – Grabke habe seine Aufgaben stets mit großer Kompetenz ausgefüllt.

Abschließend überreichte Dr. Brunkow dem scheidenden Bundeshelfervertreter die neue Ehrennadel des Verbandes für 40 Jahre Mitarbeit.



Helfervertreter und Gäste stellen sich dem Fotografen, vordere Reihe (v. rechts): Ministerialdirigent Gudat, Jürgen Grabke, Abteilungspräsident Dr. Brunkow und Ernst Lauer.

Mit herzlichen Worten verabschiedet Abteilungspräsident Dr. Brunkow (links) den scheidenden Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke.

(Fotos: Jaeger)



Der neue Bundeshelfervertreter Ernst Lauer dankte dem Scheidenden für dessen fachlich kompetentes Eintreten für den Selbstschutz. Als Repräsentant aller Ehrenamtlichen im BVS habe er sich durch vertrauensvolle und konstruktive Mitarbeit auf allen Ebenen mit Haupt- und Ehrenamtlichen ausgezeichnet. Die Helfervertreter schlossen sich den Dankesworten an.

blicken bereits auf über 30 Jahre BVS-Arbeit zurück und bringen somit ideale Voraussetzungen für die Beschäftigung in einer Hilfsorganisation mit.

Vergleiche zwischen den einzelnen Organisationen konnten die Ehrenamtlichen nach den Kurzvorträgen der Redner machen. In einer lebhaften Diskussion wurden schließlich auch letzte Detailfragen beantwortet.

\*

**Düsseldorf.** „Wir helfen gemeinsam“ ist für alle Hilfsorganisa-

tionen und die ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter Grundregel Nummer eins. Dies war das Ergebnis einer Arbeitsgemeinschaft in der BVS-Dienststelle Düsseldorf.

Anlaß der Veranstaltung war die bevorstehende Auflösung des BVS. Führungskräfte von ASB, DLRG, JUH, MHD und THW stellten sich während der Abendveranstaltung einer angeregten Diskussion.

Erläutert wurden Aufgaben, Zielsetzungen und Erwartungen der Organisationen. Alle Vertreter betonten ausdrücklich, daß ehrenamtliche Mitarbeiter des BVS gern aufgenommen würden. Vorhandene Ausbildungsnachweise werden anerkannt, so daß z. B. einer Tätigkeit als Ausbilder für die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen mit HLW-Unterweisung nichts entgegensteht.

Als besonders wünschenswert wurde die Übernahme von Ehrenamtlichen, die den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit kompetent mitgestalten können, bezeichnet. Die für beide Seiten positiv zu bewertende Veranstaltung hat das Streben nach gemeinsamem Engagement zum Nutzen der Bevölkerung erneut unterstrichen.

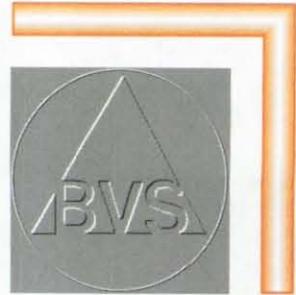
## Nordrhein-Westfalen

**Arnsberg.** Die ehrenamtlichen Helfer der BVS-Dienststelle Arnsberg trafen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft. Im Mittelpunkt stand dabei die bevorstehende Auflösung des BVS. Deshalb waren auch die ortsansässigen Hilfsorganisationen eingeladen worden. Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes stellten dabei ihre Arbeit vor.

Ziel der Veranstaltung war, die Helfer des BVS auch weiterhin für eine Tätigkeit im humanitären Bereich einzubinden. Für die Helfer aus den Bereichen Hamm, Olpe, Märkischer Kreis und Hochsauerlandkreis endet ansonsten eine langjährige Mitarbeit im Bevölkerungsschutz. Einige von ihnen



Arnsberg: Aufmerksam verfolgen die ehrenamtlichen Mitarbeiter die Ausführungen der Vertreter der Hilfsorganisationen. (Foto: Lind)





# 714 Menschenleben gerettet

## DLRG legt aktuellen Geschäftsbericht vor

Die Bundespressekonferenz in Berlin war das Forum für die Präsentation des aktuellen Geschäftsberichts der DLRG. Die Bilanz stellt die Gesamtleistung des Verbandes, also seiner gut 2000 Gliederungen, dar. Auch im Jahr 1995 setzte sich der seit mehr als zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend bei den Mitgliederzahlen fort, doch mit geringerer Steigerungsrate. Mit 544.038 ehrenamtlichen Mitgliedern erreichte die DLRG einen neuen Höchststand, wenn auch der Zuwachs gegenüber 1994 mit 4193 nur geringfügig war. Damit festigte die DLRG ihre Position als größte freiwillige Wasserretterorganisation der Welt.

Wie auch 1994 war das letzte Bilanzjahr bestimmt von Winterhochwasser und langanhaltendem, heißem Sommer. Beide Ereignisse schlugen sich im Statistischen Jahresbericht nieder: Zunächst bewahrheitete sich die Prognose der DLRG über den Anstieg der Ertrinkungsunfälle im Jahr 1994 leider eindrucksvoll: Gegenüber 1993 verzeichnete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden 775 Unfälle durch Ertrinken mit Todesfolge, 120 mehr als 1993 und so viele wie seit 1981 nicht mehr.

### Eigenes Leben riskiert

Die Helfer der DLRG konnten 1995 714 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahren. In 118 Fällen, also bei jedem sechsten Einsatz, setzten sie das eigene Leben aufs Spiel, um das anderer zu retten.

Bei der Analyse der Ertrinkungsstatistik fällt die besonders hohe Quote in den neuen Bundesländern auf. Mit 235 Todesfällen liegt der Anteil bei über 30 %. Legt man die Bevölkerungszahlen in Ost und West zugrunde, ergibt sich für Ostdeutschland eine fast doppelt so hohe Ertrinkungsquote pro 100.000 Einwohner wie in Westdeutschland.

Beängstigend ist die Zahl der Ertrinkungsfälle bei Kindern: 169 Kinder bis zu zehn Jahren starben

1994, das sind 22 %. Jedes fünfte Todesopfer war ein Kind dieser Altersklasse, allein 96 waren noch keine fünf Jahre alt.

### Flut von Hilfeleistungen

Die Kräfte im Wasserrettungsdienst konnten sich über Arbeit nicht beklagen. Mit 61.758 Erste-Hilfe-Leistungen und über 11.000 vorbeugenden Hilfeleistungen für in Not geratene Wassersportler und Schwimmer überschritten sie das Niveau des Rekordjahres 1994. Gegenüber „normalen“ Jahren (etwa 1993) bedeutet das Ergebnis einen Anstieg der Erste-Hilfe-Einsätze von 56 %.

Verantwortlich für diese Steigerungsraten ist in erster Linie das

hervorragende Wetter, das einen langen Sommer mit hohen Temperaturen bescherte und viele Millionen Menschen mehr als üblich ans Wasser lockte. Die Dunkelziffer bei Wassersportunfällen dürfte noch deutlich höher sein, denn immer wieder ereignen sich Unglücke auf und an Wasserflächen, die nicht für den Bade- und Wassersportbetrieb freigegeben und somit auch nicht bewacht sind.

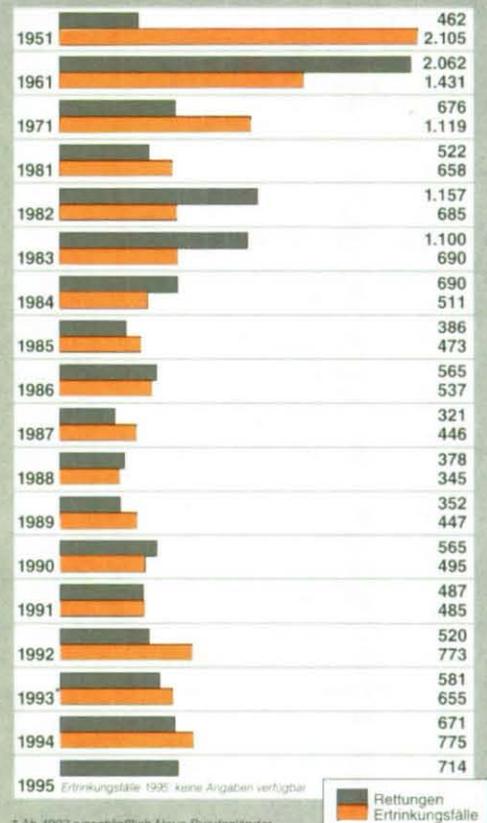
Bundesweit leistet die DLRG Wasserrettungsdienst an 2693 Freigewässern und in 2302 Frei- und Halbbädern.

### 2,5 Millionen Wachstunden

43.102 Wachleiter und Wachgänger, in der Hauptsache Jungen und

Bei den Lebensrettungen kann die DLRG auf eine stolze Bilanz zurückblicken.

Lebensrettungen durch die DLRG Ertrinkungsfälle 1951–1995



Mädchen ab 16 Jahren, sorgten mit 2,5 Millionen freiwillig geleisteten Wachstunden für mehr Sicherheit. Damit wurde nicht ganz das Rekordergebnis des Vorjahres erreicht. Gegenüber 1994 zeigt sich eine Trendwende. Während die Zahl der Wachgänger und Wachstunden an Freigewässern stieg, sanken die Zahlen bei Frei- und Hallenbädern. Die DLRG reagierte damit auf die Erkenntnisse des Vorjahressommers, wo Erholungssuchende Ablenkung vorzugsweise in freien Gewässern suchten.

## Volle Bäder

Oftmals wichen Badegäste kurzentschlossen auch „in die freie Natur“, an wilde Badestellen an Flüssen, Waldseen, Baggerseen aus, weil die Bäder dem Ansturm nicht mehr gewachsen waren und aus Sicherheitsgründen schließen mußten.

Es muß nicht betont werden, daß diese Badegäste und Schwimmer ein deutlich höheres Risiko eingingen. Das zeigt:

1. Badeverbote allein sind kein ernsthaftes Hindernis auf dem Weg zum kühlen Naß, deshalb reicht das Aufstellen von Schildern nicht aus. Gemeinden und Kreise sind aufgefordert, einerseits Risikozonen besser abzusichern, andererseits Badestellen, die von der Bevölkerung regelmäßig genutzt werden, die aber nicht als solche ausgewiesen sind, unter Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes freizugeben und durch einen Wasserrettungsdienst zu sichern.

2. Das Bädersterben schreitet weiter voran. Auch 1995 haben wieder zahlreiche Kommunen Bäder geschlossen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die Schere zwischen wachsendem Bedürfnis nach Freizeit und Erholung im und am Wasser einerseits und Verknappung von schwimm- und wassersportorientierter Infrastruktur andererseits klafft weiter auseinander. Das belegen auch neue, wissenschaftliche Studien. Die DLRG fordert deshalb nachhaltig, diesen negativen Trend zu stoppen. Setzt sich diese Politik fort, ist die Schwimmfähigkeit der deutschen Bevölkerung, die im Weltmaßstab beispielhaft ist, mittelfristig ernsthaft gefährdet.

## Bilanz 1950 – 1995

Schwimmprüfungen	18.666.301
Rettungsschwimmprüfungen	3.584.753
Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen	22.245.201
Erste Hilfe an Land	1.461.413
Rettungen vor dem Ertrinkungstod	56.370
Rettungen unter Lebensgefahr (in Gesamtrettungszahl enthalten)	8.313

## Ausbildung im Blick

Die Schwimmausbildung ist die zweite große Aufgabe der DLRG. Schon bei den Kleinsten ist Schwimmen der große Renner. 1995 legten 97.407 Kinder ihre Prüfung, das Seepferdchen, ab.

Bei dem Jugendschwimmabzeichen und dem Deutschen Schwimmabzeichen hält der Abwärtstrend hingegen an. 144.819 Kinder erwarben ein Jugendschwimmabzeichen in Bronze, Silber und Gold, nahezu 3853 Prüfungen weniger als 1994. 9467 Erwachsene legten eine Prüfung für das Deutsche Schwimmabzeichen ab, 2474 weniger als im Vorjahr. Lediglich bei den Junior-Retter-Prüfungen gab es eine leichte Steigerung auf 7125 Zertifikate.

Nachdem es im letzten Jahr aufgrund des bundesweiten Wettbewerbs für die Rettungsschwimmabzeichen eine deutliche Steigerung bei den Rettungsschwimmprüfungen gab, ging die Anzahl 1995 einschließlich der Wiederholungsprüfungen um 2833 auf 56.021 zurück. Insgesamt lernten 1995 213.744 Deutsche bei der DLRG das Schwimmen oder Rettungsschwimmen mit beurkundeter Prüfung, das sind 12.836 Prüfungsabnahmen weniger als im Vorjahreszeitraum.

Eine der Hauptursachen für den Rückgang in der Ausbildung ist das Bädersterben. Der DLRG und den anderen ausbildenden Organisationen stehen immer weniger Stunden und geringere Wasserflächen zur Verfügung. Die Folge sind lange Wartelisten und Wartezeiten sowie erhöhter Aufwand für Ausbilder und Schüler, die zum Teil lange Fahrten bis zum nächsten Schwimmbad in Kauf nehmen müssen.

Die Zahl der aktiven Bootsführer stieg leicht an, ebenso wie die Prüfungen für Binnengewässer. Erfreulich ist der Aufwärtstrend in der Tauchausbildung. Großes Interesse bestand am Rettungstauchschein. Die Ausbilder vergaben 67 Urkunden mehr als 1994, insgesamt 339. Einen leichten Anstieg verzeichnete die DLRG in der Erste-Hilfe-Ausbildung, die HLW-Ausbildung lag auf Vorjahresniveau.

## Ungebrochenes Interesse

Thema DLRG-Breitensport: Knapp 450.000 Menschen von 8 bis 80 Jahren taten bei „Schwimm mit, bleib fit“, Volksschwimmen, Badeparties, Wassergymnastik und anderen Aktionen etwas für ihre Gesundheit.

Ungebrochen ist das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an den Wettkampf- und Leistungssportangeboten im Rettungsschwimmen. 29.229 Teilnehmer beteiligten sich an Vereins- und Landesmeisterschaften sowie Deutschen Meisterschaften und internationalen Wettbewerben. Das sind 2000 Teilnehmer mehr als im Vorjahr.

Einen Aufwärtstrend gibt es bei den ehrenamtlichen Mitgliedern zu verzeichnen, die sich in der Ausbildung, Organisation und Verwaltung der Gliederungen engagieren. Von 21.077 Ausbildern wurden 1.710.231 Ausbildungsstunden geleistet und 12.620 Mitarbeiter sorgten in 1.282.529 Arbeitsstunden für eine funktionierende Vereinsverwaltung und Organisation. In der Ausbildungsarbeit ergibt sich gegenüber 1994 ein Plus von 92.229 Stunden, in der Verwaltungsarbeit sogar ein Wachstum um 94.045 Stunden.





# „Woche des Ehrenamtes“ vom 14. bis 20. Oktober

Bundesweite Aktionswoche der Deutschen Jugendfeuerwehr

Ehrenamtliches Engagement ist Tagesgespräch in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Die Bedeutung des Ehrenamtes wird in der Öffentlichkeit und von den Ehrenamtlichen unterschiedlich wahrgenommen und dargestellt. Es wird immer schwieriger, Menschen zu motivieren, ehrenamtlich zu arbeiten.

Bundesweit wird es vom 14. bis 20. Oktober 1996 eine „Woche des Ehrenamtes“ der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF) geben. Die DJF veröffentlicht nun ein Arbeitsheft mit dem Titel „Wie wichtig ist denn Ehrenamt?“ Es soll bei der Vorbereitung der Aktionswoche behilflich sein und auch alle Personen, die sich noch nicht mit Ehrenamtlichkeit auseinandergesetzt haben, auf die Problematik ehrenamtlich Tätiger aufmerksam machen.

In dem Arbeitsheft findet der Jugendgruppenleiter, die Jugendgruppenleiterin, wichtige Tips und Möglichkeiten, um das Ehrenamt in der Öffentlichkeit zu stärken. Von der Unterschriftensammlung bis hin zum persönlichen Gespräch, alles ist

Das Arbeitsheft gibt Tips zur Aktionswoche und zeigt Möglichkeiten auf, die Stellung des Ehrenamts zu stärken.

in dem 24seitigen Arbeitsheft genau beschrieben. Im Anhang findet der Leser Vorschläge zur Durchführung von Veranstaltungen.

In den Artikel „Notfalleinsätze steigen“ (Bevölkerungsschutz Nr. 2, S. 35) haben sich bei der Übernahme des Zahlenmaterials leider einige Fehler eingeschlichen, die eine Korrektur erfordern, um Mißverständnisse zu vermeiden:

- Der Anteil der Einsätze mit Notarzt ist in den alten Ländern von 32 % in 1985 auf 42 % im Zeitraum 1992/93 gestiegen. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet beträgt der Anteil 1993 45 %.
- Es ist festzuhalten, daß bei 55 % der Notfälle ausschließlich Rettungsassistenten, Rettungssanitäter und Rettungshelfer im Einsatz sind.
- Der Anteil internistischer Notfälle betrug 1993 46,2%.
- Die mittlere Eintreffzeit beträgt bei Notfällen mit Notarztbeteiligung 9,2 Minuten, bei Notfällen ohne Notarztbeteiligung 8,5 Minuten.
- In rund einem Drittel (34,6 %) aller Rettungsdienstseinsätze bei Verkehrsunfällen beträgt die Eintreffzeit 5 Minuten.



ein WICHTIGES Arbeitsheft  
nicht nur für Jugendgruppenleiter  
und Jugendgruppenleiterinnen

## Richtlinien für die Beantragung und Verleihung des Förderpreises „Die Brandschutz 1“

– Ausschreibung –

### 1. Veranstalter

Die Versandhaus GmbH des Deutschen Feuerwehrverbandes und die Deutsche Feuerwehr Medien GmbH stiften für eine vorbildliche Initiative in der Brandschutzerziehung/ Brandschutzaufklärung den mit DM 2.000,- dotierten Förderpreis „Die Brandschutz 1“.

Träger der Veranstaltung ist der Deutsche Feuerwehrverband e. V., Koblenzer Str. 133, 53177 Bonn,



sowie die Versandhaus GmbH des Deutschen Feuerwehrverbandes und die Deutsche Feuerwehr Medien GmbH, Koblenzer Str. 135, 53177 Bonn.

Die Vorbereitung und Durchführung liegt beim Deutschen Feuerwehrverband e. V.

Die Verleihung des Förderpreises wird nach den Richtlinien für die Beantragung der Verleihung des Förderpreises „Die Brandschutz 1“ durchgeführt.

## 2. Teilnahme

Jeder besitzt das Recht, Vorschläge einzureichen, die der Förde-

rung der Brandschutzerziehung/ Brandschutzaufklärung dienlich sind.

Eine Teilnahmebegrenzung besteht nicht.

## 3. Antragstermin

Vorschläge sind bis zum 1. Oktober 1996 an die Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes e. V., Koblenzer Str. 133, 53177 Bonn, einzureichen.

## 4. Bewertung

Die Bewertung der eingegangenen Vorschläge erfolgt durch den Fachausschuß Öffentlichkeitsarbeit/

Brandschutzerziehung des Deutschen Feuerwehrverbandes e. V.

## 5. Verleihung

Die Verleihung des Förderpreises „Die Brandschutz 1“ erfolgt durch einen Vertreter der Versandhaus GmbH des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Deutsche Feuerwehr Medien GmbH sowie durch den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes.

## 6. Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Vorstand des DFV beschlossen.

## Terminplan

Datum	Veranstaltung	Ort
13.–16.09.	LFV Hessen: 17. Feuerwehrtag	Homberg/Efze
17.–18.09.	FNFV-AA 1: Sitzung	Flensburg
20.–21.09.	LFV Baden-Württemberg: Verbandsversammlung	Waiblingen
03.10.	DFV: 31. Vorstandstagung	Bad Neuenahr-Ahrweiler
04.10.	DFV: 49. Präsidiumstagung	Bad Neuenahr-Ahrweiler
04.–05.10.	DFV: 44. Delegiertenversammlung	Bad Neuenahr-Ahrweiler
05.10.	DFV: 44. Delegiertenversammlung	Bad Neuenahr-Ahrweiler
05.10.	DFV: Fortbildungsveranstaltung für Notärzte/Rettungsdienst	Bad Neuenahr-Ahrweiler
04.–05.10.	AK „Feuerwehrheime“	Estahl
11.10.	LFV Nordrhein-Westfalen: 109. Vorstandssitzung	Grefrath
11.–13.10.	Baden-Württemb. Landesjugendfeuerwehrtag und Delegiertenversammlung 1996	Breisach a. Rhein
12.10.	LFV Nordrhein-Westfalen: Verbandsausschuß-Sitzung	Grefrath
14.–16.10.	AGBF: 43. Sitzung AK Technik	liegt noch nicht fest
25.–26.10.	FUK Schleswig-Holstein: Führungsseminar für Sicherheitsbeauftragte	Kiel
26.10.	LFV Brandenburg: 3. Delegiertenversammlung	Jüterbog
01.–03.11.	Seminar für besondere Führungskräfte / Vorstand des LFV	LFS EH
04.11.	DFV: 32. Vorstandstagung	Bonn
05.–06.11.	Sitzung der FNFV-AA 5 (Schläuche und Armaturen)	liegt noch nicht fest
28.11.–01.12.	DJF: DJFA-Sitzung	Dresden
29.11.–01.12.	Verbandsausschußsitzung der DJF	Dresden-Gorbitz
07.12.	LFV Brandenburg: 1. Vorstandssitzung	Brandenburg
07.12.	LFV Nordrhein-Westfalen: 110. Vorstandssitzung	Kreuztal
13.–14.12.	DFV: 33. Vorstandstagung	Bonn
<b>1997</b>		
07.03.	LFV Schleswig-Holstein: Feuerwehrausschußsitzung	Brokdorf
15.–18.05.	XII. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt	Ebeltoft/Dänemark
31.05.	LFV Schleswig-Holstein: Landesfeuerwehrversammlung	Kellinghusen
06.–12.07.	XI. CTIF-Wettkämpfe	Herning/Dänemark
06.–12.07.	X. CTI-Jugendfeuerwehr-Wettbewerbe	Herning/Dänemark
22.–24.08.	Deutscher Jugendfeuerwehrtag	Dresden
19.–20.09.	LFV Baden-Württemberg: Verbandsversammlung 1997	Ulm



# Bundesweiter Erste-Hilfe-Tag am 21. September 1996

### Hans Meiser zum „Botschafter der Ersten Hilfe“ ernannt

Hans Meiser ist der „Botschafter der Ersten Hilfe“ für das Jahr 1996. In diesen Tagen wurde der bekannte TV-Moderator in sein neues „Amt“ eingeführt. Als Botschafter wird Meiser in den nächsten Monaten zusammen mit den großen Hilfsorganisationen auf die Bedeutung der Ersten Hilfe aufmerksam machen.

Nach Schätzungen verunglücken in Deutschland jedes Jahr fast neun Millionen Menschen. 800 Verkehrsoffer könnten überleben, wenn bei einem Notfall sofort effektive Hilfe geleistet würde. Nur jeder vierte Bundesbürger glaubt daran, selber wirklich helfen zu können.

Am 21. September 1996 soll beim bundesweiten Erste-Hilfe-Tag der fünf Hilfsorganisationen (ASB, DLRG, DRK, JUH, MHD) erneut auf dieses wichtige Thema hingewiesen werden. Bei zahlreichen Aktionen in den Städten und Gemeinden werden die Hilfsorganisationen praktisch demonstrieren, was Erste Hilfe leisten kann. Das Motto „Erste Hilfe – Einfach handeln“ soll deutlich machen, daß jeder im Notfall helfen und womöglich sogar Menschenleben retten kann.

In diesem Jahr soll ein besonderes Augenmerk den Kindern gelten. Schon früh können im Kindergarten spielerisch Inhalte der Ersten Hilfe vermittelt werden. Erste Hilfe ist eben „kinderleicht“! Rollenspiele zum Thema „Unfall“ und „Erste Hilfe“ sollen den Kindern dabei helfen, in realen Notfallsituationen Nervosität und Angst zu überwinden. So wird es möglich, daß Kinder am Telefon gegenüber dem Rettungsdienst die wichtigsten Fragen zum Geschehen in kindgerechter Weise beantworten können. Umgekehrt gilt es, das Wissen von Eltern über einige spezielle Verhaltensweisen bei Kindernotfällen zu verbessern.



Mit der symbolischen Übergabe eines Verbandkastens ernannt DRK-Vizepräsident Prof. Dr. Christoph Brückner (rechts) den TV-Moderator Hans Meiser, stellvertretend für alle Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst), zum „Botschafter der Ersten Hilfe“. (Foto: Zimmermann)

## Retter auf dem Wasser und am Berg

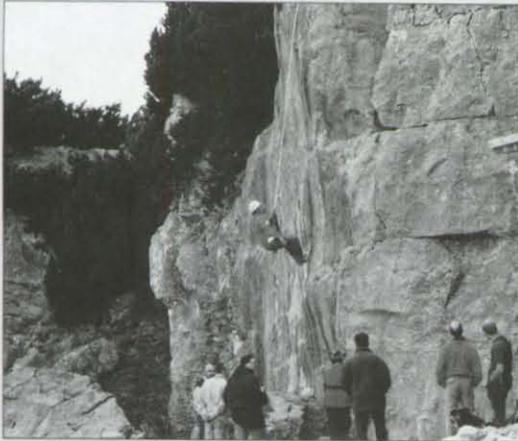
17 Lehrkräfte und Dozenten der DRK-Rettungsschulen haben sich in Frasdorf, nahe des Chiemsees, zusammengefunden, um ihren Bildungsstand zu erweitern. Fortbildung heißt das Zauberwort, und wie da fortgebildet wird, bekommen wir gleich am ersten Tag zu spüren. Der erste Tag ist ganz dem Bereich „Bergwacht“ gewidmet. Erfahrene Dozenten bringen das nahe, was man Theorie nennt und glücklicherweise findet die nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern auch in der Natur statt.

Nach der Übermittlung der Inhalte der verschiedenen Aufgaben der Bergwacht wie medizinische Erstversorgung am Berg, Lawinenrettung, Winter- und Sommerrettung, Luftrettung, wird den Lehrkräften und

Dozenten im Anschluß das technische Gerät und die Ausrüstung gezeigt, die die Bergwacht für ihren lebensrettenden Dienst benötigt.

Nach dem Mittagessen wird's dann ernst. Wir fahren in die Kampenwand, bis zur Baumgrenze. Hier werden sich die Teilnehmer am Berg abseilen. Das Abseilen für die Felsbergung und die medizinische Erstversorgung ist eine Aufgabe, der sich die Bergwacht häufig stellen muß. Die Rettungsdienstlehrer sind nicht schlecht, fast jeder schafft den Abstieg, bestens gesichert durch die Bergwachtprofis. Es wird alles bis ins Detail erklärt. Jeder Handgriff muß sitzen, nichts darf leichtsinnig durchgeführt werden. Leben hängt davon ab. Und der Lawinenhund, der einen Verschütteten sucht,

# Deutsches Rotes Kreuz



Auch Rettungsdienstlehrer können noch lernen. Hier das Abseilen am Berg.



Ein Verletzendarsteller wird mit dem Akja abtransportiert.



Alle Mann an Bord: Die Einweisung in die Arbeit der Wasserwacht steht auf dem Programm.



Routiniert und sicher bringt der Bootsführer die Gäste über den Chiemsee.

(Fotos: Zimmermann)

gehört natürlich auch dazu. Ein „Verletzter“ wird im Akja den Berg heruntertransportiert, eine Hubschrauberrettung ist nicht nötig, da der „Patient“ nicht so schwer verletzt ist.

Der nächste Punkt der Tagesordnung wird durchgeführt, die Besichtigung des Bergrettungsstützpunktes der Bergwacht Wasserburg. Wir besichtigen die Einrichtung und bekommen alles detailliert erklärt und stellen fest, daß die Zeit wie im Flug vergangen ist.

Auch der nächste Tag wartet mit strahlendem Sonnenschein auf die Teilnehmer. Heute widmen wir uns der Wasserwacht. Auch hier bildet die Theorie den ersten Teil des Seminars. Wie gliedert sich der Bayerische Rettungsdienst? Was macht eigentlich eine SEG? Welche Möglichkeiten im Wasserrettungsdienst gibt es, und welche Grenzen sind da gesetzt? Wann werden Taucher eingesetzt? Und wozu benötigt die Wasserwacht eine Kamera? Wie wird eine Eisrettung durchgeführt? Und wie sieht überhaupt so eine Wasserrettung am Chiemsee aus?

Das sollen wir dann im zweiten Teil des Tages erfahren. Es geht zu den praktischen Übungen nach Prien am Chiemsee. Hier wird erklärt und gezeigt, was eine SEG ist, was Navigation bedeutet und wie wichtig die ist. Die Wasserwachtler von Prien zählen zu den wenigen, die mit einem Motorboot den Chiemsee befahren dürfen, natürlich nur zur Übung, Beobachtung oder Rettung. Jeder von uns bekommt eine leuchtendrote Schwimmweste, und ab geht es auf dem Boot zur Besichtigung der einzelnen Wasserwachtstationen am See. Gut ausgerüstet ist die Wasserwacht, damit sie schnell und sicher Leben retten kann. Wir sind beeindruckt. Und schon wieder ist ein Tag zu Ende.

Alle Teilnehmer sind begeistert über Organisation und Fähigkeiten von Bergwacht und Wasserwacht. Einig sind sich alle, daß eine solche Maßnahme wiederholt werden sollte, damit man noch mehr Wissen aufnehmen kann.

Margitta Zimmermann

Nach dem Flughafenbrand in Düsseldorf:

## Wiederaufbau auch für die Seele?

Die Diskussion um den Wiederaufbau hat begonnen, die Verwendung von PVC-Kabeln wird intensiv diskutiert, die Schuldfrage ist unklar, die Chartergesellschaften rechnen noch für mehrere Jahre mit Provisorien. Die erschreckenden Bilder des Düsseldorfer Flughafenbrandes am 11. April dieses Jahres haben längst anderen Ereignissen der täglichen Informationsflut Platz gemacht. Immerhin waren 17 Tote und weit über 100 Verletzte zu beklagen.

Johanniter der Kreisverbände Düsseldorf, Essen, Mettmann, Mönchengladbach und Neuss waren beim Flughafenbrand im Einsatz. Folgt man verschiedenen Veröffentlichungen, dann hat der Einsatz von Feuerwehr und Rettungsdienst gut funktioniert. Andere Fragen bleiben jedoch offen: Haben die Einsatzkräfte die Beteiligung an diesem Großschadensereignis verkraftet? Haben sie gesundheitliche Schäden davongetragen? Wer übernimmt die Kosten für die Feststellung und ggf. erforderliche Behandlung?

### Aus dem Alltag in den Einsatz

Bei einer solchen Großschadenslage werden bei den Johannitern zwei Komponenten des Bevölkerungsschutzes aktiv: der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz. Die Alarmierung der einsatzbereiten Kräfte des Rettungsdienstes des JUH-Kreisverbandes Düsseldorf erfolgte direkt durch die Leitstelle der Feuerwehr, fast zeitgleich mit der Benachrichtigung eines KatS-Sanitäts- und eines Betreuungszuges durch die Leitungsstelle des Kreisverbandes Düsseldorf kurz nach 16.00 Uhr. Vor allem die ehrenamtlichen Kräfte des KatS wurden dabei zumeist aus ihrem Alltag herausgerissen und mußten sich in kurzer Zeit auf die



neue Lage einstellen, dies um so mehr, als schnell klar wurde, daß es sich diesmal nicht um eine Übung, sondern um einen realen Einsatz handelte.

### Ungewohnte psychische Belastungen

Welchen psychischen Belastungen das Personal dann am Einsatzort ausgesetzt war, egal ob aktiv beteiligt oder wartend im Bereitstellungsraum, machen Auszüge aus Berichten von Johannitern deutlich: „Als dann im weiteren Verlauf klar geworden ist, daß die Angriffstrupps der Feuerwehr nur noch Tote bergen würden, wurde von der Abschnittsleitung die Anweisung gegeben, die Toten mit drei RTW abzutransportieren. Unserem Vorschlag folgend, wurde der Transport der Toten jedoch von einem durch Johanniter begleiteten Flughafenbus

übernommen, so daß die RTW für ihre eigentlichen Einsatzzwecke weiter verfügbar waren.“ Der Zugführer des Sanitätszuges der Johanniter, die eine Verletzensammelstelle eingerichtet hatten, berichtet: „Alle Kräfte des SanZuges waren bei jedem neu eintreffenden Toten Augenzeuge dieses schrecklichen Szenarios. Und spontan verarbeitet ein jeder dieses Erlebnis anders.“ Nachdem klar ist, daß die Zahl der Verletzten nicht so hoch sein wird wie anfangs befürchtet, kommt der bis dahin in Bereitschaft gebliebene Sanitätszug nicht mehr zum Einsatz. Belastungen sind jedoch trotzdem vorhanden. Das stundenlange Warten zehrte an den Nerven der eingesetzten Helfer und wurde verschärft durch den ungünstigen Bereitstellungsraum neben der Totenablage.

„Der Zugführer ist für viele Kräfte am Einsatzort der Ansprechpartner für ihre ganz individuellen Proble-

me. Vom Hunger bis zum tränenreichen Aufarbeiten des Erlebten...! Ich erkannte noch am Flughafen die Notwendigkeit einer fachgerechten seelsorgerischen Nachbereitung des Einsatzes.“ Nicht nur die ehrenamtlichen Einsatzkräfte sind dieser Belastung ausgesetzt. Auch an den „Profis“ geht es nicht spurlos vorbei: „Ich denke, daß dieser Einsatz viele Eindrücke hinterlassen hat, positive und negative, die die Einsatzkräfte erst einmal verarbeiten müssen“, so ein hauptamtlicher Rettungsassistent.

## **Streßverarbeitung nach belastenden Ereignissen**

Noch in der Nacht stand ein Seelsorger für die Einsatzkräfte der Johanniter beim Kreisverband Düsseldorf zur Verfügung – bei über 100 eingesetzten Helferinnen und Helfern bei weitem nicht ausreichend. Weitere Angebote folgten im Laufe der folgenden Wochen. So gab es ein offizielles Debriefing der Berufsfeuerwehr am darauffolgenden Sonntag mit ca. 70 Teilnehmern, davon zwölf Johanniter, und eine organisationsinterne Gesprächsrunde am 29. April, an der acht Helfer teilnahmen. Das Gespräch wurde von Renate Zilian, Kreispastorin des Kreisverbandes Düsseldorf und Olaf Schaper, hauptamtlicher Pastor der Rheinischen Landeskirche für die Kirchliche Arbeit in Feuerwehr, Rettungsdienst und KatS, geleitet.

Die wesentlichen Eindrücke, die in dem Nachbearbeitungsgespräch zur Sprache kamen, waren die Hilflosigkeit des einzelnen, die Angst in der Einsatzsituation und, speziell bei diesem Einsatz „Flughafenbrand“, die eindrucksvolle Größe des Ereignisses. Es zeigte sich in diesem Debriefing, daß durch den bereits verstrichenen Zeitraum schon eine weitgehende Rationalisierung der Eindrücke eingesetzt hatte. Die unmittelbare Verarbeitung ist aber von größter Bedeutung und jeder Tag, der „ungenutzt“ verstreicht, macht die Aufarbeitung schwieriger und langwieriger.

## **Konsequenzen für die Zukunft**

Der Kreisverband Düsseldorf der Johanniter-Unfall-Hilfe hat inzwi-

schen daraus die Konsequenz gezogen und seinen Alarmplan ergänzt. In Zukunft ist auch eine Stufe „Helferbetreuung“ vorgesehen, die vom Leitungsdienst im Laufe des Alarms aufgebaut wird. Danach werden je nach Zahl der Einsatzkräfte auch entsprechende Kräfte zur Helferbetreuung unmittelbar im Einsatzgebiet sowie nach dem Einsatz zur Verfügung stehen.

## **Gesundheitsgefahren bei Großschadensfällen**

Inzwischen sind durch verschiedene Sachverständige immer neue Details zutage gefördert worden, die nun langsam ein Bild ergeben, welchen gesundheitlichen Gefahren die Einsatzkräfte in unterschiedlicher Intensität ausgesetzt waren. Von PVC-Kabelummantelungen war da die Rede und den giftigen Stoffen, die sich beim Verbrennen von PVC entwickeln. Dioxin, das Schreckgespenst seit dem Unfall in Seveso in aller Munde, wird genannt. Auch aus diesen Informationen ergibt sich die Erkenntnis, daß die Einsatzkräfte nach einem Auftrag, wie beim Flughafenbrand in Düsseldorf, nicht nur auf psychische sondern auch auf physische Folgen hin untersucht werden, um eventuellen Spätfolgen frühzeitig entgegenwirken zu können. Dabei kann es notwendig werden, daß mit jeder neuen Erkenntnis über Schadstoffe auch neue Untersuchungen fällig werden. Jeder neu gefundene Schadstoff führt ggf. zu neuen Streßreaktionen bei den Helfern. Auch diese müßten behandelt werden.

## **Wer finanziert die Seelsorge?**

Auch Seelsorge gibt es nicht zum Nulltarif. Den von der Kommune angeforderten Rettungskräften mußten die Kosten und eventuelle Folgekosten, wie Gesundheitschecks, aufgrund von tarif- und arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen von der Kommune erstattet werden. Diese Verfahrensweise erforderte gegenüber den Helfern des Katastrophenschutzes jedoch einige Zeit. Wie ist es sonst zu erklären, daß erst die intensiven Bemühungen des Kreisverbandes Düsseldorf dazu führten, daß inzwi-

schen zumindest die Helfer, die unmittelbar im Brandbereich eingesetzt wurden, eine Gesundheitsuntersuchung auf Kosten der Stadt Düsseldorf erhalten sollen. Auch aus diesem Grunde wird man sich für den Bevölkerungsschutz, der sowohl im Bereich Rettungsdienst als auch im Bereich Katastrophenschutz unter zunehmendem Sparzwang der öffentlichen Haushalte steht, neue Konzepte und Prioritäten überlegen müssen. Dabei werden die Johanniter nicht auf den großen Wurf der anderen warten, sondern im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nach eigenen kreativen Lösungen suchen, die vor allem den Menschen, das Opfer wie den Helfer, als Mittelpunkt haben.

## **Vorsorge als Vorbereitung**

Es war in diesem Bericht viel von Nachsorge die Rede. Ein wichtiger Einflußfaktor für das Ausmaß der Nachsorge ist jedoch besonders die Vorsorge in Form der Vorbereitung von Helferinnen und Helfern auf das Einsatzgeschehen. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Entwicklung langfristiger Strategien und Ausbildungskonzepte für die Bereiche Krisenintervention / Kriseninterventionsteams und Streßbearbeitung vor, während und nach belastenden Ereignissen.

(Andreas Hermens /  
Lothar Paul /  
Holger Gringmuth)



## **Menschen in Not zur Seite stehen.**

*Eine Aufgabe der Johanniter.  
Unterstützen Sie uns.  
Ihre Spende lindert Not.*

Spendenkonto: **43 43 43 43**  
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

**DIE  
JOHANNITER**





# Malteser übten sich in der Trinkwasseraufbereitung

### Geschulte Helfer-Teams stehen für den Katastrophenfall bereit

20 ehrenamtliche Mitarbeiter des Malteser-Hilfsdienstes waren vom 26. bis zum 28. April 1996 in Krefeld zu Gast, um sich zu Spezialisten für die Trinkwasseraufbereitung (TWA) ausbilden zu lassen. Sie gehören zwei neu aufgestellten TWA-Zügen der Malteser in Göppingen

und Erding bei München an. Bei ihren erfahrenen Krefelder Kollegen unter der Leitung von Lothar Berres und Mitarbeitern aus Augsburg lernten sie, wie man im Katastrophenfall ungenießbares Wasser in lebensnotwendiges Trinkwasser umwandelt. Die beiden Übungsanlagen nahmen

sie in ihre Heimatorte mit, um sie künftig eigenverantwortlich instandzuhalten.

Wenn der Malteser-Hilfsdienst zu plötzlich aufgetretenen Katastrophen gerufen wird, müssen gut geschulte Helfer-Teams mit einer funktionsfähigen technischen Ausrüstung innerhalb von Stunden zur Verfügung stehen. Die Trinkwasseraufbereitung gehört dazu, wenn die Infrastruktur vor Ort fehlt. Das war beispielsweise 1994 der Fall, als der internationale Malteser Hilfsverband ECOM (Emergency Corps of the Order of Malta) sich in Zaire für ruandische Flüchtlinge einsetzte. Die Verantwortung für die Wasserversorgung lag damals bei den Krefelder Maltesern.

Die beiden neu angeschafften Anlagen bereiten jede Art von Oberflächenwasser oder Grundwasser zu Trinkwasser auf – bis zu 10.000 Liter pro Stunde. Die Aufbereitung geschieht in bewährter Technik sowohl physikalisch durch Aktivkohle und Eisenchlorid als auch chemisch durch Kalk und Chlor. Das spezielle Anschwemm-Verfahren ermöglicht einen schnellen und effizienten Einsatz auch unter starkem Zeitdruck. In speziellen **Falt-Tanks** mit mehreren Kubikmetern Inhalt lässt sich das aufbereitete Trinkwasser speichern.

**Links:**  
Von der Wasserentnahmestelle wird das Rohwasser zu der auf dem Fahrzeug verlasteten Wasseraufbereitungsanlage gepumpt.

**Unten:**  
Spezielle **Falt-Tanks** dienen der Speicherung des Trinkwassers.



## Malteser für Verbot von Landminen

Landminen sind eine der grausamsten Waffengattungen. In Kriegsgebieten, oft nicht kartographiert verlegt, haben die mindestens 100 Millionen weltweit verlegten Minen



## 4. Malteser Fachkongreß für Rettungsanitäter und Rettungs- assistenten

Der 4. Fachkongreß für Rettungsanitäter und Rettungsassistenten findet am Samstag, dem 7. September 1996, an der Universität Bonn, Regina-Pacis-Weg, statt.

Die Kongreßkarten inklusive Mittagessen kosten im Vorverkauf 25 Mark, an der Tageskasse 30 Mark. Bestellungen und Rückfragen an: Malteser-Hilfsdienst e. V., Geschäftsstelle Bonn, Herrn Esser, Telefon (0228) 658003, Telefax (0228) 658007.

viele Landstriche in Kambodscha, Afghanistan, Angola, Somalia, Mosambik, Nicaragua und Bosnien unbewohnbar gemacht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden pro Jahr rund 100.000 Minen geräumt, während gleichzeitig zwei Millionen neu verlegt werden. Landminen stellen auch noch nach Jahren eine tödliche Bedrohung dar. Monatlich sterben 800 bis 1.200 Menschen durch Landminen, etwa die gleiche Zahl an Menschen werden schwer verletzt. Jedes vierte Opfer ist ein Kind.

Seit 1980 existiert ein Protokoll der UN-Konferenz über Landminen. Dieses Protokoll wurde bisher von nur 42 Staaten ratifiziert und ist mit keinerlei Sanktionsvollmachten ausgestattet. Deshalb soll dieses Instrument der Vereinten Nationen auf der im September dieses Jahres in Wien stattfindenden UN-Konferenz aktualisiert, verschärft und von einer weit größeren Zahl von Staaten unterzeichnet werden.

Der Initiativkreis für das Verbot von Landminen, dem zahlreiche

kirchliche und nichtkirchliche Hilfsorganisationen, beispielsweise der Deutsche Caritasverband, Misericord und Brot für die Welt angehören, will den in Politik und Öffentlichkeit vorhandenen Konsens zur Ächtung von Minen stärken und politisch umsetzen helfen. In Gesprächen mit Regierungsvertretern und Bundestagsabgeordneten aller Parteien brachte der Initiativkreis seine Forderungen vor. Für den Erfolg der Kampagne ist die Unterstützung vieler Verbände, Organisationen und Einzelpersonen notwendig. Der Malteser-Hilfsdienst solidarisiert sich mit diesem Initiativkreis und unterstützt die Kampagne für das Verbot von Landminen vorbehaltlos.

## Flughafen Düsseldorf: 120 Malteser im Einsatz

120 Malteser aus Düsseldorf und den umliegenden Kreisen waren vom Nachmittag des 11. April 1996 bis in die Morgenstunden des Folgetags beim Brand im Düsseldorfer Flughafen im Einsatz. Um 16.05 Uhr kam die erste Alarmierung, bald darauf die Vollalarmierung der Malteser. Um 16.40 Uhr waren alle Rettungsmittel der Düsseldorfer im Einsatz, wenig später auch die der Nachbarkreise. Die Malteser, unter ihnen fünf Malteser Notärzte, richteten weiterhin eine Betreuungsstelle für Angehörige und Betroffene ein. Matthias Wirtz, Düsseldorfer Geschäftsführer der Malteser, koordinierte als Mitglied des „Stabs Außergewöhnliche Ereignisse“ Rettungsdienst, Betreuung und Versorgung. Erst nach Mitternacht konnten die Malteserhelfer, die hohen psychischen Belastungen ausgesetzt waren, schrittweise abgezogen werden. Ein Kriseninterventionsteam der Malteser zur psychologischen Betreuung der Betroffenen stand in Bereitschaft und wurde in den Folgetagen zur Nachsorge der Einsatzkräfte eingesetzt.

## Malteser- Hilfsdienst in Chile gegründet

Als erster Malteser-Hilfsdienst in Lateinamerika wurde jetzt in Santiago de Chile der „Auxilio Maltés“ ins Leben gerufen, um dort das Dach für die laufenden und künftigen Malteser Aktivitäten zu bilden. Gründer der neuen Organisation sind die chilenische Assoziation des Souveränen Malteser-Ritterordens und der deutsche Malteser-Hilfsdienst. Präsidentin wurde die in Chile ansässige Alexandra Habsburg Riese, Erzherzogin von Österreich.

Die Gründung von „Auxilio Maltés“ ist Ausdruck langjähriger Bemühungen der chilenischen und deutschen Malteser um eine Verbesserung der medizinischen und sozialen Situation der ärmeren Bevölkerungsschichten. Aus Deutschland kam dazu bereits in der Vergangenheit tätige, ideelle und finanzielle Hilfe. An den Gründungsfeierlichkeiten in Santiago nahm eine Delegation des Malteser-Hilfsdienstes unter Leitung von Vizepräsident Dr. Erich Prinz von Lobkowitz teil.

C  
O  
M  
M  
E  
B  
A  
C  
K

Gerade bei Unfällen oder Erkrankungen im Ausland gibt es häufig Probleme. Dann übernimmt der Rückholdienst bei medizinischer Notwendigkeit den Krankentransport. Sicherheit weltweit. Steigen Sie ein. Werden Sie Mitglied bei den Maltesern.



Malteser  
Hilfsdienst

Generalsekretariat  
Kalker Hauptstr. 22-24  
51103 Köln  
Tel. (02 21) 98 22-01  
Fax (02 21) 98 22-399

Thomas Spilker

# Regie nimmt Querschnittsaufgaben wahr

## Katastrophenschutz der Stadt Essen im Blickpunkt

Kräfte bündeln, Ressourcen nutzen, Aufgaben strukturieren – das sind die Erwartungen, die der Gesetzgeber an den zukünftigen Katastrophenschutz stellt. Bereits 1993 begann der Bund, aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage, den erweiterten Katastrophenschutz umzustellen. Aus diesem Grunde mußte auch für die Einheiten der Regie A der Stadt Essen ein neues Konzept entwickelt werden.

Unter Beteiligung des Institutes für Zivile Vorsorgeplanung, Stadtamt 37.9, der Feuerwehr, Stadtamt 37, und der ehrenamtlichen Bereitschaftsführung der Regie wurden verschiedene Modelle erarbeitet und diskutiert. Zielvorgabe war die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit der Regieeinheit entsprechend den Bedürfnissen der Katastrophenschutzleitung einer Großstadt mit 600.000 Einwohnern. Gleichzeitig galt es aber auch, daß vorhandene ehrenamtliche Potential zu erhalten und zu fördern.

Mit Wirkung vom 1. April 1996 konnte dann die Neukonzeption der Regie A umgesetzt werden, da erstens die Neukonzeption des Bundes die Mitwirkung von in Regie aufgestellten Fachkomponenten weiterhin vorsieht und zweitens das Land NRW in den Entwürfen zur Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes zur Aufgabenwahrnehmung durch die Kreise die Regieeinheiten ausdrücklich nennt.

Aus den bisherigen Einheiten, die eine Sollstärke von 130 Helfern in zwei Besetzungen aufwiesen, wobei der Bund 67 Verstärkungshelfer finanziert hat, wurde eine Kommunikations- und Logistikeinheit mit folgenden Modulen aufgebaut.



Bild 1: Kommunikations- und Logistikeinheit.

### Führungsmodul

1/0/1/2

Das Führungsmodul, bestehend aus dem Bereitschaftsführer und einem Fernmeldehelfer, hat die Aufgabe der Einsatzleitung und Koordinierung der Regieeinheit. Insbesondere wird durch das Führungsmodul enger Kontakt zur Katastrophenschutzleitung gehalten, um beratend bei Kommunikations- oder Logistikfragen zur Verfügung zu stehen. Ebenfalls entscheidet die Bereitschaftsführung über die Wahrnehmung weiterer Querschnittsaufgaben zum Beispiel bei außergewöhnlichen Ereignissen.

### Fernmeldemodul KSL

0/1/3/4

Das Fernmeldemodul KSL besteht aus einem Gruppenführer sowie drei Fernmeldehelfern. Aufgabe ist die personelle Besetzung der Fernmeldezentrale und die Errichtung und der Betrieb der Kommunikationsmittel zwischen KSL und TEL bzw. der Einsatzleitungen, Erarbeitung und Vorschlag der Gliederung des Funk- und Fernmeldenetzes.

### Fernmeldemodul TEL

1/3/9/13

Das Fernmeldemodul TEL besteht aus einem Zugführer, einem Gruppenführer, zwei Truppführern und neun Fernmeldehelfern. Aufgabe ist die Herstellung der Betriebsbereitschaft der Technischen Einsatzleitung – Führungskraftwagen und Fernmeldekraftwagen –, der Aufbau und das Betreiben des Bereitstellungsraumes, die Errichtung und der Betrieb der Kommunikationsmittel zwischen Führung, TEL und Einheiten, Erarbeitung und Vorschlag der Gliederung des Funk- und Fernmeldenetzes für den nachgeordneten Bereich der TEL.

### Logistik / Verpflegung

-/2/7/9

Das Logistik- und Verpflegungsmodul besteht aus einem Gruppenführer (Qualifikation Koch), einem Truppführer und sieben Helfern. Die Helfer verfügen über eine Ausbildung als Koch, Metzger etc. bzw. handwerklichem Beruf. Aufgabe ist die Organisation der Versorgung bei längerandauernden Einsätzen für Einsatzkräfte und Führung ein-



schließlich der KSL mit Speisen und Getränken. Organisation und Betrieb eines zentralen Transportsystems.

Es ist anzumerken, daß die AMAS mit dem Auslaufen der Verpflichtungszeiten der Helfer aufgelöst wird, die Aufgabe wird vom ABC-Dienst (Regie B) übernommen.

Da die Regie A weiterhin in zwei Besetzungen geführt wird, ergibt sich eine Stärke von 56 Helfern, die insgesamt aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Durch verstärkten Technikeinsatz (z. B. Funkmeldeempfänger) kann die enorme Personalreduzierung teilweise aufgefangen werden. Die verstärkte Motivation der Helfer wird dazu führen, daß der taktische Einsatzwert der Regie erhalten bzw. verbessert werden kann.

Durch die Gespräche im Vorfeld der Umstrukturierung wurde mit der Feuerwehr vereinbart, daß durch das Logistik- und Verpflegungsmodul die Versorgung der Einsatzkräfte der Feuerwehr bei Großsätzen sichergestellt wird.

Durch die Beteiligung bei Einsätzen werden die Helfer für ihre Aufgaben stärker sensibilisiert, die Leistungsbereitschaft gestärkt und das Selbstwertgefühl gesteigert. Alle Vorgänge innerhalb der Regie A, die Ausbildung und Organisation betreffen, werden in der Führungsgruppe besprochen und vorbereitet. Auch hierdurch werden die Helfer motiviert, da die demokratische Transpa-



Bild 3: Führungsgruppe.

renz und die Chance zu effektiver Mitwirkung an Entscheidungen verbessert werden.

Entscheidend ist auch, daß durch die positive Einstellung der hauptamtlichen Mitarbeiter des Instituts für Zivile Vorsorgeplanung zur Regieeinheit eine bessere Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeit geschaffen wurde.

Die Bereitschaftsführung geht, obwohl über nachlassendes ehrenamtliches Engagement in vielen gesellschaftlichen Bereichen geklagt wird, zuversichtlich davon aus, daß auch in Zukunft Mitbürgerinnen und Mitbürger zum dauerhaften Mitmachen, auch ohne finanziellen Anreiz, motiviert werden können.

Neue Konzepte erfordern aber nicht nur eine progressive Einstellung zur Veränderung, sondern bedürfen auch der entsprechenden Finanzausstattung. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen mußten

auch hier neue Wege beschritten werden. So wurde bereits Anfang 1995 der Verein zur Förderung des Katastrophenschutzes in Essen e. V. gegründet. Ziel ist die Förderung der Einsatzfähigkeit, Ausstattung und Ausbildung der Helfer. So können die Helfer ergänzend mit Ausbildungs- und Schulungsmitteln versorgt werden, die Ausstattung komplettiert und Beiträge zu sportlichen Aktivitäten und zur Pflege des gesellschaftlichen Kontaktes geleistet werden. Die benötigten Gelder werden durch Beiträge und Spenden aufgebracht.

Mit einem „Tag der offenen Tür“ konnte dann auch die Regieeinheit der Stadt Essen am 4. Mai ihr 30jähriges Bestehen feiern. Neben den Sanitätsorganisationen nahmen auch das THW, der BVS und die Feuerwehr an den Feierlichkeiten teil. Damit wurde der Grundstein für eine zukünftige verstärkte Zusammenarbeit des Rettungsdienstes, Brandschutzes und des Katastrophenschutzes als umfassendes, gemeinsames Hilfeleistungssystem gelegt.



Bild 2: FüKom und ELW.

#### ARKAT-LV Nordrhein-Westfalen im INTERNET

Die Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen e.V. (Sitz: Moers) ist jetzt auch unter der Adresse

**0284531770@t-online**

in den modernen Medien erreichbar.



## Niedersachsen



### THW-Schnelleinsatzgruppen konnten Einsatzaufkommen steigern

**Ronnenberg.** Die Schnelleinsatzgruppen des THW-Ortsverbandes Ronnenberg konnten im ersten Halbjahr 1996 bereits elf Einsätze verzeichnen. Das Einsatzaufkommen des Vorjahres wurde somit zur Jahresmitte schon übertroffen. Innerhalb des Ortsverbandes wurden 1992 die SEG-Ortung und die SEG-Bergung mit den Einsatzaufgaben Technische Hilfe, Räumen und Gefahrgut aufgestellt. Die Einsatzstatistik belegt die Aktivitäten der Ronnenberger THW-Helfer:

➤ Bereits in der ersten Woche des neuen Jahres mußte von der SEG-Bergung zusammen mit dem THW-OV Wunstorf an der Autobahn 2 ein Tankstellendach abgestützt werden, nachdem ein Reisebus aufgrund von Eisglätte mehrere Zapfsäulen und eine Dachstütze gerammt hatte.

➤ Die SEG-Ortung wurde mit ihren Spürhunden zu einer großangelegten Personensuche im ausgedehnten Waldgebiet des Deisters alarmiert. Weitere Suchtrupps wurden von Teilen der Technischen Züge aus Springe und Ronnenberg sowie Feuerwehr und DRK gebildet.

➤ Vermutlich aufgrund von Brandstiftung brannten ca. 20 Rundstrohhallen am Mittellandkanal. Auf Anforderung der Feuerwehr wurde das Brandgut von der SEG-Bergung zum Ablöschen über eine größere Fläche verteilt.

➤ Auf der Autobahn 7 brannte ein Lastzug, der mit 40 Tonnen Lebensmittel beladen war. Zum Entladen der teilweise noch brennenden Ladung im Rahmen der Nachlöscharbeiten unterstützte die SEG-Bergung die Feuerwehr.

➤ In Lehrte hatte sich auf einem Betriebshof ein über 4000 Kubikmeter großer Rindenmulchhaufen

selbst entzündet. Die Löscharbeiten erstreckten sich über drei Tage. Durch die SEG-Bergung wurde das Brandgut mit dem Bergungsräumgerät umgeschichtet und auf einer größeren Fläche verteilt.

➤ Auf dem Rangierbahnhof in Seelze war in einem Container ein 200 Liter fassendes Chemikalienfaß undicht geworden. Nach der Bergung des Fasses unterstützte die SEG-Bergung die Bahnfeuerwehr beim Umladen von insgesamt 67 Fässern.

➤ Aufgrund von Selbstentzündung brannte in Langenhagen ein Sammelplatz für Grünabfälle. Damit die Feuerwehr die Schwelbrände restlos ablöschen konnte, wurde die SEG-Bergung zur Unterstützung angefordert.

➤ Am 1. Mai wurde von Atomkraftgegnern ein ca. 35 Meter hoher Gittermast einer Hochspannungsleitung angesägt, so daß er auf die Gleise einer Hauptstrecke der Bahn AG stürzte. Ein weiterer Mast drohte ebenfalls umzustürzen. Neben der Feuerwehr Wunstorf, der Bahnfeuerwehr Hannover und der Berufsfeuerwehr Hannover waren vom THW-OV Ronnenberg die SEG-Bergung sowie die Fachgruppe Räumen und vom THW-OV Wunstorf der Technische Zug mit der Fachgruppe Infrastruktur mehr als zehn Stunden im Einsatz.

➤ Im Rahmen des Frühjahrshochwassers der Leine mußten an den Deichanlagen im Bereich der Wilkenburger Teiche in Hemmingen an drei Stellen Sicherungsarbeiten mit Sandsäcken durchgeführt werden. Die Deichbruchstellen waren teilweise nur mit Booten erreichbar.

Nächtlicher Einsatz in Seelze: Die noch schwelenden Altpapierballen werden zum Ablöschen auf der Fläche verteilt.

(Foto: Rodeck)

Die SEG-Bergung wurde durch mehrere Bergungsgruppen der anderen Ortsverbände des Geschäftsbereiches Hannover unterstützt.

➤ Zur Suche eines vermißten Kindes im Stadtgebiet Hannover wurden von der Polizei die Hunde der SEG-Ortung angefordert. Neben Suchtrupps der Feuerwehr war auch eine Rettungshundestaffel des DRK im Einsatz.

➤ In Seelze brannte ein mit 40 Tonnen Altpapier beladener Lastzug, der in einem Wohngebiet abgestellt war. Der teilweise noch brennende Anhänger wurde durch die SEG-Bergung auf einen Parkplatz geschleppt. Die schwelende Ladung wurde vom Bergungsräumgerät und vom Kipper auf dem Parkplatz entladen und zum endgültigen Ablöschen durch die Feuerwehr verteilt.

Außerdem waren drei Fehlalarmierungen zu verzeichnen. Die SEG-Bergung wurde zu einem vermeintlichen Gefahrgutunfall alarmiert, die ausgelaufene Flüssigkeit entpuppte sich jedoch als Tauwasser. Die SEG-Ortung brauchte bei zwei Alarmierungen nicht mehr auszurücken, da die vermißten Personen bereits gefunden waren.

Die Gründung der Schnelleinsatzgruppen Bergung und Ortung hat sich im THW-Ortsverband Ronnenberg sehr positiv auf die Einsatzzahlen ausgewirkt. Die gestiegenen Anforderungen an die ehrenamtlichen Helfer sind motivationsfördernd. Auch die Akzeptanz des Technischen Hilfswerks bei den Feuerwehren und den anderen Hilfsorganisationen konnte in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden.

B. R.



## Europäische Gefahrenerfassungs- und Warnsysteme in der Diskussion

Auf der Juni-Tagung der internationalen Warndienst-Experten in Snekkersten, 38 Kilometer nördlich von Kopenhagen, wurden Möglichkeiten künftiger, gemeinsamer Übungen mit neuen NATO-Kooperationspartnern aus Armenien, den baltischen Staaten Lettland und Litauen, Polen, Rumänien, der Russischen Föderation sowie Slowenien, Tschechien und Ungarn erörtert und abgestimmt.

Einigkeit wurde erzielt, die internationale Warndienstübung INTEX '97 gemeinsam auch mit Kooperationspartnern der NATO vorzubereiten und, soweit wie möglich, durchzuführen. Hierzu wurde die Unterstützung des NATO-Hauptquartiers in Brüssel erbeten. In Dänemark und Deutschland laufen Überlegungen, die erforderlichen Vorbereitungs- und Einweisungseminare anzubieten. Der aus Brüssel teilnehmende Vertreter der NATO sagte eine schnelle Überprüfung der derzeitigen Unterstützungsmöglichkeiten der NATO zu.

Die Frage der Anpassung der Verfahren bei der künftigen internationalen Zusammenarbeit war ebenfalls Gegenstand der Besprechungen. Ein mit großer Aufmerksamkeit verfolgter Beitrag wurde dazu von dem Vertreter des Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) geliefert.

Über den neuesten Stand von Forschungsvorhaben im Bereich der

Erfassung von und der Warnung vor Gefahren der Radioaktivität berichteten Vertreter aus Dänemark, Deutschland, England (einschließlich der Delegierten aus Guernsey und Jersey), Griechenland, Italien, Kanada, Luxemburg, Norwegen und Portugal. Die Aktivitäten und Möglichkeiten eines Austausches von Meßdaten zur Umweltradioaktivität innerhalb der Staaten der Europäischen Union und auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen darüber hinaus mit anderen – vor allem auch angrenzenden osteuropäischen – Staaten wurden von einem Vertreter des Bundesamtes für Strahlenschutz, Deutschland, aufgezeigt.

Die Leistungsfähigkeit von Fachfirmen aus Dänemark im Bereich der Warn- und Informationstechnik präsentierte sich eindrucksvoll in einer Ausstellung und in speziellen Vorträgen. Hierzu waren Ausstattungsstücke zu besichtigen – angefangen von einem aufblasbaren Zelt und einem Dekontaminierungskraftfahrzeug mit eigener Feldbeleuchtung bis zum Generator im luftverlastbaren Container. Die Vorführung umfaßte ein weites und interessantes Spektrum. Auf Schautafeln wurde eindrucksvoll über erfolgreiche Einsätze u. a. aus dem ehemaligen Jugoslawien berichtet.

Die Federal Emergency Management Agency (FEMA) der USA zeigte in einem Videofilm die einzelnen

Maßnahmen ihrer Einsätze vor und bei Flutkatastrophen, Waldbränden sowie Erdbeben; Gefahren, die die Bevölkerung jederzeit unerwartet bedrohen können.

Die erfolgreiche Tagung bekräftigte den ausgeprägten, z. T. aber nicht ganz einfach zu realisierenden Willen benachbarter Staaten zur gegenseitigen Unterstützung bei Gefahren, die der Bevölkerung auf dem Gebiet der Radioaktivität, der Chemie oder anderer grenzüberschreitender Schadensereignisse drohen. Eine Koordinierung der Bemühungen auf den verschiedenen Ebenen und unter den verschiedenen internationalen Organisationen ist daher geboten. Sie wird eine Herausforderung für die nahe Zukunft sein.

## 25 Jahre freiwilliger Helfer im Warnamt I

Reinhard Schwabedissen, freiwilliger Helfer im Warnamt I, wurde während der Übung MAYEX '96 durch den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Helmut Schuch, für 25jährige Mitarbeit geehrt.

Schon als Gymnasiast verpflichtete er sich als Helfer beim Warnamt I. Er übernahm zunächst Tätigkeiten im Fernmeldebetrieb und in der ABC-Auswertung. Da Schwabedissen hauptberuflich im pädagogischen Bereich tätig ist, konnte er zeitweilig auch als hauptamtlicher Ausbildungsleiter im Warnamt I seine entsprechenden Qualitäten beweisen.

Bei internationalen Übungen ist er nunmehr seit Jahren Verbindungskraft im Ausland. Als Vertreter des Warndienstes der Bundesrepublik hat er sich dabei Wertschätzung und hohe Anerkennung erwerben können. Das Warnamt I hat in Schwabedissen einen bewährten und hervorragenden Mitarbeiter, der 25 Jahre freiwillige verdienstvolle Arbeit für die Gemeinschaft geleistet hat. Die Belegschaft des Amtes wünschte dem Jubilar noch viele Jahre engagierter Zusammenarbeit.



Die Warndienst-Experten stellen sich dem Fotografen.

## Bayern: Neues KatS-Gesetz

„Ein moderner Katastrophenschutz setzt zeitgemäße und zukunftsorientierte Rechtsgrundlagen voraus. Die Regelungen des alten Katastrophenschutzgesetzes aus dem Jahre 1970 haben sich zwar im Grundsatz bewährt, allerdings müssen sie in einzelnen Punkten aktualisiert und fortgeschrieben werden. Ziel des neuen Gesetzes ist es, klare, den heutigen Anforderungen entsprechende Voraussetzungen für eine sachgerechte Bewältigung von Katastrophen und schweren Schadensereignissen zu schaffen“, sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Bayerischen Senats zum Gesetzentwurf zur Neufassung des Katastrophenschutzgesetzes. Der Minister wies insbesondere auf folgende neuen Regelungen hin:

1. Sowohl bei Katastrophen als auch bei schweren Schadensereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle werden Rechtsstellung, Aufgaben und insbesondere Weisungsbefugnis des Örtlichen Einsatzleiters erstmals näher geregelt. Dabei wird auch der Einsatz von Örtlichen Einsatzleitern für schwere Schadensereignisse unterhalb der Katastrophenschwelle vorgesehen. Die Praxis zeigt, daß gerade bei größeren Schadensereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle, etwa bei Massenunfällen auf der Autobahn oder Unglücken in Industriebetrieben, die erforderlichen Leitungsmaßnahmen vor Ort sofort ergriffen werden müssen.

2. Künftig soll eine gesetzliche Verpflichtung der Krankenträger bestehen, Alarm- und Einsatzpläne aufzustellen, die insbesondere organisatorische Maßnahmen zur Ausweitung der Aufnahme- und Behandlungskapazität vorsehen. Weiterhin werden alle Krankenträger verpflichtet, Notfallpläne für Schadensereignisse innerhalb des Krankenhauses aufzustellen.

3. Betreiber von Anlagen und Einrichtungen mit besonderem Gefahrenpotential werden erstmals zur Mitwirkung im Katastrophenschutz verpflichtet. Sie haben bei Alarm- und Einsatzplänen mitzuarbeiten

und sich an Katastrophenschutzübungen zu beteiligen.

Der Gesetzentwurf sieht auch Maßnahmen gegen den sogenannten Katastrophentourismus vor. „Traurige Erfahrungen der letzten Hochwasserkatastrophen haben gezeigt, daß immer wieder Schaulustige die Einsatzkräfte behindern und die Hilfeleistung erheblich verzögern“, so Beckstein. Die Katastrophenschutzbehörde soll daher die Befugnis zur Platzverweisung und Räumung des Schadensgebietes erhalten. Die Befugnis kann durch die Örtlichen Einsatzleiter und in Eilfällen auch durch beauftragte Einsatzkräfte ausgeübt werden. Schaulustige, die die Anordnungen zur Räumung des Schadensgebietes nicht befolgen, müssen mit Bußgeld bis zu 10.000 DM rechnen.

## Vereinbarung zum Katastrophenschutz

Am 20. März 1996 wurde anlässlich des Moskaubesuches von NATO-Generalsekretär Javier Solana zwischen der NATO und dem russischen Ministerium für Zivilverteidigung, Notfälle und die Beseitigung von Schäden aufgrund von Naturkatastrophen eine Vereinbarung über zivile Notstandsplanung und Katastrophenschutz unterzeichnet.

Die Vereinbarung wurde von Javier Solana und dem zuständigen russischen Minister, Sergei K. Schoigu, im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden unterzeichnet. In dieser Vereinbarung wird die Verpflichtung der Russischen Föderation festgehalten, mit den NATO-Mitgliedstaaten eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes aufzubauen. Zudem hebt die Vereinbarung hervor, daß sich sowohl die NATO als auch die Russische Föderation im Fall einer Naturkatastrophe oder einer von Menschen verursachten Katastrophe (einschließlich grenzüberschreitender Folgen eines technischen Störfalles) nachdrücklich für den Schutz der Bevölkerung einsetzen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, daß die enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Russischen Föderation mit dem Ziel, die internationalen Mechanismen der Katastrophenhilfe zu verbessern, fortgeführt wird. In diesem Zusammenhang kamen das zuständige russische Ministerium und die NATO überein, ihre Bemühungen zur Unterstützung der Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu verstärken und insbesondere weiterhin das Projekt „Einsatz von Mitteln der militärischen und zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe“ der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für humanitäre Angelegenheiten aktiv zu unterstützen. In diesem Bereich setzen die NATO und das zuständige russische Ministerium ihre aktive militärische und zivile Zusammenarbeit im Rahmen verschiedener Katastrophenhilfeübungen fort, die im Zusammenhang mit der Partnerschaft für den Frieden und unter der Ägide der Vereinten Nationen durchgeführt werden.

Auf der Grundlage der Arbeit des NATO-Ausschusses für Zivilschutz und der NATO-Richtlinien für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe in Friedenszeiten sowie unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Aktivitäten der Russischen Föderation haben die NATO und das zuständige russische Ministerium vereinbart,

- die Unterstützung für die praktische Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe auf den Gebieten Katastrophenschutz, Warn- und Meßsysteme sowie Bekämpfung der Folgen zu beschleunigen, wobei der Schwerpunkt auf der vorbeugenden Planung liegen soll;

- wie im Arbeitsprogramm der PFP und im Individuellen Partnerschaftsprogramm der Russischen Föderation vorgesehen, weiterhin Seminare, Arbeitstagungen und Übungen zu unterstützen und an ihnen teilzunehmen, um die Fähigkeit zu Einsätzen auf den Gebieten Such- und Rettungsmaßnahmen sowie humanitäre Operationen auszubauen;

- bei der Erarbeitung von Regelungen zur Beschleunigung und Erleichterung der internationalen Katastrophenhilfe zusammenzuarbeiten.

Schließlich wurde vereinbart, 1997 in der Russischen Föderation eine Tagung des NATO-Oberausschusses für zivile Notstandsplanung (SCEPC – Senior Civil Emergency Planning Committee) mit allen Kooperationspartnern zu veranstalten, um so auch in Zukunft das beiderseitige Bekenntnis zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Notstandsplanung, einschließlich des Katastrophenschutzes sowie der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen, zu fördern und die Bedeutung dieses Themas zu unterstreichen. Auf dieser Tagung des SCEPC, der ersten, die in einem Partnerstaat stattfindet, werden sich die nationalen Leiter der Einrichtungen für die zivile Notstandsplanung in den NATO-Staaten und ihren Partnerländern auf praktische, konkrete Maßnahmen für die weitere Zusammenarbeit konzentrieren.

(Quelle: Nato-Brief Nr. 3)

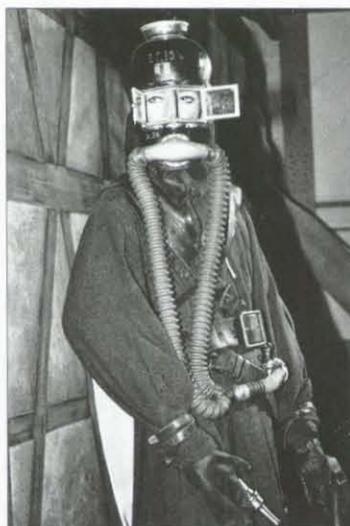
## EU würdigt Kooperation mit deutschen Hilfsorganisationen

Unparteilichkeit und hohe Einsatzbereitschaft zeichne die deutschen Hilfsorganisationen aus, stellen Vertreter des Amtes der Europäischen Gemeinschaft für humanitäre Hilfe (ECHO) kürzlich in Bonn fest. Der Anlaß dieser Anerkennung war die Herausgabe einer Broschüre, in der Projekte von 13 deutschen Organisationen, die vom Amt der Europäischen Gemeinschaft für humanitäre Hilfe (ECHO) finanziert wurden, vorgestellt werden. 25 deutsche Nichtregierungsorganisationen führten 1995 mit finanzieller Unterstützung von ECHO humanitäre Hilfsaktionen durch, darunter die Deutsche Welthungerhilfe, Caritas International und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).

Obwohl Deutschland etwa 28 Prozent des ECHO-Haushaltes finanziert, fließen nur ca. acht Prozent der verfügbaren Mittel an deutsche Nichtregierungsorganisationen zurück.

## Ausstellung „Wasser marsch“

Bis zum 31. Dezember 1996 ist in Nürnberg im „Centrum Industriekultur“ die Ausstellung „Wasser marsch“ zu sehen. Auf 1.200 qm Fläche wird eindrucksvoll die Geschichte der Nürnberger Feuerwehr dargestellt. Vom mittelalterlichen Löscheimer über die Feuerspritze bis hin zum neuzeitlichen Feuerwehrfahrzeug reicht die Ausstellungspalette. Doch nicht nur das eigentliche Feuerlöschwesen wird dokumentiert, auch Exponate hinsichtlich der technischen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, wie z. B. verschiedene Ausrüstungsgegenstände zur Abwehr chemischer oder radioaktiver Stoffe, sind zu besichtigen.



Die Ausstellung „Wasser marsch“ gibt einen Einblick in die Geschichte der Nürnberger Feuerwehr.

## Naturkatastrophen: Tendenz steigend

Der seit Jahren von Wissenschaftlern der Münchener Rückversicherungsgesellschaft beobachtete Trend zu immer mehr und immer teureren Naturkatastrophen hat sich 1995 fortgesetzt. Die Größenordnung von Schäden infolge herausragender Naturkatastrophen, so eine

Studie der Gesellschaft, dürfte sich bis zum Ende dieses Jahrzehnts etwa verdoppeln.

1995 stiegen die volkswirtschaftlichen Gesamtschäden aufgrund von Naturkatastrophen weltweit auf 180 Mrd. US-Dollar, annähernd das Dreifache der bisherigen Rekordmarke von 1994, die selbst ohne das Erdbeben von Kobe (100 Mrd. US-Dollar) übertroffen worden wäre. Andererseits war die Versicherungsdichte im Großraum Kobe und in anderen betroffenen Regionen vergleichsweise gering, so daß 1995 die versicherten Schäden mit knapp 16 Mrd. US-Dollar weit unter den volkswirtschaftlichen Schäden lagen.

## Einsatzlenkung per Satellit

Durch modernste Technologie kann die Feuerwehr Duisburg jetzt noch schneller und sicherer ihre Rettungs- und Notarztwagen einsetzen. Mit der Kombination von Datenfunk und der Hard- und Software „A2“ plant und steuert die Feuerwehr künftig den Einsatz ihrer Rettungsfahrzeuge bereits am Bildschirm.

Fast alle Berufsfeuerwehren disponieren heute ihre Einsätze per Einsatzleitreechner. Allerdings sind die statisch vordefinierten Zuständigkeitsbereiche dabei ebenso ein Nachteil wie die fehlenden Informationen über den aktuellen Standort eines Einsatzfahrzeuges.

Dieses Manko besteht bei der Duisburger Feuerwehr nun nicht mehr. Der vorhandene Einsatzleitreechner wurde um die Komponenten Visualisierung und Anbindung zum Datenfunknetz der GfD – Gesellschaft für Datenfunk mbH – und Digitalalarm erweitert.

Von 100 Fahrzeugen sind bereits 30 Fahrzeuge des Rettungsdienstes (Krankentransportwagen, Rettungswagen, Notarztwagen) mit einem Bordcomputer und Funkmodem sowie mit GPS (Global Positioning System) zur Ortung ausgestattet. Über GPS-Ortung werden die Standortkoordinaten des Fahrzeuges ermittelt und durch das Datenfunknetz der GfD der Leitstelle zur Verfügung gestellt. Die Kommunikation zwi-

sehen Fahrzeug und Einsatzleitzentrale wird über die dort installierte Software „A2“ gesteuert.

Ab sofort kann nun der Disponent in der Einsatzzentrale via Bildschirm das Fahrzeug alarmieren, das dem Einsatzort am nächsten ist. Darüber hinaus kann er mit einem Blick auf dem Kartenausschnitt am PC feststellen, ob dieses Fahrzeug durch Hindernisse, wie beispielsweise Autobahnen oder Gewässer, Umwege fahren muß. In diesem Fall kann ein anderes Rettungsfahrzeug in der Nähe des Unfallortes alarmiert werden.

Die Rettungsfahrzeuge werden vom Einsatzleitrechner über das Datenfunknetz mit Daten über ihren Einsatz informiert. Dazu gehören zum Beispiel Adressen, Informationen über Unfallgeschehen und -ausmaß sowie der Grund des Einsatzes. Im Fahrzeug werden diese Informationen auf dem Display des Bordcomputers angezeigt und mit einem akustischen Alarmsignal angekündigt.

Eine ständige Erreichbarkeit des Einsatzpersonals – auch außerhalb des Fahrzeuges – ist zusätzlich durch ein personengebundenes Rufsystem (Digitalalarm) gewährleistet. Auch die Meldeempfänger des Rufsystems verfügen über ein Display, auf dem die wichtigsten Daten zum Einsatzort angezeigt werden.

Die Feuerwehr Duisburg plant, nahezu alle Einsatzfahrzeuge über Datenfunk mit der Leitstelle zu verbinden.

## Bayern: Befugnisse für Feuerwehr und THW erweitert

„Mitglieder der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks (THW) sollen künftig unter bestimmten Voraussetzungen an Einsatzorten und beispielsweise bei Sport-, Brauchtums- oder kirchlichen Veranstaltungen auch den Verkehr regeln dürfen, soweit keine ausreichenden Polizeikräfte zur Verfügung stehen“, betonte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich der Einbringung des Entwurfs eines

Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen im Bayerischen Landtag. In der Praxis übernehmen Mitglieder der Feuerwehr und des THW zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des öffentlichen Verkehrs bereits häufig die Verkehrsregelung an Einsatzstellen und bei Veranstaltungen. Das wird von den Verkehrsteilnehmern auch weitgehend akzeptiert. Eine Rechtsgrundlage für solche Tätigkeiten fehlt jedoch bisher. Derzeit darf die Feuerwehr nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz nur das Betreten einer Schadensstelle einschließlich ihrer Umgebung, also auch auf öffentlichen Straßen, verbieten und Personen von dort verweisen, falls sonst der Einsatz behindert würde. Die Regelung des Verkehrs, etwa durch die Aufstellung transportabler Verkehrszeichen, kann aber für die ordnungsgemäße Absicherung von Einsatzorten auch schon vor Eintreffen der Polizei erforderlich sein. Regensburger: „Deshalb sollen Feuerwehren und THW dazu die Befugnis erhalten. Diese soll außerdem zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Entlastung der Polizei auch auf die Verkehrsregelung bei Veranstaltungen erweitert werden. Zur Verkehrsregelung berechtigt sollen Führungsdienstgrade der Feuerwehr und Führungskräfte des THW oder von ihnen im Einzelfall beauftragte Mannschaftsdienstgrade oder Helfer sein. Die Feuerwehren können allerdings von der neuen Bestimmung nur Gebrauch machen, wenn das zuständige Gemeindeorgan zustimmt. Mehrkosten für die Kommunen als Träger der Feuerwehren oder die Gemeinden sind mit der neuen Bestimmung nicht verbunden.“

## GTZ startet Vorsorgeprojekt

Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) startet ein Pilotprojekt zur Katastrophenvorsorge in Zentralamerika, das einen weiteren Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der IDNDR in dieser Region leisten soll.

Die Länder Zentralamerikas sind in besonderem Maße von Naturkata-

strophen betroffen. Jedes Land dieser Region hat seine „nationale Katastrophe“ erlebt, die bis heute im gesellschaftlichen Bewußtsein fest verankert ist. Unmittelbar nach den Katastrophenfällen bauten die jeweils betroffenen Länder Strukturen der Katastrophenvorsorge auf. Aber häufig gingen diese Bemühungen nicht über politische Lippenbekenntnisse hinaus oder sie wurden bald durch Katastrophen politischer Art wie die Bürgerkriege in El Salvador und Nicaragua und die Konflikte in Guatemala überlagert. Hierdurch wurde die Arbeit zahlreicher Projekte zur Katastrophenvorbeugung erschwert.

Angeregt durch das Deutsche IDNDR-Komitee führte die GTZ 1993 eine Studie zum Katastrophenschutzmanagement in Nicaragua durch, an die sich im Oktober 1994 ein Seminar zur Vorbeugung vor Naturkatastrophen in diesem Partnerland des Deutschen IDNDR-Komitees anschloß. Ende vergangenen Jahres beauftragte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schließlich die GTZ mit der Durchführung des dreijährigen Pilotvorhabens, das eine von mehreren Initiativen der Katastrophenvorbeugung in dieser Region darstellt.

Mit dem Projekt wird angestrebt, die dezentralen Strukturen für die Vorbereitung auf den Katastrophenfall weiter zu stärken, indem Maßnahmen der Katastrophenvorsorge in den zentralamerikanischen Ländern identifiziert, erprobt und ausgewertet werden. Träger des Projektes ist eine länderübergreifende Institution der Katastrophenvorbeugung (CEPRENAC), die in allen sechs zentralamerikanischen Ländern aktiv ist.

Ziele des Pilotprojekts sind:

- Entwicklung von Katastrophenszenarien.
- Entwicklung von dezentralen Organisationsformen zur Stärkung des Selbsthilfepotentials im Katastrophenschutz.
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die potentiell betroffene Bevölkerung.
- Erfahrungsaustausch und Wissensvermittlung zwischen den einzelnen zentralamerikanischen Ländern.

## Notfallmedizin auf EU-Ebene

EU-Bürger haben nicht nur national gesehen Anrecht auf adäquate präklinische notfallmedizinische Versorgung bei einem akuten medizinischen Notfall. Die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission mit Sitz in Brüssel, bemühen sich in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen darum, daß der europaweite Rettungsdienst als Instrument einer vorgezogenen interdisziplinären Intensivmedizin eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvor- und -fürsorge, der allgemeinen Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge bleibt. Gesichert werden muß in jedem Falle die Einflußnahme ärztlichen Sachverständes.

Wenn in Europa gleichwertige Lebensverhältnisse angestrebt werden, dann ist auch ein gleich hohes präklinisches Versorgungsniveau mit einem europaweiten notfallmedizinischen Mindeststandard erforderlich. In Europa darf es nicht bei den derzeit bestehenden verschiedenen Standards zu einer Nivellierung kommen, sondern es muß eine Vereinheitlichung und Angleichung an bewährte notfallmedizinische Prinzipien stattfinden. Voraussetzung für eine adäquate Notfallversorgung sind:

- Unkomplizierte jederzeitige Alarmierungsmöglichkeiten für den Rettungsdienst (dichtes Alarmierungsnetz). Die Alarmierung für ein medizinisches Hilfeersuchen soll bei einer zentralen Anlaufstelle (Rettungsleitstelle) auflaufen.

- Jederzeitige, flächendeckende Vorhaltung von Rettungsdiensteinrichtungen.

- Kurze Hilfsfristen, die in Stadt und Land in gleicher Weise garantiert werden.

- Vorhaltung von qualifiziertem Personal und entsprechend ausgestatteten Rettungsmitteln.

Ein effektiver Rettungsdienst mit qualifizierter Versorgungsleistung ist nachweislich in der Lage, die Letalitätsrate und die medizinischen Folgeschäden von Notfallpatienten zu senken.

Folgende Forderungen sind für einen effizienten Rettungsdienst in Europa zu erheben:

1. Voraussetzung für eine effektive, präklinische Notfallmedizin ist die Einbeziehung von Ersthelfern, weshalb eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung gesichert sein muß.

2. Einführung einer flächendeckenden Hilfsfrist zwischen 10 und 15 Minuten, um ein gleich hohes präklinisches Versorgungsniveau garantieren zu können.

3. Einführung einer europäischen Notrufnummer 112, die als Anlaufstelle für das gesamte medizinische Hilfeersuchen zu etablieren ist.

4. Die Ausbildung des nicht-ärztlichen Personals im Rettungsdienst muß mit einem vergleichbaren Standard erfolgen, um eine Austauschbarkeit des Personals innerhalb der Staaten der EU zu ermöglichen (Gleichwertigkeit der Ausbildungsbescheinigung).

5. Obligate, adäquate ärztliche Einbindung in den Rettungsdienst, da auf Grund der medizinischen Notwendigkeit bei Notfallsituationen nur ein entsprechend qualifizierter Arzt mit notfallmedizinischer Erfahrung diese Aufgabe übernehmen kann.

6. Klares Bekenntnis zur Erarbeitung von europäischen Normen im Bereich der Rettungsmittel, wobei sich die technischen Standards insbesondere an gültigen medizinischen Standards orientieren müssen.

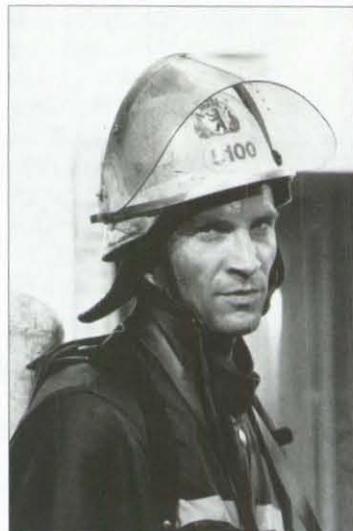
7. Schaffung von einheitlichen Fortbildungsrichtlinien für den Einsatz von Ärzten im Rettungsdienst, um Notfallpatienten in allen europäischen Ländern nach einem gemeinsamen notfallmedizinischen Standard zu versorgen.

8. Sicherung der Finanzierung des Rettungsdienstes einschließlich der präklinischen Versorgung.

(Quelle: Kommission der europäischen Gemeinschaft)

## „Alarmcode 112“

Mit „Alarmcode 112“ geht im September eine neue Serie des ZDF auf Sendung, bei der sich alles um die Männer und Frauen der Feuerwehr dreht. Im Brennpunkt des Geschehens steht eine Feuerwache im Herzen Berlins. Ob Feuer, Unfall oder Umweltschaden – in jedem Notfall heißt es für die Feuerwehr-



Bernhard Bettermann stellt in der neuen ZDF-Serie den Feuerwehrmann Konrad Sommer dar.

leute: alles riskieren. Um den Betroffenen zu helfen, setzen sie nicht selten ihr eigenes Leben aufs Spiel. Ihr Beruf, ihr Engagement und das Vertrauen, das sie genießen, macht sie zu Helden des Alltags. Aber feuerfest ist nur die Berufskleidung. Was persönliches Glück und private Katastrophen angeht, verläßt die Notfallspezialisten schon mal der Mut, und bei der ersten großen Liebe kann das Feuerwehrbeil genauso wenig helfen wie die Nummer 112.

Die neue ZDF-Serie entstand in enger Zusammenarbeit mit der Feuerwache Neukölln. Autor Rainer Berg begleitete mit den Schauspielern die Berliner Feuerwehrleute auf der Wache und bei ihren Einsätzen. Ein Team der Feuerwehr wiederum war bei jedem Einsatz dabei, der für die Serie realitätsnah inszeniert wurde.

Den Pilotfilm strahlt das ZDF am Montag, dem 23. September 1996, um 19.25 Uhr aus. Elf Folgen à 45 Minuten laufen ab dem 25. September jeweils mittwochs um 19.25 Uhr.

## TUIS – eine Hotline zum Know-how

„Das Transport-Unfall-Informationssystem TUIS der deutschen chemischen Industrie

hat mittlerweile seinen festen Platz im Gefahrenabwehrkonzept der Bundesländer gefunden“, sagte Dipl.-Ing. Volker Lambrecht, Vorsitzender des Arbeitskreises TUIS des Verbandes der chemischen Industrie (VDI) anlässlich der Vorstellung der Jahresbilanz 1995 in Düsseldorf.

Im vergangenen Jahr leisteten die TUIS-Werkfeuerwehren bei insgesamt 1200 Einsätzen bundesweit freiwillige Hilfe. Die Feuerwehr rückte in über 200 Notfällen aus. 60 mal half ein TUIS-Berater direkt vor Ort. Und in mehr als 900 Aktionen reichte eine telefonische Beratung aus.

Erstmals zog Lambrecht auch eine Zehnjahresbilanz: In insgesamt mehr als 9000 Fällen unterstützten die TUIS-Mitglieder die öffentlichen

Feuerwehren und die Polizei bei Transport- und Lagerunfällen mit Chemikalien. Davon wurde in 1800 Fällen umfassende Hilfe mit Mannschaft, Geräten und Fahrzeugen geleistet. Knapp 7000 Mal konnte TUIS telefonisch helfen und etwa 470 Mal erfolgte die Beratung vor Ort. Die telefonische Beratung war 1995 doppelt so hoch wie 1985, die Zahl der Einsätze der Werkfeuerwehr mit speziellem Gerät hat sich bis 1989 nahezu verdreifacht und blieb dann bis 1995 stabil. Diese Statistik belege, so Lambrecht, daß TUIS überall als eine kompetente Ansprechstelle, als Hotline zum Know-how, anerkannt und genutzt werde.

TUIS wurde vom VCI in enger Zusammenarbeit mit den Innenministerien der Länder initiiert, um in

Deutschland ein flächendeckendes, freiwilliges Hilffssystem bei Transport- und Lagerunfällen mit Chemikalien zu installieren. Diesem Hilffleistungssystem gehören rund 140 Chemieunternehmen aus den alten und neuen Bundesländern an.

Feuerwehr, Polizei und andere Behörden, aber auch die Deutsche Bahn AG, können bei Unfällen mit chemischen Produkten auf öffentlichen Verkehrswegen und anderen Bereichen sowie in akuten Gefahrensituationen Beratung, Fachleute und spezielle Geräte anfordern. TUIS bietet dazu rund um die Uhr über das ganze Jahr ein dreistufiges Hilffssystem von der telefonischen Beratung bis hin zur unmittelbaren technischen Hilfe durch Einsatzgeräte und speziell geschultes Personal der Werkfeuerwehr.

## Termine

**2. bis 5. September 1996:** Konferenz und Messe „Fire International 1996“  
Ort: Manchester (GB)

Info: FMJ International Publications Ltd, Queensway House, 2 Queensway, Redhill, Surrey RH1 1QS, UK

**6. bis 8. September 1996:** 150 Jahre Feuerwehr Trier

Info: Amt für Brand-, Zivilschutz und Rettungsdienst, Postfach 3470, 54224 Trier

**7. September 1996:** 4. Malteser Fachkongreß für Rettungssanitäter und -assistenten

Ort: Universität Bonn  
Info: Malteser-Hilfsdienst, Hochstadenring 43, 53119 Bonn

**9. und 10. September 1996:** Fachseminar „Abwehr von Umweltschäden durch freigesetzte Mineralöle und Chemikalien“

Ort: Koblenz  
Info: Dr. Wunderlich, Bundesanstalt für Gewässerkunde, Postfach 309, 56003 Koblenz

**11. und 12. September 1996:** Fachtagung „Bahnbetriebsunfall mit Brandfolge und erheblicher Gefährdung der Umgebung – Gefahrgutunfall Eisenbahn am 1.6.1996 in Schönebeck“

Ort: Heyrothsberge  
Info: BKS Heyrothsberge, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge

**24. bis 27. September 1996:** 10. Weltkongreß der Notfall- und Katastrophenmedizin (WCEDM)

Ort: Universität Mainz  
Info: Sekretariat Prof. Dr. Dr. h.c. W. Dick, Klinik für Anästhesie, Johannes-Gutenberg-Universität, Langenbeckstraße 1, 55131 Mainz

**28./29. September und 12. Oktober 1996:** Notfalldienst-Seminar „Akuter Notfall – Was tun?“

Ort: Bad Nauheim  
Info: Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung der Landesärztekammer Hessen,

med.-wiss. Abteilung, Carl-Oeemann-Weg 7, 61231 Bad Nauheim

**30. September bis 2. Oktober 1996:** 1. Gefahrgut- und Umweltschutztag Hamburg

Info: Landesfeuerwehrschule Hamburg, Bredowstraße 4, 22113 Hamburg

**11. bis 13. Oktober 1996:** Internationaler Notfallkongreß „INKA '96“ mit Fachausstellung

Ort: Aschaffenburg  
Info: Verband Deutscher Rettungsassistenten und -sanitäter e. V., Postfach 10 22 11, 63268 Dreieich

**12. Oktober 1996:** Fortbildung für den Rettungsdienst

Ort: Erlangen  
Info: Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Kreisverband Erlangen, Schenkstraße 166, 91052 Erlangen

**1. bis 6. Juli 1997:** 125 Jahre Berufsfeuerwehr Köln

Info: Berufsfeuerwehr Köln, Scheibenstraße 13, 50737 Köln

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**ecommed verlagsgesellschaft, Postfach 1752, 86887 Landsberg:** 10.–12.9. Tagung „Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“

**Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh:** 9.–11.9., 6.–8.11. Brandschutz-Seminare.

**Minimax GmbH, Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72574 Bad Urach:** 3.–6.9. Brandschutz-Praxis. 17.–20.9. Brandschutz-Technik. 22.–25.10. Baulicher und anlagentechnischer Brandschutz. 8.–11.10. Brandschutz-

Organisation. 5.–8.11., 26.–29.11. Brandschutz aktuell.

**Seminar für Aufstieg und Qualifizierung, Hüttenstraße 15, 31655 Stadthagen:** Seminare für Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Kliniken: 23.9., 15.10., 5.11. Brandschutzpraxis 1. 24.9., 16.10., 6.11. Brandschutzpraxis 2. 25.9., 17.10., 7.11. Brandschutzpraxis 3.

**Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 73748 Ostfildern:** 20.9. Baulicher Brandschutz im Industriebau. 30.9.–2.10. Vorbeugender und Abwehrender Brandschutz im Betrieb.

**Technische Akademie Wuppertal e. V., Weiterbildungszentrum Wuppertal-Elberfeld, 42097 Wuppertal:** 17.–18.10. Vorbeugender Brandschutz – Grundlagen. 28.–29.11. Neuzzeitliche Brandschutzkonzepte.

**Technischer Überwachungs-Verein Nord e. V., Akademie, Große Bahnstraße 31, 22525 Hamburg:** 24.10. Brandschutz bei der Planung, Genehmigung und Durchführung von Bauvorhaben. 13.–14.11. Staubexplosionsschutz in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie.

**Total Feuerschutz GmbH, Industriestraße 11, 68526 Ladenburg:** 9.–11.9. Brandschutzlehrgang 1. 16.–18.9. Brandschutzlehrgang 11. 23.–25.9. Brandschutz-Seminar.

**Verband der Sachversicherer e.V., Pasteurstraße 17a, 50735 Köln:** 15.–16.10. Grundlagen des Brandschutzes. – Lehrgänge für Brandschutzbeauftragte: Termine auf Anfrage.

**Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Baden-Württemberg, Seelbergstraße 16, 70372 Stuttgart:** 12.–13.11. Betrieblicher Katastrophenschutz und Notfallplanung im Unternehmen.

## **Mit der Natur rechnen**

*Der neue Bericht  
des Club of Rome*

Von Wouter van Dieren  
Birkhäuser Verlag AG,  
CH-4010 Basel

Bis heute hat der Club of Rome, 1968 gegründet, seine Rolle als Wegweiser in umweltpolitischen Belangen nicht verloren. Unbeeinflusst von nationalen Interessen analysiert das Gremium die Lage der Menschheit und gibt Empfehlungen zur umweltverträglichen Umgestaltung der bestehenden Lebensformen.

Diesem Selbstverständnis folgend, will auch der neueste Bericht zur kritischen Reflexion über die globale Problematik der Menschheit anregen. Er bietet verständliche Information zu den historischen, ökonomischen und ökologischen Argumenten, Umweltwerte in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen. Ziel des Berichtes ist es, sowohl die Öffentlichkeit als auch die politischen Akteure dazu zu drängen, jetzt Schritte zu unternehmen, einen besseren „Kompaß“ für eine langfristige Existenzsicherung der menschlichen Gesellschaft zu entwerfen.

## **Gefahrgut-Schlüssel**

*16. Auflage*

Von Kühn/Birett  
ecomед verlagsgesellschaft,  
86899 Landsberg

Seit 19 Jahren ist das Loseblattwerk ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Gefahrgut-Klassifizierung und -Identifizierung bei Feuerwehren, Versand- und Transportstellen und bei Behörden. In der vorliegenden 16. Auflage des Gefahrgut-Schlüssels sind die Vorschriften nach IMDG 95, ADR 95, ADNR 95 und IATA 95 eingearbeitet.

Jetzt ist der Gefahrgut-Schlüssel auch als PC-Software für Windows 3.1 oder Windows 95 verfügbar. Das Softwareprodukt basiert auf den nach UN-Nummern sortierten Stofftabellen des gleichnamigen Buchtitels. Neben den Gefahrgutbezeichnungen entsprechend IMDG-Code bietet das Programm Informationen zur Stoff- bzw. Gefahrenklassifizierung für den Transport. Zusätzlich sind Angaben und Hinweise auf

Wassergefährdungsklassen sowie Brandschutzdaten enthalten.

## **Feuerwehren in Millionenstädten**

Von Brusclinsky/Nitzschke/  
Sokolov/Wagner  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Der Band beschreibt Geschichte und aktuelle Organisationsstruktur der Feuerwehren der größten Städte der Welt. Neben der Ausstattung der Feuerwehren und Rettungsdienste wird auf außergewöhnliche Einsätze und Reformen eingegangen.

Das Werk geht über eine Darstellung des Bestehenden hinaus und bietet im abschließenden Kapitel computergestützte Simulationsmodelle, die auf wissenschaftlicher Grundlage eine Reorganisation von Feuerwehren und Rettungsdiensten erlauben.

## **Alfred Nobel**

*Idealist zwischen Wissenschaft  
und Wirtschaft*  
Von Kenne Fant  
Birkhäuser Verlag AG,  
CH-4010 Basel

Jedermann kennt den Namen Alfred Nobel, den Mann, der das Dynamit erfand. Noch bekannter ist die von ihm ins Leben gerufene Nobelstiftung, aus deren Vermögen alljährlich die berühmten Nobelpreise vergeben werden. Doch wer war der Mensch hinter dem berühmten Namen?

Der Autor sucht den Weg zum Verständnis von Alfred Nobel über die Erschließung seiner umfangreichen Privatkorrespondenz und dichterischen Selbstzeugnisse, darunter vieler erstmals ausgewerteter Briefe. So entstand die Erfolgsgeschichte des Nobel-Imperiums und ein einfühlsames Portrait des großen Erfinders.

## **Bautechnik und Brandschutz**

Von Axel Häger  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Für Feuerwehr-Führungskräfte, Fachkräfte im Vorbeugenden Brandschutz, Architekten und Bauingenie-

nieure sowie Fachpersonal in den Bauaufsichtsbehörden bietet dieses Fachbuch eine umfassende Darstellung der wechselseitigen Beziehungen von Bautechnik und Brandschutz.

Zunächst werden mögliche Belastungsarten von Baustoffen und Bauteilen sowie die daraus resultierenden grundlegenden Zusammenhänge der Baumechanik vorgestellt.

Der zweite Teil befaßt sich mit den im Hochbau verwendeten Baustoffen. Aufbau, Trag- und Brandverhalten sowie mögliche Feuerschutzmaßnahmen werden ausführlich vorgestellt.

Die im dritten Teil aufgeführten Bauteile sind repräsentativ für viele Baukonstruktionen. Die Vorstellung einiger moderner Gesamttragwerkskonstruktionen sowie Hinweise auf Problempunkte im Brandfall schließen diesen letzten Teil ab.

## **Enzyklopädie Natur- wissenschaft und Technik**

ecomед verlagsgesellschaft,  
86899 Landsberg

Am vorliegenden Grundwerk haben über 30 Experten aus Wissenschaft und Praxis mitgewirkt. Die gebotenen Informationen sind wissenschaftlich fundiert, können aber auch von Nicht-Experten verstanden werden. Das Grundwerk enthält schwerpunktmäßig Artikel aus der Kristallographie, der Physikalischen Chemie, der Geometrie, der Zahnmedizin, der Verkehrstechnik und der Energietechnik. Auch Begriffe u.a. aus der Astronomie, Elektrotechnik und Werkstofftechnik sind vertreten. Insgesamt bietet das Grundwerk auf ca. 800 Seiten über 4.000 Suchbegriffe von A bis Z, wovon etwa 900 Vollstichworte sind. Mehr als 600, teils farbige Abbildungen sowie eine Fülle von Tabellen, Grafiken und Schemata illustrieren den Text.

## **Feuerwehr Klassiker – Magirus DL**

Von Dieter Hasemann  
Motorbuch Verlag, 70032 Stuttgart

Das Buch führt den Leser durch die 100jährige Geschichte der Feuerwehr-Fahrzeuge und Drehleitern aus Ulm. 1904 montierten die

## Für Sie gelesen

Schwaben die erste Drehleiter auf ein dampfbetriebenes Basisfahrzeug, 1931 konstruierten sie mit der DL 38 die erste Ganzstahlleiter.

Doch nicht nur um Holzleitern, Leiterbühnen und moderne High-Tech-Systeme geht es in dem Buch. Denn mit jedem neuen LKW-Typ, der als Feuerwehr-Fahrzeug die Werkhallen verließ, schrieb Magirus auch ein Stück Nutzfahrzeug-Geschichte.

Das Buch ist eine unverzichtbare Chronik für jeden Blaulicht-Enthusiasten, zugleich ein wertvolles Nachschlagewerk für die Freunde der Magirus-Nutzfahrzeuge.

**Lehrstoffmappen  
„Straßenverkehr“ und  
„Notfallplanung  
in Krankenhäusern,  
Alten- und Pflegeheimen“**  
Landesfeuerwehrverband  
Nordrhein-Westfalen,  
59063 Hamm

Um den Fahrern von Einsatzfahrzeugen die Voraussetzungen für das Sonderrecht nach der Straßenverkehrsordnung besser darstellen zu können, wurde die Lehrstoffmappe „Straßenverkehr“ mit 35 Vorlagen für Overhead-Folien herausgebracht. In der Mappe finden sich noch weitere Hinweise für Fahrer von Sonderrechtsfahrzeugen (z.B. Befreiung von der GGVS, Befreiung von der Autobahngelbühr, Smog-Verordnung usw.).

Der Landesfeuerwehrverband hat die dritte, aktualisierte Auflage der Lehrstoffmappe „Notfallplanung in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen“ herausgegeben. Eine Neuauflage wurde deswegen erforderlich, weil die Landesbauordnung neu gefaßt worden ist. Dadurch ergaben sich Änderungen in der Verordnung über den Bau und Betrieb von Krankenhäusern.

**Die Roten Hefte**  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berücksichtigt, um

den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

*Lutz Rieck*  
**Die Tragkraftspritze mit  
Volkswagen-Industriemotor**  
Nr. 4a, 15. Auflage

*Franz Anton Schneider*  
**Löschwasserförderung  
mit Ablesetafel für Pumpen-  
abstände bei Reihenschaltung**  
Nr. 7, 14. Auflage

*Dieter Schütz*  
**Feuerwehrfahrzeuge  
Teil 1**  
Nr. 8a, 11. Auflage

*Dieter Karlsch/Walter Jonas*  
**Vorbeugender Brandschutz**  
Nr. 25, 5. Auflage

*Alfons Rempe*  
**Ortsfeste Feuerlöschanlagen**  
Nr. 35, 3. Auflage

*Georg Zimmermann*  
**Tauchen,  
Wasser- und Eisrettung**  
Nr. 40, 3. Auflage

*Kurt Klingsohr*  
**Brennbare Flüssigkeiten  
und Gase**  
Nr. 41, 6. Auflage

### Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

*Vogelbusch*  
**Katastrophenschutz  
in Arbeitsstätten**  
59.-62. Ergänzungslieferung  
ecomed verlagsgesellschaft,  
86899 Landsberg

*Grafe/Schürmann/Steegmann*  
**Feuerwehrschutzrecht  
in Nordrhein-Westfalen**  
5. Ergänzungslieferung  
Hüthig Fachverlage,  
69121 Heidelberg

*Schneider*  
**Sammlung gerichtlicher  
Entscheidungen**  
11. Ergänzungslieferung  
Landesfeuerwehrverband  
Nordrhein-Westfalen,  
59063 Hamm

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postfach 200161  
53131 Bonn  
Telefon (0228) 940 - 0  
Telefax (0228) 940 2702

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz,  
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:  
Bundesverband für den Selbstschutz

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“  
erscheint viermal jährlich: Mitte  
Februar, Mai, August und November.  
Redaktionsschluß ist jeweils der 10.  
des Vormonats.

Chefredakteur:  
Peter Eykmann

Redaktion:  
Paul Claes (cl)  
Günter Sers (güse)

Layout:  
Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
Druckhaus Coburg  
Postfach 1525  
96405 Coburg  
Telefon (09561) 86 35 - 0  
Telefax (09561) 86 35 - 44

Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesand-  
te Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit Ge-  
nehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung des Verfassers  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50  
Abonnement jährlich DM 14,-  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei Störung  
des Arbeitsfriedens besteht kein  
Anspruch auf Haftung.

FÜR SIE GELESEN

## Vom Vorbild zum Modell

### Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

#### Heute: Schlauchwagen (SW 2000)

Der SW 2000 wird nach neuer Konzeption des Katastrophenschutzes der Feuerwehr zugeordnet. Die ersten Fahrzeuge dieser Art wurden vom Bund auf einem geländegängigen Fahrgestell (IM 95 E 18 „EuroCargo“) mit einem Aufbau der Firma Lentner ausgeliefert. Die Fahrzeugmaße in mm: Länge 6800, Breite 2500, Höhe 3000, Radstand 3600.

#### Das Modell

Als Grundmodelle werden der neue Rüstwagen 2 von Wiking sowie ein Dreiachsanhänger von Herpa (z.B. Nr. 075466) verwendet. Vom Wiking-RW werden die Trittstufen und die Radabdeckungen hinten entfernt, das Fahrgestell auf einen Radstand von 4,1 mm gekürzt. Der RW-Aufbau wird hinter dem ersten Geräteraum abgetrennt, auf eine Höhe von 2,5 cm gebracht und mit einer Dach- und Rückwandabdeckung aus Plastik versehen. Am Fahrerhaus des Wikingmodells werden Blaulichter und Sockel sowie die Fanfaren entfernt, die Löcher verspachtelt und verschliffen. Durch Einsetzen dünner Plastikstäbe in die vier Achslager werden die von einem Unimog (Roco) verwendeten Räder tiefer gesetzt.

Die Pritsche des Herpa-Anhängers wird um ein Drittel der Länge (optisch ist der Hänger durch die Seitenklappen in drei Bereiche eingeteilt) gekürzt, sie erhält einen Abschluß aus entsprechend dünner Plastikplatte. Länge der Pritsche jetzt 3,9 cm.

Beim Zusammenbau wird der fertiggestellte Geräteaufbau unmittelbar hinter das Fahrerhaus des Wikingmodells gesetzt. Dahinter erhält die Pritsche ihren Platz. Aus dünnen Plastikstreifen wird nun die Plane zurechtgeschnitten und auf



Das Vorbild des Modells steht bei der FF Stockack (Baden-Württemberg). Detaillierungen und Ausstattungen sind deutlich zu sehen.

die Pritsche gesetzt (Maße ca. 3,9 x 2,8 x 1,5 cm).

Folgende Zubehörteile schaffen die Detailtreue: Sonnenschutz (Herpa, Wiking) am Fahrerhaus mit seitlich aufgesetzten Blaulichtern, Trittstufen an der Unterseite der Stoßstange vorn (Preiser), Nebelscheinwerfer (Herpa), Ersatzrad hinter Fahrerhaus rechts sowie Kompressor links, Auspuff zwischen Geräteraum und Hinterrädern (links) sowie Tank rechts, Heckstoßstange

mit Kupplung und Rückleuchten (Herpa, Preiser), Blinker am Planenaufbau oben (Preiser), Kraftstoffkanister (Preiser) hinter Kotflügel rechts und links. Die Kotflügel für die Hinterräder werden vom bereits genannten Lkw-Anhänger entfernt und unter die Pritsche des SW 2000 geklebt.

Ansonsten: farbliche Detaillierung (Revell) und Beschriftung (Müller, Preiser) wie üblich und vorbildgerecht.



SW 2000 in kleinem Maßstab – ein modernes, neues KatS-Fahrzeug.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. November 1996



„Lothringen '96“ hieß eine Übung des Technischen Hilfswerks im deutsch-französischen Grenzgebiet vom 17. bis 19. Mai 1996. Sie diente dem Ziel, die Schnelleinsatzeinheit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Bergungseinsätze im Ausland (SEEBA) aus- und weiterzubilden, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen SEEBA-Komponenten zu vertiefen, die SEEBA-Helfer unter ernstfallmäßigen Bedingungen – insbesondere zur Nachtzeit – einzusetzen und den Einsatz der SEEBA-Fachgruppen nach dem Neukonzept zu erproben.

Das Übungsdrehbuch beinhaltete folgende Lage: Am 16. Mai ereignete sich in Südosteuropa ein Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala. Es muß mit einer Vielzahl toter und vermißter Personen gerechnet werden. Die betroffene Regierung hat ein Hilfeersuchen an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, dem durch das Auswärtige Amt entsprochen wurde. Neben der Führungs- und Funkkomponente kamen bei der gelungenen Übung die Bergungsgruppen mit elektronischem Ortungsgerät, Rettungshunden und Spezialgerät wie Plasma-Schneidgerät, Betonkettensäge und Kernbohrgerät zum Einsatz. Unser Titelbild und das Bild auf dieser Seite geben einen Einblick in die Übung. (Fotos: Hilberath)